

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 23 – 6. Juni 2009

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Lebendig, vital und tapfer«
30000 Sudetendeutsche
applaudieren Seehofer
und Steinbach **2**

Preußen / Berlin

Geschichte wird getilgt
Jetzt ist das Größtenufer dran:
Berliner Straßen werden
reihenweise umbenannt **3**

Hintergrund

Säbelrasseln in Nordkorea
Der »Geliebte Führer« reizt
die Welt bis an die Grenze
des Erträglichsten **4**

Deutschland

Linke Deutungshoheit wackelt
In der Debatte um die Er-
schießung Ohnesorgs geht
es um linke Lebenslügen **5**

Ausland

Supermacht auf dem Sprung
Indien erbt die dritte
Wiedergeburt des
Nehru-Gandhi-Klans **6**

Kultur

Von Angesicht zu Angesicht
Im Jagdschloß Grunewald
sind jetzt wieder Bildnisse
bedeutender preußischer
Persönlichkeiten ausgestellt **9**

Preußen

Gegen die Flügelmächte
Klemens von Metternich
versuchte mit Deutschlands
zweiter Großmacht Zen-
traleuropa zu stabilisieren **11**



Vor der Europawahl: Trotz aller Anstrengungen der Parteien ist wieder mit einer niedrigen Beteiligung zu rechnen.

Bild: ddp

Wahlenthaltung schadet nur

Konservatives Desinteresse an der EU ist ein Herzenswunsch der Linken

Das Desinteresse von Millionen Menschen an der Arbeit der EU hat klare Gründe. Und doch wäre ein Fernbleiben von der Europawahl die falsche Antwort auf die Defizite und Mißstände in Brüssel. Es würde nur denen nutzen, die den so bürgerfernen Staatenbund geschickt für ihre Ziele nutzen.

Weder die Lösung aller Probleme noch umgekehrt Teufelszeug, sondern schlicht die vierte politische Ebene neben Bund, Ländern und Gemeinden – so charakterisierte kürzlich ein Europapolitiker die Europäische Union. Unbestreitbar empfindet die große Mehrheit der Europäer die EU als überaus fern, abstrakt und unverständlich. Was sollen auch gerade die Deutschen von einer Union halten, die sie über die Maßen finanziell benachteiligt, in der die Deutschen (trotz allem unbe-

streitbaren Einfluß) deutlich weniger Vertreter und Mitspracherechte haben als es ihrer Bevölkerungszahl (und erst recht ihrem finanziellen Beitrag) entspricht, und in der zudem Entscheidungen in noch undurchsichtigerer Weise getroffen werden als in der bundesdeutschen Gesetzgebung?

Sehr konkrete Fehlleistungen der EU – von der „Antidiskriminierungsgesetzgebung“ über die Vorlage einer telefonbuchartigen Verfassung bis hin zum aberwitzigen Engagement der EU für das absurde Projekt des „Gender Mainstreaming“ – sind auch nicht gerade geeignet, in Deutschland Sympathien und Vertrauen zu dem gigantischen Organismus „Europäische Union“ zu begründen.

Und doch wäre Wahlenthaltung gewiß die falsche Antwort auf die Defizite der EU. Nicht nur gemessen an früheren Zeiten ist die EU tatsächlich die Erfolgsgeschichte, als die sie in Sonntagsreden gerne verkauft wird. 64 Jahre ohne größeren Krieg, das hat es in der Geschichte des Kontinents seit Jahrhunderten nicht mehr gegeben.

Auch im internationalen Maßstab ist die EU ein beneidetes Erfolgsmodell: Supranationale Zusammenschlüsse in anderen Weltregionen von Südamerika bis Fernost nehmen längst Maß an eben der EU, für die sich deren eigene Bürger so wenig erwärmen können. Und Wirtschaftsexperten versichern, daß ohne den Euro auch und gerade die deutsche

Volkswirtschaft noch ungleich dramatischer von der weltweiten Finanzkrise durchgerüttelt worden wären als es tatsächlich der Fall ist.

Daß linksliberale Interessengruppen die EU in raffinierter Weise für ihre Projekte nutzen, ist eine unbestreitbare Tatsache: Der Durchmarsch der Freunde und Förderer des „Gender Mainstreaming“ ist dafür ein eindrucksvoller Beweis. Es spricht allerdings vieles dafür, daß die Verträge der EU in ähnlicher Weise auch das Recht auf die Heimat, den Gottesbezug und einen wirksamen Lebensschutz für Ugeborene, Alte und Behinderte enthalten könnten, wenn Wertkonservative, Christen und Patrioten ähnlich geschickt und zielstrebig die Möglichkeiten der EU nutzen würden. Der erste Schritt dafür ist die Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament. **K.B.**

Wertkonservative sollten die EU nicht der Linken überlassen

Bundestag drückt sich

FDP-Antrag auf umfassende Stasi-Überprüfung abgelehnt

Wie viele Bundestagsabgeordnete insgesamt dem Staatssicherheitsdienst der DDR nahestanden – wir werden es vermutlich nie erfahren. Dafür sorgte jetzt das schwachbesetzte Parlamentsplen, indem es mit den Stimmen der Union, SPD und Linkspartei bei Enthaltung der Grünen einen FDP-Antrag auf Überprüfung aller MdB seit 1949 abschmetterte.

Lediglich über eine Legislaturperiode – von 1969 bis 1972, also zur „heißen Phase“ der Brandt/Bahr'schen Ostpolitik – sind konkrete Zahlen bekannt: 43 Bundestagsabgeordnete waren laut Birthler-Behörde (BSU, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR) als in-

offizielle Mitarbeiter der Stasi registriert.

Daß der FDP-Antrag gerade jetzt, wenige Tage nach dem Zerfallsstund der Stasi-Akte des Berliner Polizisten Kurras, auf der Ta-

Tausende IM waren im Westen aktiv

gesordnung des Bundestags stand, war reiner Zufall. Er lag nämlich schon seit fast einem Jahr vor, war aber ohne nähere Begründung immer wieder „auf die lange Bank“ geschoben worden.

Die Freidemokraten wollten mit dem nunmehr gescheiterten Antrag erreichen, daß nicht nur der Bundestag, sondern auch Ministe-

rien und Oberste Bundesbehörden auf Stasi-Spitzel untersucht werden. In der Begründung verweisen sie darauf, daß nach Erkenntnissen der Birthler-Behörde im Jahr 1989 mehr als 3000 sogenannte IM in der Bundesrepublik aktiv waren, darunter 450 hochrangig platzierte „Objektquellen“.

Vor einem Jahr hatte die FDP erfahren, daß im Bundeswirtschaftsministerium immer noch zwei Beamte arbeiteten, die von der Stasi als „IM Konrad“ und „IM Helene“ geführt wurden. Daraufhin reichten sie am 25. Juni 2008 ihren IM-Enttarnungsantrag (Drucksache 16/9803) ein, der nun, am 29. Mai 2009, von einer merkwürdigen Großen Koalition erledigt wurde. (Siehe auch Kommentar auf Seite 8) **Hans-Jürgen Mahltz**

Des Rätsels Lösung

Olaf Scholz' Taschenspielertrick mit der Rente

Vor wenigen Wochen sorgte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) für Stirnrünzeln, als er einen Gesetzentwurf ankündigte, der unter allen Umständen Rentenkürzungen verhindern würde, ohne aber zu höheren Beiträgen oder Belastungen für den Bundeshaushalt zu führen (die PAZ berichtete). Sollte dem Minister die Erfindung des perpetuum mobile gelungen sein?

Der jetzt bekannt gewordene Gesetzentwurf (den Scholz weit diskreter lancierte als seine vollmundigen Erklärungen vor einigen Tagen) enthält des Rätsels Lösung und hat für Wirbel gesorgt. Danach sollen die Beitragszahler ausgerechnet dann zusätzlich belastet werden, wenn ihre Einkommen sinken.

Bereits bekannt war, daß vermiedene Kürzungen, die laut geltender Rentenformel eintreten müßten, wenn die durchschnittlichen Einkommen sinken, nachgeholt werden sollten. Blieb die

Zahlen sollen allein die Beitragszahler

Frage, wer die in der Zwischenzeit auftretenden Mehrkosten zu tragen hätte. In dem nun von der „Frankfurter Allgemeinen“ veröffentlichten Gesetzentwurf steht nun, daß der Rentenzuschuß, den der Bund aus Steuergeldern leistet, auch in dieser Situation an die Lohnentwicklung gekoppelt bleiben soll, womit er bei sinken-

KONRAD BADENHEUER:

Chapeau!

Zugegeben, die SPD hat es dem Bundeswirtschaftsminister leicht gemacht, sich im Poker um die sogenannte Opel-Rettung zu profilieren. Wer die Grundrechenarten beherrscht, kann wissen, daß die (rein vorläufige) Rettung von 23000 Jobs bei Opel pro Stelle mindestens 65000, voraussichtlich aber eher an die 200000 Euro kosten wird. Dieses Geld muß von allen anderen Beschäftigten erwirtschaftet werden. Die SPD muß ihre eigene Wählerschaft für ziemlich beschränkt halten, wenn sie dennoch glaubt, mit einer Opel-„Rettung“ zu diesen Konditionen im Wahlkampf punkten zu können. Und es verblüfft auch, daß Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg innerhalb der Union fast allein stand mit dem Hinweis auf ordnungspolitische Grundsätze und auf das Gebot, sparsam mit Steuermitteln umzugehen.

Ogleich es also dem Wirtschaftsminister leicht gemacht wurde, in den großen Schuhen Ludwig Erhards durch die Nachrichtenendungen zu marschieren, bleibt ehrliche Hochachtung dafür, wie überzeugend der erst 37jährige diese Rolle gespielt hat. Zu Guttenberg hat nämlich kein „Koalitionssporzellan“ zerschlagen, sondern seinen Ministerkollegen durchaus solidarisch zugiebt, daß auch sie „sehr, sehr gute Gründe“ für ihre abweichenden Bewertungen hatten und man erst im Nachhinein sicher wisse, wer recht gehabt habe.

Damit war er für den Moment „nur“ ein guter, ja nobler Verlierer – aber schon in wenigen Monaten werden alle wissen, wer das absehbare weitere Opel-Debakel hätte verhindern wollen. Zu Guttenberg, an sich ein Außenpolitiker, ist einer der großen Hoffnungsträger für unser Land.

K.B.

den Löhnen automatisch gestutzt würde.

Nach den Vorstellungen von Scholz sollen also sogar allein Beitragszahler die Rentengarantie bezahlen. Dies hätte zur Folge, daß die Beiträge gerade in Zeiten schrumpfender Löhne besonders steigen müßten – mit negativen Folgen für Kaufkraft und Lohnkosten gerade in Zeiten der Krise. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) hat protestiert. Wenn der Gesetzgeber eine solche Garantie ausspreche, könne er die Kosten nicht einseitig den Beitragszahlern aufbürden. Die BDA sieht auch die langfristige Stabilität der Renten gefährdet. Die gesetzlichen Beitrags-Obergrenzen von 20 Prozent bis 2020 und 22 Prozent bis 2030 seien gefährdet. **H.H./K.B.**

MELDUNGEN

Erdogan geißelt Vertreibungen

Ankara – Überraschend drastisch hat der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan die Minderheitenpolitik der Türkei seit 1915 kritisiert. Die Vertreibung von Menschen anderer Volkszugehörigkeit sei „ein Fehler“ gewesen, stellte er mit Blick auf Armenier, Griechen und wohl auch Kurden fest und fragte: „Haben wir etwas gewonnen?“ Genau genommen sei es das Ergebnis einer „faschistischen Herangehensweise“ gewesen und weiter: „Wir schlagen die Hände über dem Kopf zusammen und sagen, was haben wir ange- richtet.“ Diese selbstkritischen Worte stehen in verblüffendem Kontrast zur strikt nationalen Tonlage, die Erdogan mit Blick auf die Deutschtürken zuweilen anschlägt: Ihre „Assimilation“ sei ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Offenbar hat Erdogans Vorstoß innenpolitische Gründe; die genannten Vertreibungen waren das Werk laizistischer Kräfte, denen Erdogan fern steht. K.B.

Lackmustest für Religionsfreiheit

Midyat/Berlin – Im Streit um Ländereien des mehr als 1600 Jahre alten Klosters Mor Gabriel in der Südosttürkei hat ein Gericht in der Kreisstadt Midyat zugunsten der Abtei entschieden und Ansprüche von drei Nachbardörfern abgewiesen. Laut der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer, sind die noch ausstehenden Verfahren „der Lackmustest für die Religionsfreiheit in der Türkei“. Das im Jahr 397 gebaute Kloster im Gebiet Tur Abdin ist der geistliche und kulturelle Mittelpunkt der rund 3000 verbliebenen aramäische Christen in der Türkei und zudem eine der wichtigsten Einrichtungen der syrisch-orthodoxen Kirche. Aufgrund von Verfolgung, Ermordungen und staatlicher Unterdrückung sowie durch Übergriffe fanatischer Muslime flohen in den vergangenen Jahrzehnten mehr als 300.000 syrisch-orthodoxe Christen nach Europa. idea

Die Schulden-Uhr: Gebremste Schuldenbremse

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) nannte die beschlossene Einführung einer Schuldenbremse eine „Entscheidung von historischer Dimension“. 418 Bundestagsabgeordnete, zehn mehr als für diese Verfassungsänderung nötig, stimmen für die neue Regel, die ab 2016 gelten soll. Ab dann darf der Bund nur noch 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an neuen Krediten aufnehmen. Ausnahme: eine „Katastrophe oder außergewöhnliche Notsituationen“. Hier müssen dann aber gleichzeitig Tilgungspläne vorgelegt werden. Die Länder dürfen ab 2020 sogar gar keine Schulden mehr machen. Das sorgte vor allem bei SPD-geführten Ländern für massiven Widerstand. Bel

1.573.486.319.717 €

Vorwoche: 1.570.787.771.718 € Verschuldung pro Kopf: 19175 € Vorwoche: 19142 €

(Dienstag, 2. Juni 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Lebendig, vital und tapfer«

30000 Sudetendeutsche applaudieren Seehofer und Steinbach – Karlspreis für Günther Beckstein

Bereits zum 60. Mal trafen sich die Sudetendeutschen zu ihrem traditionellen Pfingsttreffen. Obwohl für die großen Anliegen der Volksgruppe keine Lösung in Sicht ist, war die Stimmung gut. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) feierte einen gelungenen Einstand als Schirmherr der Sudetendeutschen.

In den letzten Jahren wurde der Sudetendeutsche Tag immer mehr zum großen Familientreffen und auch zum Kulturereignis. In diesem Jahr trat jedoch die politische Dimension wieder stärker hervor: Eine Woche vor der Europawahl bot der nunmehr 60. Sudetendeutsche Tag eine attraktive Plattform für prominente Redner und Wahlkämpfer, entsprechend hochrangig war die Politik vertreten. Vor knapp 30000 Teilnehmern erinnerten Ministerpräsident Horst Seehofer, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der gastgebende Augsburger Bischof Walter Mixa an das Unrecht der Vertreibung und warben für ein vereintes Europa.

Seehofer fand bei seinem Premierenauftritt als Schirmherr der Volksgruppe offenbar die richtigen Worte, als er unter Beifallsstürmen bei der Hauptkundgebung in der Schwabenhalle ausrief: Die Sudetendeutschen „sind lebendig, sie sind tapfer, sie sind vital, sie sind ein Schmuckstück für uns in Bayern“. Seehofer lobte die „faszinierende Aufbauleistung“ der Sudetendeutschen nach dem Krieg, würdigte die „Lebendigkeit und Geschlossenheit“ der Volksgruppe und zeigte sich beeindruckt von dem Pfingsttreffen: „So etwas möchte ich einmal bei meinem eigenen Parteitag erleben.“ Gleichzeitig versprach er, sich für die Belange der Vertriebenen einzusetzen und nicht ohne die Sudetendeutschen zu einem offiziellen Besuch nach Prag zu fahren.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, der für die CSU im Europaparlament sitzt, nutzte das Pfingsttreffen für einen Hinweis auf die bevorstehende Wahl. „Nur durch eine hohe Wahlbeteiligung unserer Volksgruppe können wir erreichen, daß das Schirmland Bayern und auch die gewählte Repräsentanz der Volksgruppe im künftigen Europa Sitz und Stimme haben.“ Die SPD habe zusammen mit polnischen Politikern die Besetzung eines Sitzes im Stiftungsrat für das geplante Vertriebenenzentrum verhindert. Die Vertriebenen würden auf ihrem demokratischen Recht, „über unsere Repräsentanten selbst zu entscheiden“ beharren und sich „diese nicht von der Berliner SPD aufdiktiert zu lassen“, rief Posselt und erntete begeisterten Applaus.

Derweil saß die damit gemeinte Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, in der ersten Reihe und genöß die Solidaritätsbekundungen von Rednern und Publikum. Jedes Mal, wenn ihr Name fiel, brandete Beifall auf.

Kritik am ungenuten Doppelspiel der SPD mit Warschau

So auch, als der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Franz Pany sie zur „Jeanne d'Arc“ der Heimatvertriebenen erklärte. Schauspieler Wolfgang Schäuble (CDU) forderte bei der festlichen Eröffnung des Treffens am Sonnabend entsprechend dem

Motto des Pfingsttreffens „Der Geschichte verpflichtet – Zukunft gestalten“ die Tschechische Republik zu einem fairen Dialog über die Vergangenheit auf. Zwar wisse man um „die unvorstellbaren Verbrechen der Nationalsozialisten“, deswegen dürfe man aber nicht das Leid der Vertriebenen vergessen. Man müsse im vereinten Europa das Ziel der Aussöhnung im Auge behalten. Anerkennung zollte der Innenminister den Sudetendeutschen für die über Jahrzehnte aufrecht erhaltenen Kontakte zu den in der alten Heimat verbliebenen Deutschen sowie für das Engagement zur Verständigung mit den tschechischen Nachbarn.

Ebenfalls bei der Eröffnungsfeier verlieh die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre höchste Auszeichnung, den nach Karl IV. benannten „Europäischen Karls-

Preis“. Preisträger in diesem Jahr ist Günther Beckstein, der sich nicht nur als Ministerpräsident, sondern auch davor als bayerischer Innenminister enorme Verdienste um die Sudetendeutschen, die Ostpreußen und alle deutschen Vertriebenen erworben hat. Seine klare Aussprache, die bei aller Deutlichkeit nie verletzend ist, ist seit vielen Jahren „Balsam“ auf der Seele der Entrechteten, die die Phrasen vieler anderer Politiker nur mit Mühe ertragen können. Eine Kostprobe davon gab Beckstein wieder im Vorfeld des Pfingsttreffens: „Mir macht niemand weis, daß Folter, Vergewaltigung und Mord nur deswegen fromme Werke sind, weil sie am Ende des Krieges an Deutschen begangen wurden“, so der populäre Franke. Das habe er „in allen Jahren jedem Gesprächspartner gesagt“. „Wenn ich Gespräche in Prag geführt habe, habe ich immer darauf hingewiesen, daß die Vertreibung eine Wunde ist, die nicht verheilen kann, solange sich die Tschechen nicht auch zu ihrer Verantwortung bekennen“. Mit diesem Mut gewinnt man nicht unbedingt Mehrheiten unter Synodalen oder Freunde unter Journalisten, aber die Sympathien der Betroffenen, die sich nun erkenntlich gezeigt haben.

Auch der Bischof der gastgebenden Stadt, Walter Mixa, warnte beim Pfingstgottesdienst vor mehreren tausend Teilnehmern vor Geschichtsgewissenheit. Es sei allein dem gemeinsamen christlichen Glauben zu verdanken, daß es nach der Vertreibung nicht zu Auseinandersetzungen zwischen den vertriebenen Sudetendeutschen und der ansässigen Bevölkerung gekommen sei. Die „zutiefst christliche Idee“ der europäischen Einigung, die Völker und Volksgruppen in Europa zu einem geeinten „Vaterland der Vaterländer“ verbunden habe, sei der einzige Weg, den Frieden in Europa dauerhaft zu erhalten. H.E.B./K.B.



Folklore und Politik in Augsburg: Eine Sudetendeutsche in typischer Wischauer Tracht begrüßt Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). Bild: ddp

Homo-Ehe spaltet Kalifornien

Das Volk hat per Referendum die bereits eingeführte »Gay Marriage« wieder abgeschafft

Kein anderes Referendum hat im US-Bundesstaat Kalifornien für soviel Aufregung gesorgt wie die sogenannte „Proposition 8“. Durchgebracht von einer konservativen Gruppe und unterstützt von fast allen religiösen Verbänden – vor allem von Katholiken und Mormonen – war das Ziel dieser Wahl-Initiative, die im Mai 2008 vom Obersten Gerichtshof in Sacramento genehmigte „Heirat“ zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern wieder abzuschaffen. (In den USA haben die Wähler das Recht, Gesetze mit genügend Unterschriften auf die Wahlliste zu bringen und durch Mehrheitsbeschluß zu verändern.)

Mit einer knappen Mehrheit kam die „Proposition 8“ im November durch und verursachte Panik innerhalb der sogenannten „Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Community“ (LGBT). Denn es hatten bereits 18000 homosexuelle Paare in Kalifornien offiziell geheiratet, darunter Fernsehstars wie Ellen de Generes. Und in fünf anderen US-Staaten ist die „Gay Marriage“ bereits Gesetz: in Massachusetts, Iowa, Connecticut, Vermont und Maine. Der Oberste Gerichtshof in Sacramento wurde gezwungen zu entscheiden, ob das plötzliche Verbot der Homo-Ehe aufrechtzuerhalten sei oder

ob es als Verstoß gegen die in der US-Verfassung verankerten „gleichen Rechte für alle“ betrachtet werden muß.

Diese Entscheidung fiel vorigen Dienstag. Mit 6 zu 1 für eine Aufrechterhaltung der Wahlergebnisse und damit ein Verbot der gleichgeschlechtlichen Heirat beendeten die Richter in Sacramento diesen unglaublichen Widerstreit zwischen Verfassung, Bürgerrechten, Moral, Tradition und menschlichen Tragödien. Sie liebten ein Türchen offen, indem sie die bereits geschlossenen 18000 „Ehen“ rechtlich anerkannten und auf weitgehende Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Verbindungen mit Ehen hinwiesen. Das klingt ganz vernünftig, führte jedoch zu weiterer Verwirrung.

Panik in der »LGBT-Community«

Die Betroffenen – San Francisco und Hollywood haben die größten homosexuellen Gemeinden in den USA – brachen in einen Sturm der Entrüstung und Enttäuschung aus. Die Entscheidung war kaum verkindert, da versammelten sich Tausende zu Demonstrationen, weil sie sich ihrer familiären Bürgerrechte beraubt und als Menschen zweiter Klasse eingestuft sahen. Ein ohrenbetäubender Lärm von Trommeln, Slogans, Polizeisirenen und Hubschraubern überzog Hollywood.

„What do we want – Equal Rights!“ („Was wollen wir? Gleiches Recht!“) Dutzende von Polizeiwagen folgten der Demo, die laut und leidenschaftlich, jedoch friedlich verlief.

Beim Thema gleichgeschlechtliche Ehe bleibt kaum einer neutral, denn es geht um eine Veränderung der Gesellschaft. Der Riß geht durch alle Kreise.

„Die meisten Menschen glauben, es sei ein Lebensstil“, sagt Jamie Offenbach, ein Opernsänger, der seinen Partner hier in L.A. im letzten Juni geheiratet hat. „Wir haben viele Diskussionen darüber, was es bedeutet, gay zu sein. Dann sagen die Leute meist: Ihr habt es Euch ausgesucht, ist ja okay. Immer müssen wir erklären, daß wir mit dieser Veranlagung geboren wurden.“

Das Problem hat, wie das meiste im Leben, einen Januskopf: eine ernste und eine heitere Seite. So sah in CNN ein evangelischer Pastor mit Entsetzen eine Zukunft voraus, wo die Kinder einander fragen würden: „Wen willst du mal heiraten, einen Jungen oder ein Mädchen?“ Und selbst „Miss California“, Carrie Prejan, geriet in den Diskussions-Strudel mit ihrem munteren Eintreten für die Mann-Frau-Ehe. Hätte der allmächtige Mädchen-Freund Donald Trump

sie nicht gerettet, wäre sie ihre Krone los gewesen.

Während zur Zeit Klagen zusammengestellt und auf dem Internet emotionale Tiraden von allen Seiten ausgetauscht werden, hat in Los Angeles ein Schüler der anerkannten Fairfax High School soeben auf heitere Weise Geschichte gemacht: Sergio Garcia, 18, wurde die erste „Prom Queen“ in Amerika. Der offen homosexuelle Junge

Nächster Schritt: Die »Gender«-Ideologie

bewarb sich und hielt vor seinen Klassenkameraden eine so tolle Rede, daß er gewählt wurde. Nicht als King, sondern als Queen. Hier geht es nicht mehr um „homo“ oder „hetero“, die Geschlechter als solche werden durcheinandergeschoben, wie es die „Gender-Ideologie“ anstrebt. „Die Zeiten haben sich geändert“, sagte er zu seinen Mit-Schülern und dem Lehrer-Kollegium.

Lehrerin Virginia Uribe: „Das zeigt, wo unsere Gesellschaft heute steht. Die jungen Leute begreifen gar nicht, was die Aufregungen um Homosexualität und Homo-Ehe überhaupt sollen. Sie finden diesen ganzen Kampf albern. Sie akzeptieren die Menschen, wie sie sind. Eine gewisse Geschlechtsvermischung ist sogar fast in.“

Und die Jugendlichen von heute sind die Wähler von morgen. Liselotte Millauer

Berliner Jusos verleumdten BdV

Als „NS-Hilfsorganisation“ hat der Berliner Landesverband der Jungsozialisten den Bund der Vertriebenen verleumdet. Einen entsprechenden Antrag für ihren Bundeskongreß Mitte Juni hat die sozialdemokratische Nachwuchsgesellschaft zwar nach heftigen Protesten von ihrer Internetseite entfernt, eine öffentliche Entschuldigung beim BdV für diese „übelste Hetzpropaganda“ – so CSU-MdB Stephan Mayer – ist jedoch bisher nicht erfolgt.

Der BdV, der mit einer Unterlassungsklage gegen den Antrag vorgegangen ist, wird dabei auch von der CDU/CSU-Nachwuchsgesellschaft Junge Union unterstützt. Deren Sprecher Philipp Mißfelder wirft den von ihrer Vorsitzenden Franziska Droschel konsequent auf Linkskurs getrimmten Jusos neben „Infamie“ und „Beschädigung der demokratischen Kultur“ auch mangelnde Geschichtskennntnis vor. So sei der BdV erst 1958, dreizehn Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes, gegründet worden; schon daher verbiete sich eine derartige Verbindung. Dies ist der Jungsozialisten-Chefin offenbar ebenso entgangen wie die Tatsache, daß zahlreiche Spitzenvertreter des BdV wie dessen Präsidenten Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs oder Herbert Hupka (Vizepräsident) Sozialdemokraten und gestandene NS-Gegner waren. H.J.M.

Neu in Berlin

Von HARALD FOURIER

Einwanderer, die in die USA kamen, hatten oft nicht viel mehr als ein paar Habseligkeiten und einen Traum vom Leben in Freiheit. Vom Staat, der über unglaubliche Landmassen verfügte, erhielten sie nach dem Heimstättengesetz „160 Acker Land“, die ihnen gehörten, wenn sie fünf Jahre bewirtschafteten. Damit und mit ihrer Hände Arbeit schufen sie sich ein Zuhause und schufeten, „damit unsere Kinder es einmal besser haben“. Die USA wurden so zur größten Industrienation der Erde.

Unvorstellbar etwa, daß deutsche, irische oder holländische Einwanderer 1869 in New York an Land gegangen wären und erstmal „Sozialleistungen“ oder „kostenlose Zahnarztbehandlung“ gefordert hätten. Man hätte sie ausgelacht.

Im Deutschland des Jahres 2009 ist das anders. Es finden sich immer ein paar Vögel, die sich aus politischen Gründen auf die Seite der größten Bittsteller schlagen. Nur so konnte der Fall einiger Berliner Zigeuner zu dem Politikum werden, das derzeit die Hauptstadt beschäftigt.

Seit einigen Tagen haust eine größere Gruppe von etwa 50 Roma in Berlin. Erst kampierend sie unter freiem Himmel im Görlitzer Park. Von dort wurden sie jedoch von der Polizei vertrieben. Ein paar linksradikale Hausbesetzer nahmen sich ihrer an. Die Linken halten seit einigen Jahren einen Teil des früheren Bethanien-Krankenhaus in Kreuzberg besetzt. Wegen der Yorkstraße heißt ihr illegales Zentrum „New York“. Was für eine Ironie!

In diesem „New York“ wurden die Zigeuner vorübergehend aufgenommen. Den Roma gefiel es dort. Ihre Gruppe wuchs schnell an. Doch jetzt kommt der schönste Teil der Geschichte: Die neuen Gäste vom Balkan wurden den deutschen Linken zu viel. Mit der vielgepresenen internationalen Solidarität war es bald vorbei. Sollen sich doch andere um die Roma kümmern, müssen sie sich gedacht haben.

So stürmten Anarchos und Roma zusammen eine Veranstaltung, an der die Sozialsenatorin teilnahm, um eine feste Bleibe, medizinische Versorgung und Schulausbildung für die Kinder zu fordern. Danach besetzten die Zigeuner eine katholische Kirche. Nach langwierigen Verhandlungen wurden die Roma schließlich nach Spandau in ein staatliches Aufenthaltslager gebracht. Ihre Forderungen nach Sozialleistungen haben sie nicht zurückgenommen.

Das alles ist einfach ein Witz. Sie sind als „Touristen“ in die Stadt gekommen und haben keinen Anspruch auf solche Leistungen. Die rumänische Botschaft hat übrigens die Übernahme jeglicher Kosten strikt abgelehnt. Verständlich. Die Frage ist nur: Gibt es irgendeinen vernünftigen Grund, warum wir Deutsche uns anders verhalten sollten?

Geschichte wird getilgt

Jetzt ist das Gröbenufer dran: Berliner Straßen werden reihenweise umbenannt



Das Gröbenufer wird nun nach May Ayim benannt. Die Aktivistin der Afrodeutschen, Tochter einer Deutschen und eines Ghanaers, stürzte sich 1996 im Alter von 36 Jahren aus dem Fenster eines Hochhauses. Man hatte bei ihr Multiple Sklerose diagnostiziert.

Bild: wikimedia

Weil Linken ihr Name ideologisch verdächtig erscheint, verlieren zahllose Berliner Straßen ihre alten Bezeichnungen. Dahinter steckt eine dubiose „Geschichtswerkstatt“.

Am 27. Mai beschloß die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Kreuzberg-Friedrichshain mit den Stimmen der Grünen, der Postkommunisten und Teilen der SPD, das Gröbenufer aus dem Stadtbild zu tilgen und statt dessen nach May Ayim zu benennen, einer Aktivistin der Afrodeutschen, die sich 1996 im Alter von 36 Jahren aus dem Fenster eines Berliner Hochhauses stürzte.

Dies ist nicht die erste Straßenumbenennung im Sinne des 68er Zeitgeistes in der deutschen Hauptstadt – und es wird wohl auch nicht die letzte sein. Ein herausragendes Politikum war in den 80er Jahren die Umbenennung der Graf-Spee-Straße in Hiroshimastraße, zu einer Zeit, als die zuständige Bezirksverordnetenversammlung Tiergarten auch darüber debattierte, ob man den Bezirk zur „Atomwaffenfreien Zone“ erklären könnte.

Stichwortgeber dieser Umbenennungsinfation ist zumeist die „Geschichtswerkstatt“, an der Jürgen Karwelat, ein gut besoldeter leitender Beamter des Verbraucherschutzministeriums, Anteil hat. Als ihr Hauptanliegen bezeichnet die „Geschichtswerk-

statt“ die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit. Dazu gehört neben der NS-Zeit auch der Kolonialismus. Karwelat, der sich selbst als Hobbyhistoriker sieht, schrieb 1988 in der „faz“: „In Berlin, wie nirgendwo sonst in Deutschland, finden sich bis heute im Straßenbild so viele Elemente ruhmloser deutscher Vergangenheit: Militarismus, Kolonialismus, Antisemitismus.“

Derweil hat die „Geschichtswerkstatt“ schon tiefe Spuren im Stadtbild hinterlassen. Prominente Beispiele waren die Reichssportfeldstraße und die Mackenkstraße. Die erstere hatte zwar keinen schlimmen Namen, aber einen schlimmen Namensgeber. Adolf Hitler weihte sie anlässlich der Olympischen Spiele 1936 ein. Dem Generalfeldmarschall August von Mackensen wurde vorgeworfen, daß er als seniler Greis einige Solidaritätsadressen an die NS-Staatsführung gerichtet hatte.

Karwelat treiben weitreichende Pläne. Über 100 Straßennamen will er noch „säubern“. Die Dimension erinnert Kritiker an den Umbenennungswahn totalitärer Regime, welche die Hauptstadt ertragen mußte. Bei ihnen dient die Umbenennung ganz im Orwellschen Sinne der Auslöschung

der Erinnerung im Volk, um das so hergestellte Vakuum mit den ideologischen Mythen der „Bewegung“ füllen zu können. Das Fliegerviertel in Berlin-Tempelhof mit 14 „Fliegerhelden des Ersten Weltkriegs“, aber auch der Hindenburgdamm (schon in den 20er Jahren so benannt) sind im Padenkreuz der Neubenennung, alles soll verschwinden. Dabei interessiert Hobbyhistoriker Karwelat im Falle Hindenburgs auch nicht, daß der linke Historiker Sebastian Haffner gerade diesen als letztes Bollwerk gegen Hitler beschrieben hatte.

Gesichert scheint zur Zeit nur die Weiterexistenz der Treitschkestraße. Der 1896 verstorbene Historiker gilt linken Scharfmachern als Wegbereiter des Nationalsozialismus. Die Zehlendorfer Bezirksversammlung wird seit der letzten Wahl von einer schwarz-grünen Zählgemeinschaft dominiert. Torsten Hippe, bekennender Konservativer und Fraktionschef der dortigen Christdemokraten, ließ in die „Koalitionsvereinbarung“ einen Umbenennungsverzicht festschreiben. Seither herrscht Ruhe.

Doch das Gröbenufer liegt im Nachbarbezirk. Otto Friedrich von der Gröben stand in den Diensten Brandenburg-Preußens, Polens und verschie-

dener anderer europäischer Mächte und errichtete im Auftrag des Großen Kurfürsten das Fort Groß Friedrichsburg im heutigen Ghana. Die Festungsüberreste existieren noch heute, wurden restauriert und zum Weltkulturerbe der Unesco erklärt. Nur von 1683 bis 1717 existierte diese preußische Kolonie, dann wurden die Preußen von den stärkeren Niederländern verdrängt, welche die Kolonie kauften. In den wenigen Jahren, in denen Großfriedrichsburg als Handelsplatz diente, wurden nach Angaben verschiedener Lexika 0,2 Prozent des afrikanischen Sklavenhandels von dort abgewickelt. Hauptakteur dieses einträglichsten Geschäftes waren dabei die Briten und Niederländer, nicht die Preußen oder von der Gröben selbst. Doch das bloße Stichwort „Sklavenhandel“ reicht linken Ideologen aus, um eine Umbenennung zu verlangen.

Wo die Mehrheitsverhältnisse dies zulassen, müssen die Berliner nun mit weiteren Straßenumbenennungen rechnen. Das Problem: Da Umbenennungen bei den Bewohnern sehr unbeliebt sind – wer will schon vorhandene Visitenkarten und Briefpapier weg-schmeißen und allen seinen Bekannten bis zu Versicherungen und Banken eine neue Adresse mitteilen? – machen bürgerliche Parteien einmal durchgesetzte Namensänderungen kaum je wieder rückgängig. *Hans Lady*

Ein Hobbyhistoriker will weitere 100 Straßen umbenennen

Evangelische Schulen: Ruhepol im Bildungschaos

In Sachsen-Anhalt locken christliche Lehranstalten immer mehr Schüler an – weitere Neugründungen geplant

Die größte Bewegung im Bildungssystem der neuen Bundesländer gab es nach der deutschen Vereinigung, so könnte man denken. Aber gerade jetzt, 20 Jahre nach der friedlichen Revolution, gibt es im Privatschulbereich so viel Bewegung wie noch nie. Aber nicht bei irgendwelchen Privatschulen, sondern bei konfessionellen Schulen.

Wenn Daniela-Dita Pannek aus Könnern in Sachsen-Anhalt von ihrem Projekt erzählt, gerät sie ins Schwärmen. „Unsere Schule soll Werte haben. Die haben die normalen Schulen nämlich meist verloren.“ „Unsere Schule“, das heißt das evangelische Gymnasium Könnern, das Frau Pannek zusammen mit ihrem Mann, dem Pastor, dem Bürgermeister und anderen engagierten Eltern gründen möchte.

rer, große Klassen und oft auch kein Religionsunterricht. Letzterer ist der engagierten Christin aber wichtig. Und so hat die Mitvierzigerin selbst die Initiative ergriffen.

Seit einem Jahr plant und überlegt sie das Konzept der Schule. Nun steht es. Es soll ein Gymnasium in dem 8000 Einwohner zählendem Ort an der Saale werden, das auf folgenden Prinzipien beruht: dem Arbeiten und Leben im ländlichen Raum und der Reformpädagogik nach dem Jena-Plan. Dieser betont das selbstständige und überfachliche Arbeiten in Gruppen. „Das wichtigste ist uns aber die Erziehung nach christlichen Werten“, sagt Daniela-Dita Pannek.

Damit ist sie nicht die einzige. In Sachsen-Anhalt gibt es allein für das Schuljahr 2009/2010 über vier Gründungsinitiativen für evangelische Schulen. Neben Könnern sollen in Zeit und Burg je eine evangelische Grundschule und in Magdeburg eine evangelische Sekundarschule entstehen. Der Wille, der Bildungskrise mit eigenem elterlichen Engagement zu begegnen,

ist so hoch wie noch nie. Aber warum gerade jetzt und nicht direkt nach der Vereinigung? Und das in einem atheistisch geprägten Bundesland.

Die Landesschulplanung für die nächsten Jahre in Sachsen-Anhalt ist beschlossene Sache, so daß die Lehrer und Direktoren nun wissen, ob ihre Schule geschlossen wird

Eltern leisten Widerstand

oder nicht. „Deshalb ist, wenn die Gefahr einer Schulschließung vorüber ist, die Luft und der Wille, sich anstrengen zu müssen, raus“, sagt Christian Frühwald. Er ist Vorstandsvorsitzender der Johannes-schulstiftung, die zur Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) gehört. Die Eltern seien deshalb oft enttäuscht, wenn Lehrer und Lehrerinnen kein Engagement mehr für Erziehung und Wissensvermittlung an den Tag legten.

Auch wenn viele Eltern selbst nicht christlich geprägt sind, ha-

ben sie Vertrauen in die Institution Kirche und damit in deren Ansichten, Werte und den Religionsunterricht. Denn der ist an evangelischen Schulen Usus. Die konfessionslosen Eltern sehen den christlichen Rahmen nicht als negativ an. Vielmehr als eine Bereicherung für ihre Kinder, die ihnen als Eltern im sozialistischen DDR-Schulsystem verwehrt geblieben ist.

Ein anderer Grund für die vielen konfessionellen Schulgründungen ist auch in der Entstehung der Johannes-schulstiftung zu sehen. Diese Stiftung unter dem Dach der EKM unterstützt die Schulgründungen ideell, aber auch mit dem nötigen finanziellen Grundstock, der durch die Johanner und die damals noch bestehende Kirchenprovinz Sachsen gelegt wurde.

Der letzte große, aber nicht zu vernachlässigende Punkt ist das Erkennen von eigenen Fehlern innerhalb der evangelischen Kirche. In den Jahren nach der Wende wurden vor allen Dingen evangelische Gymnasien gegründet, so

beispielsweise das Ökumenische Domgymnasium in Magdeburg. Engagierte Eltern, meist selber Akademiker, haben viel Mühe aufgebracht, um adäquate Schulen mit christlichen Werten zu gründen. Das waren aber eben hauptsächlich Gymnasien. Selten Grundschulen, noch seltener Sekundarschulen. „Wir haben erkannt, daß die Bildungsmisere nicht allein durch gute Gymnasien behoben werden kann, sondern auch Schüler im mittleren Niveau gefördert werden müssen“, sagt Christian Frühwald. Mit der Gründung der evangelischen Sekundarschule in Haldensleben hat sie im Schuljahr 2008/2009 den Anfang gemacht.

Evangelische Schulen, die trotz ihrer staatlichen Anerkennung unabhängiger vom politischen Spielball „Bildungswesen“ erscheinen, sind ein hoffnungsvolles Modell mit Zukunft. Das zeigen die jetzt schon vorliegenden Schulgründungsinitiativen für die kommenden Jahre in Halberstadt, Hedersleben im Harz und Zerbst. *Victoria von Gottberg*

Welfenschatz bleibt in Berlin

Das Nein aus Berlin ist entschieden und selbstbewußt. Der Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Hermann Parzinger, lehnt eine Herausgabe des Welfenschatzes an die Erben von jüdischen Kunsthändlern ab. Er sieht keinerlei Hinweise dafür, daß bei dem Verkauf der Sammlung 1935 die vier Händler vom Käufer, dem Staat Preußen, unter Druck gesetzt wurden. Der Welfenschatz, der heute im Kunstgewerbemuseum in Berlin ausgestellt wird, umfaßt über 40 Objekte von unschätzbarem Wert, darunter Reliquiare und Tragaltäre aus dem 11. bis 15. Jahrhundert. 1930 hatten die Kunsthändler 84 Objekte des Schatzes für acht Millionen Reichsmark erworben, doch mitten in der Weltwirtschaftskrise fanden sie nur schwer Käufer. 1935 sei Preußen der einzige Interessent für die verbliebenen Stücke gewesen, so Parzinger. Der damalige Kaufpreis von 4,25 Millionen Reichsmark sei angemessen gewesen. Zudem habe die Dresdner Bank bestätigt, daß der Preussische Staat damals das Geld gezahlt hat. *Bel*

Zeitzeugen



Kim Jong-il - Der „Geliebte Führer“ ist ein Mysterium. Einige zweifeln daran, daß er noch lebt. Vom Westen wird er wegen seiner Plateau-Schuhe, der immer gleichen Sonnenbrille oder der toupierten Fönwelle gern belächelt. Im eigenen Land agiert er jedoch als rücksichtsloser Diktator und ist gefürchtet. Sein Volk leidet. Zwischen 1996 und 1999 sollen eine Million Nordkoreaner verhungert sein.

Kim Jong-un - Vom 25jährigen Sohn des nordkoreanischen Diktators ist nicht viel bekannt. Nach Berichten des südkoreanischen Geheimdienstes wurde er im Januar 2009 von seinem Vater als Nachfolger im Amt des Generalsekretärs der kommunistischen Partei der Arbeit Koreas benannt. Seine Schulbildung erhielt Jong-un in einer Schweizer Schule, die er 1998 als 14jähriger ohne Abschluß verließ. Der ehemalige Schuldirektor berichtet, daß Jong-un gut Englisch (die Unterrichtssprache) spreche. Nach Aussagen eines früheren Mitschülers begeisterte er sich vor allem Dingen für Basketball und Filme mit Jean Claude van Damme.



Wen Jiabao - Der chinesische Regierungschef zügelt die Medien in seinem Land nicht mehr, wenn sie Nordkoreas Verhalten harsch kritisieren. Offenbar wird Pjongjäng auch für die großen Nachbarn im Norden zur „strategischen Belastung“. Auf Schutz kann Kim Jong-il von dieser Seite nicht hoffen.

Barack Obama - Als blamierter Visionär muß sich Obama spätestens nach dem nordkoreanischen Atombombenversuch fühlen. Schon nach seiner Rede über eine „atomwaffenfreie Welt“ Anfang April in Prag, die Nordkorea mit einem Test einer Langstreckenrakete begleitete, zerschellte seine Vision an den Realitäten dieser Welt. Diktatoren und Terroristen halten sich nicht an Sonntagsreden. Jetzt fordert Obama eine Bestrafung und Sanktionen gegen das nordkoreanische Regime.



Mahmud Ahmadinedschad - Der iranische Präsident fühlt sich ebenfalls von Visionen getrieben. Nach einer Hetzrede gegen Israel vor der Uno im Jahr 2005 bekannte er, daß er sich von einem Licht umgeben gesehen habe, berichtete die „FAZ“. Angesichts des nordkoreanischen Nuklearprogramms reißt er sich jetzt die Hände, denn nun kann er seines umso leichter voranbringen.

Säbelrasseln in Korea

Nordkoreas »Geliebter Führer« reizt die Welt bis an die Grenze des Tolerierbaren

Das Regime in Nordkorea hat seinem zweiten Atomtest weitere Drohungen folgen lassen. Experten rechnen vorerst nicht mit einer militärischen Auseinandersetzung mit Südkorea, weil Nordkorea dabei nur verlieren könnte. Die Folgen für die Stabilität der Region sind dennoch gravierend.

Der kommunistische Diktator Nordkoreas Kim Jong-il reizt die Welt und versetzt die Nachbarstaaten in Aufregung. Nach dem zweiten Atombombentest drohte die Regierung in Pjongjäng offen mit einem Militärschlag. Die Regierung in Seoul wiederum teilte unlängst mit, das Land werde dem von den USA geführten Programm zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beitreten.

Pjongjäng hatte bereits früher erklärt, dies als „Kriegserklärung“ zu betrachten. Jeder „feindliche Akt gegen unsere Republik“ werde einen „starken Militärschlag“ nach sich ziehen, hieß es aus Pjongjäng. Nordkorea könne nicht mehr für die Sicherheit der Schifffahrt vor seiner Westküste garantieren. Die amerikanische Initiative, in der Südkorea bisher nur Beobachter war, erlaubt unter anderem die

Durchsuchung verdächtiger Schiffe.

Auch wenn Nordkorea sich mit dieser Quasi-Kriegserklärung nicht mehr länger an den nach dem Korea-Krieg vereinbarten Waffenstillstand von 1953 gebunden fühlt, sind kriegerische Auseinandersetzungen, zumal mit atomaren Waffen, derzeit wohl kaum zu befürchten.

Potentielle Verbündete Nordkoreas wie Rußland oder China rücken in Erklärungen von dem Regime ab und forderten entschlossene UN-Erklärungen und gegebenenfalls Sanktionen. Rußland, das derzeit den Vorsitz im Sicherheitsrat führt, will zudem seine militärische Aufklärung an der nordkoreanischen Grenze verstärken. Auch für den US-Präsidenten, der jüngst in Prag die Vision einer atomwaffenfreien Welt verkündet hatte, ist die Entwicklung eine starke Herausforderung.

Eine militärische Auseinandersetzung mit Südkorea und damit mit den USA, heißt es aus militärischen Kreisen, gliche aber einem

Selbstmordkommando für das nordkoreanische Militär und ist daher wenig wahrscheinlich. Die Raketen- und Atombombenversuche alarmieren dennoch die Nachbarstaaten wie etwa Japan, das nun eigene Atomwaffen anstreben könnte.

Wer nach Gründen für das Säbelrasseln sucht, wird in der Innenpolitik Nordkoreas fündig, offenbar will das Regime von inneren Problemen ablenken.

Schon lange halten sich Gerüchte, daß der Diktator nach einem Schlaganfall nicht mehr voll handlungsfähig sei. Der 67jährige „Geliebte Führer“, der die Macht von seinem Vater, dem „Ewigen Präsidenten“ Kim Il-sung nach dessen Tod 1994 übernommen hatte, will offenbar die Macht dem jüngsten seiner drei Söhne, dem 25jährigen Kim Jong-un übergeben. Das stößt in der kommunistischen Erb-Diktatur offenbar auf Widerstände, die der Diktator durch außenpolitische Drohmanöver zu kontern versucht.

Die Entwicklung der beiden koreanischen Staaten, die - ähnlich

wie Deutschland - nach einem Krieg die Teilung erlebten, könnte gegensätzlicher kaum sein. Während der Süden ein wohlhabendes Land geworden ist, blieb der Norden bettelarm. Bedeutenden Anteil am Aufstieg Südkoreas hat die Christianisierung des Landes. Seit 1960 erlebt das Christentum, das lange Zeit harter unterdrückt wurde, einen beispiellosen Aufstieg. Heute sind rund 26 Prozent der Bevölkerung Christen, die fast alle aktiv am Leben der Kirchen teilnehmen. Am Sonntag sind in Seoul die Kirchen so voll wie bei uns am Heiligabend.

Südkoreaner, befragt wegen einer Wiedervereinigung, reagieren in der Regel skeptisch auf die Perspektive, das nordkoreanische Armenhaus übernehmen zu sollen. Die Wiedervereinigung nach deutschem Vorbild gilt vielen als Negativbeispiel. Werden die Probleme Nordkoreas jedoch nicht bald gelöst, ist das Land auf dem besten Weg, ein sicherheitspolitisches Problem der ganzen Welt zu werden. Weniger die USA, sondern vor allem China ist heute als ehrlicher Makler gefragt. Sonst rückt ein präventiver Militärschlag immer näher ins Blickfeld. H. E. Bues

Pjongjäng zündelt weiter

Kaum weniger Sorgen als die Verbreitung von Atomwaffen macht Sicherheitsexperten die Verbreitung von Trägersystemen, mit denen nukleare Sprengköpfe in weit entfernte Ziele gebracht werden können. Und so war es eine kalte Dusche, als zu Beginn dieser Woche bekannt wurde, daß Nordkorea offenbar einen neuerlichen Raketenstest vorbereitet.

Bei einem Test im April war eine nordkoreanische Rakete vom Typ Taepodong 2 über Japan geflogen, dann aber weit vor dem Ende ihrer theoretischen Flugbahn auseinandergebrochen und in den Pazifik gestürzt. Der Test hat nicht nur die unmittelbaren Nachbarn Koreas alarmiert, sondern auch die USA: Im Erfolgsfall könnte diese Rakete Alaska oder

US-Gebiete sind bereits in Reichweite

Hawaii und damit US-amerikanischen Territorium erreichen. Asiatische Bevölkerungszentren wie Tokio oder Peking liegen schon jetzt in der Reichweite nordkoreanischer Raketen, deren Zielgenauigkeit allerdings zweifelhaft wird.

Die Meldungen über einen neuen Raketenstest kamen zu einem Zeitpunkt, als der Welt-sicherheitsrat noch immer an einer harten Antwort auf die fortgesetzten Provokationen der Diktatur in Pjongjäng gearbeitet hat. Das Bild vielseitiger Provokationen wurde komplettiert durch die Meldung, daß Nordkorea den Nordteil des Gelben Meeres für die Schifffahrt gesperrt habe. Dies kann mit den Vorbereitungen eines Raketenstests zusammenhängen, aber auch mit einem alten Streit um den Verlauf der Seegrenze mit Südkorea westlich der koreanischen Halbinsel.

Während Japan und Südkorea harte Sanktionen durch den Welt-sicherheitsrat einforderten, erneuerte US-Vizeaußenminister James Steinberg die Sicherheits-garantie für Südkorea. K. B.



Den Feind provozieren: Ein nordkoreanischer Soldat fotografiert einen südkoreanischen Grenzsoldaten.

Bild: InterTopics

»Scharfe Sanktionen nötig«

Selbst China und Rußland wollen Raketenstests nicht mehr tolerieren

Hartmut Koschky, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Vorsitzende der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, gilt als einer der besten Korea-Kenner in der deutschen Politik.

PAZ: Die unmittelbare Kriegsgefahr in Korea scheint gebannt. Was sind die mittelfristigen Auswirkungen des Atomtests?

Hartmut Koschky: Nordkorea stellt damit seine grundsätzliche Abrüstungsbereitschaft in Frage und damit auch die bisherigen Verhandlungsbemühungen der Sechs-Parteien-Gespräche. Beschließt der Sicherheitsrat schärfere Sanktionen, wird Nordkorea wahrscheinlich mit einer Verhärterung seiner Position reagieren.

Die Frage, warum sich Nordkorea für diesen Weg entschieden hat - handelt es sich um eine falsche Beurteilung der internationalen Lage, interne Machtkämpfe des Regimes um die Nachfolge Kim Jong-ils - ist wichtig für die mittelfristige Entwicklung. Die Meldungen darüber, ob Kim Jong-il seinen Sohn bereits als Nachfolger installiert hat, sind bisher

noch rein spekulativ. Dazu läßt sich derzeit keine verlässliche Aussage treffen.

PAZ: Wie beeinflusst die Entwicklung in Nordkorea das Verhältnis zwischen China und Rußland?

Koschky: Beide haben kein Interesse an einem atomar bewaffneten Nordkorea. Eine große Sorge für beide Staaten ist der Zerfall Nordkoreas, sowohl wegen der möglichen Instabilität als auch wegen der Befürchtung, daß die in Südkorea stationierten US-Truppen dann an die Grenze vorrücken könnten. China hat zwar mehr Einfluß auf Nordkorea, der aktuelle Nukleartest zeigt aber, daß auch dieser nicht sehr weitreichend ist. Für die Beziehungen zwischen Rußland und China spielt Nordkorea aber als Streitthema keine herausgehobene Rolle.

PAZ: Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea - müssen wir uns auf eine Welt mit zehn oder 20 Nuklearmächten einstellen?

Koschky: Möglicherweise müssen wir uns auf eine zunehmende Zahl an Nuklearmächten einstellen, aber wir sollten uns unter keinen Umständen damit abfinden. Alle Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft müssen auf eine weltweite nukleare Abrüstung und auf Maßnahmen zur Eindämmung des Handels mit Nukleartechnologie und -wissen gerichtet sein.

PAZ: Was bleibt übrig von US-Präsident Barack Obamas Vision einer Welt ohne Atomwaffen?

Koschky: Das Ziel ist absolut richtig. Dazu gibt es keine Alternative. Kurzfristig geht es darum zu verhindern, daß immer mehr Staaten und möglicherweise auch nicht-staatliche Akteure wie terroristische Gruppen Zugriff auf Nuklearwaffen bekommen. Deshalb müssen die Sanktionen gegen Nordkorea scharf sein und auch in der Nuklearfrage mit dem Iran muß die Staatengemeinschaft ihre Maßnahmen verschärfen. Hier muß die internationale Gemeinschaft an einem Strang ziehen.



Hartmut Koschky

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHEENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. I. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbefrei, Bücher: Rebecca Bellano; Politik, Wirtschaft: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil: Silke Osman; Geschichte, Ostpreußen heute: Dr. Manuel Ruoff; Heimatarbeit, EDV: Florian Möbius; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.
Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard C. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahltz, Liselotte Mil-lauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg. Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Feh-marnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. - ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung/ Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (I.O.) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der I.O.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer; Ausland 10,50 Euro. Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.
Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 250 100 20, Konto-Nr. 84 26 204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der Preußischen Allgemeinen Zeitung/ Das Ostpreußenblatt werden mit dem Beginn des Abonnementes Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittsklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der Preußischen Allgemeinen Zeitung/ Das Ostpreußenblatt erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlands-bezugspreises der Preußischen Allgemeinen Zeitung/ Das Ostpreußenblatt wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 1427

MELDUNGEN

Affront gegen
US-Politik

Jerusalem – Washington und Tel Aviv streiten um den geplanten Bau der Siedlung Mevasseret Adumim östlich von Jerusalem. Der Bauplan für das Areal, das größer als Tel Aviv ist, sieht hier 3000 Wohnungen, einen Friedhof, Hotels, Park- und Industrieanlagen vor. Aber mehr noch als die Größe stört die USA die Lage des geplanten Stadtteils: Mevasseret Adumim schneidet den Norden des Westjordanlandes vom Süden ab und ist ein Affront gegen die etwa 210 000 Palästinenser. Außerdem stellt das unbebaute Land die einzige Möglichkeit für die Palästinenser in Ostjerusalem dar, neuen Wohnraum zu schaffen. Da die Palästinenser hohe Geburtenraten haben, brauchen sie auch mehr Platz. Wenn der israelische Premier Benjamin Netanjahu den 2003 vereinbarten Baustopp wie angedeutet aufhebt, handelt er gegen die von den USA und der EU betriebene Zwei-Staaten-Politik. *Bel*

Haushalte ohne
eigenes Auto

Luxemburg – 2007 lebten laut dem europäischen Statistikamt Eurostat 80 Prozent der Bevölkerung der EU in einem Haushalt, der ein Auto besaß, neun Prozent in einem Haushalt, der sich kein Auto leisten konnte. In Rumänien leben mit 56 Prozent am meisten Menschen in einem Haushalt, der sich kein Auto leisten kann, es folgten Lettland (30 Prozent), Ungarn (23 Prozent) und Polen mit 20 Prozent. *PAZ*

»Eier für
Paroubek«

Prag – Der Chef der tschechischen Sozialdemokraten wird immer öfter mit Eiern beworfen. Dabei hatte Jiri Paroubek nach dem von ihm veranlaßten Sturz der Regierung gehofft, aus den vorgezogenen Neuwahlen im Herbst als Gewinner hervorzugehen. Statt dessen findet nun ein Aufruf im Internet „Eier für Paroubek in jeder Stadt“ überraschend viel Resonanz. Vor allem junge Tschechen nehmen ihm sein Verhalten übel. „Wir sind hier, weil wir befürchten, daß sich die Sozialdemokraten mit den Kommunisten zusammenschließen, und uns unsere Eltern erzählt haben, daß der Kommunismus eine scheußliche Zeit war“, sagte ein 19-jähriger. *Bel*

Supermacht auf dem Sprung

Indien erlebt die dritte Wiedergeburt des Nehru-Gandhi-Klans – Partielle Zusammenarbeit mit den USA

Drei Wochen nach der Parlamentswahl in Indien haben sich die politischen Verhältnisse „sortiert“. Der Nehru-Gandhi-Klan konnte seine Machtbasis in dem Land mit fast 1,2 Milliarden Menschen ausbauen und dürfte eine begrenzte Zusammenarbeit mit den USA anstreben. Dem weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der Atommacht steht nach dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung nichts im Wege.

Mit überraschender Deutlichkeit setzten die Inder in der Wirtschaftskrise auf Kontinuität. In der größten Wahlentscheidung der Welt ermöglichten 710 Millionen indische Wähler dem regierenden Wahlbündnis „Vereinigte Fortschrittliche Allianz“ der regierenden Kongreßpartei von Premier Manmohan Singh (76) mit beinahe der Hälfte der Parlamentsmandate einen Erdrutschsieg. Der liberale Ökonom Singh hatte die vielfältigen sozialistisch-bürokratischen Verwaltungsbarrieren des schwerfälligen Staatsapparats nach und nach zurückgeschraubt und so die Grundlagen des indischen Industrie- und Technologiewunders der letzten Jahre mit neun Prozent Wachstum pro Jahr gelegt. Die Unterstützung des Wahlsiegers durch Dutzende Unabhängige und Überläufer wird seine parlamentarische Mehrheit sichern. Die großen Wahlverlierer sind die hindunationalistische BJP, die populistischen, oft korrupten Regionalparteien des Vielvölkerstaats und die Kommunisten, die zu Kleinparteien schrumpften.

Beobachter rechnen mit einem Regierungsamt für den neuen starken Mann der Kongreßpartei, ihren Generalsekretär Rahul Gandhi (39). Nach anfänglichen Vorbehalten aus mütterlicher Sorge wurde Rahuls steile Laufbahn von Sonia Gandhi (63), der Parteipräsidentin, unterstützt. Nach ihrem Wahlsieg von 2004 hatte die Präsidentenwitwe, die Tochter eines Bauunternehmers aus Vicenza, es vorgezogen, dem erfahrenen Finanzexperten Singh die Regierungsführung zu überlassen. Doch kontrollierte sie weiterhin den Parteiparat.

Sonia Gandhis Sorgen um ihren einzigen Sohn sind nachvollziehbar. Wie bei den Kennedys scheint auf dem Nehru-Gandhi-Klan ein Fluch zu lasten. Ihr Mann Rajiv Gandhi, der von 1984 bis 1989 Ministerpräsident war und indische Friedenstruppen nach Sri Lanka geschickt hatte, war 1991 im Wahlkampf von einer tamil-



Alter und neuer Premier? Rahul Gandhi (r.) wird als Nachfolger des 76-jährigen Manmohan Singh (l.) aufgebaut.

Bild: Getty

schen Selbstmordattentäterin mit Sprengstoff getötet worden.

Seine Mutter Indira, die Tochter des zusammen mit Mahatma Gandhi zu den führenden Persönlichkeiten der indischen Unabhängigkeitsbewegung zählenden Jawaharlal Nehru, erhielt ihren Nachnamen durch ihre Ehe mit dem nicht mit Mahatma verwandten Feroze Gandhi. Sie regierte Indien von 1966 bis 1977 und von 1980 bis 1984 und war nach dem von ihr angeordneten blutigen Sturm des Goldenen Tempels von Amritsar, der von Sikh-Extremisten besetzt worden war, von zwei ihrer Sikh-Leibwächtern erschossen worden. Sanjav Gandhi, Rajivs jüngerer und ehrgeizigerer Bruder, hatte seiner Mutter viele Ex-

Klans verfeindet, für die oppositionelle BJP.

Unübersehbar wird der gutausschende, noch etwas steif wirkende Rahul Gandhi zum Nachfolger des 76-jährigen Singh aufgebaut. Im Gegensatz zu dem bekennen-

ersten Premiers des unabhängigen Indiens. So fordert er ein neues Armutsbekämpfungsprogramm. Die hohe Steuerbelastung des vorangegangenen hatte seinerzeit dafür gesorgt, daß alle Inder arm blieben. Die Verwaltung war so korrupt, daß nur geschätzte vier Prozent der Mittel bei ihren Empfängern ankamen.

Doch ist Rahul mit Collegestudien in Florida und einem knappen Jahr in Cambridge als halbeuropäischer Brahmane sicher stärker kulturell und politisch im Westen verortet als seine Großmutter Indira, die als Studentin noch von der britischen Kolonialpolizei malträtiert worden war und die wie ihr Vater Nehru lebenslang das Bündnis mit der Sowjetunion pflegte, zumal sie mit Richard Nixon, der sie intern nur „alte Hexe“ nannte, auch persönlich zerstritten war.

Mit der Ausschaltung der antiamerikanischen Kommunisten aus der Regierung kann das neue Atomabkommen mit den USA, das Premier Singh mit der Regierung

Bush als deren einzigen außenpolitischen Erfolg ausverhandelt hatte, zu einem umfassenderen Bündnis ausgebaut werden. Es sieht zunächst den indischen Zugang zu amerikanischer Nukleartechnologie im Gegenzug für internationale Kontrollen der zivilen Atomkraftwerke in Indien vor. Weil die USA damit Indien als Atommacht formell anerkannt haben, steht der weiteren militärischen Zusammenarbeit und indischen Rüstungsimporten aus den USA nichts mehr entgegen. Wie seine Mutter Sonia unterstützt Rahul diese Politik.

Tiefe Sorgen bereitet Indien freilich die eskalierende „Afpak“ Strategie des außenpolitisch als ignorant eingeschätzten Präsidenten Obama, die den brandgefährlichen Erzfeind Pakistan sowohl militärisch aufrüstet wie politisch destabilisiert – letzteres gewiß ungewollt. Pakistans Geheimdienst förderte und nutzte bekanntlich die in den Koranschulen von Lahore massenhaft radikalisierten Dschihadisten, um den Terror in seine Nachbarstaaten Indien und Afghanistan zu exportieren. Nach der Ermordung von Vater und Großmutter durch tamilische und Sikh-Extremisten droht nach dem Massaker von Bombay dem Sohn und Enkel Rahul vom islamischen Terror diesmal zweifellos die größte Gefahr.

Albrecht Rothacher

Die meisten
Gandhis sterben einen
gewaltsamen Tod

den Marktwirtschaftler Singh verkündet Rahul die Wiederauflage der längst grandios gescheiterten Umverteilungsprogramme seiner Großmutter Indira und seines Urgroßvaters Jawaharlal Nehru, des

Eine Hand wäscht die andere

Während alle Welt gebannt auf die Offensive der pakistanischen Armee gegen die Taliban und auf die dadurch ausgelösten Flüchtlingsströme blickt, wird ein anderes, mittelfristig wahrscheinlich bedeutsames Ereignis kaum beachtet: Das pakistanische Höchstgericht hob eine aus der Zeit des ehemaligen Präsidenten Pervez Musharraf stammende Verfügung auf, die dem Oppositionsführer und früheren Ministerpräsidenten Na-

waz Sharif die Teilnahme an Wahlen verboten hatte. Dieser spricht zwar von einem „Sieg der Gerechtigkeit“, doch handelt es sich eher um den „Dank“ des einst von Musharraf abgesetzten Höchstrichters Iftikhar Chaudhry, weil Nawaz Sharif eine Massenbewegung zur Wiedereinsetzung Chaudhrys in Gang gesetzt hatte. Die Rehabilitierung von Nawaz Sharif ist zugleich ein schwerer Schlag für Staatspräsident Asif Ali Zardari. *RGK*

Anzeige

Europawahl 7. Juni

Beherzt handeln.

Für unsere Vertriebenen und Aussiedler:

✗ durch Erinnern statt Vergessen.

✗ durch ein europäisches Volksgruppenrecht.

✗ durch ein Zentrum gegen Vertreibungen unter selbstbestimmter Beteiligung der Betroffenen.

Übersehene Schattenseiten

85 Milliarden haben die Deutschen in offenen Immobilienfonds angelegt, gut ein Drittel davon liegt »fest«

In Zeiten der Krise suchen die Menschen nach sicheren Geldanlagen. Und da die Steuervorteile bietenden Immobilienfonds auch als sicher gelten, schließlich investieren sie in Substanzwerte, sind sie vor allem bei älteren und vorsichtigen Anlegern beliebt.

„Flexibel und renditestark investieren“, mit diesen Worten wirbt der offene Immobilienfonds Axa Immoselect auf seiner Internetseite. Daß der Axa-Immoselect derzeit seinen Kunden alles andere als Flexibilität bietet, ist nur indirekt zu erfahren. Denn gleich neben der Eigenwerbung weist der Axa-Fondsmanager Achim Grafen darauf hin, daß die Anleger aus der „Aussetzung der Anteilscheinrücknahme“ nicht falsche Schlüsse ziehen sollten.

Die Formulierung „Aussetzung der Anteilscheinrücknahme“ besagt nichts anderes, als daß der an sich offene Fonds, bei dem ein Anleger jederzeit seine Anteile wieder verkaufen kann, derzeit geschlossen ist: Der Emittent nimmt derzeit die Anteile nicht zurück und der Kunde bekommt sein Geld nicht wieder. Axa-Immoselect ist nicht der einzige Anbieter, der heute so verfährt. Zehntausende deutsche Anleger mußten im September und Oktober letzten Jahres erfahren, daß offene Immobilienfonds keineswegs immer „offen“ sind. Von den rund 85 Milliarden Euro in offenen Immobilienfonds in Deutschland sind derzeit fast 30 Milliarden nicht voll liquide. Im Rahmen der Finanzkrise hatten vor allem institutionelle Großanleger wie Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften Gelder aus den offenen Immobilienfonds abgezogen, um andere Lücken zu schließen. Dadurch entstanden Liquiditätsgenässe, denn da Immobilienfonds den größten Teil des bei ihnen ange-

legten Vermögens in Gebäuden investiert haben, ist nur wenig freies Vermögen vorhanden. Mal schnell ein Bürohochhaus in New York verkaufen oder ein Hotel in Bombay, weil in Deutschland ein Kunde seine 50 000 Euro wiederhaben will, ist undenkbar, zumal derzeit die Immobilienpreise fallen, so daß ein Verkauf meist ein Verlustgeschäft wäre. Aus demselben Grund funktioniert auch die an sich naheliegende Beleihung nicht wie üblich.

Ab Spätsommer wollen einige der namhaften Fonds wieder öffnen. Sie hoffen, daß der Markt sich bis dahin beruhigt hat, so daß die Bewirtschaftung der vermieteten Immobilien nicht gefährdet

ist. Außerdem verkaufen Bankberater derzeit fleißig weitere offene Immobilienfonds, um Liquidität zu beschaffen. Denn auch die überall noch frei handelbaren offenen Fonds haben Finanz-Eng-

Für vier Prozent Abschlag kommt der Anleger an sein Geld

pässe. Ankäufe neuer Immobilien sind selten, da Anleger fehlen. Banken ihre Kredite nur zögerlich vergeben und die weitere Entwicklung des Immobilien- und Mietmarktes durch die Krise ungewiß

ist. Das führt auch dazu, daß die Rendite für die Anleger sinkt. Bei knapp drei Prozent liegt sie derzeit im Durchschnitt, das ist lausig, schließlich muß der Kunde bei Neukauf meist fünf Prozent Ausgabebauschlag zahlen.

Daß die Renditeaussichten derzeit nicht mehr so rosig sind wie in den vergangenen Tagen, darauf weisen die Bankberater und auch die Immobilienfonds selber selten hin. Gerne wird die positive Rendite der letzten fünf Jahre im Verkaufsgespräch herausgestellt. Oder es werden Zeiträume angegeben, in denen die Entwicklung der letzten Monate oder gar des letzten Jahres den Schnitt noch nicht nach unten ziehen. Sätze

wie „Auf Sicht von zwölf Monaten konnte das Fondsmanagement eine Wertentwicklung von 7,06 Prozent per 10. März 2008 erzielen“ klingen vielversprechend. Allerdings haben wir Juni 2009, dazwischen liegen 14 Monate Finanz- und Wirtschaftskrise.

Kunden der zwangsgeschlossenen Immobilienfonds müssen jedoch nicht verzweifeln: Die Fondsbörse in Hamburg nimmt ihnen ihre Anteile ab. Anfang des Jahres, als die Verunsicherung noch besonders groß war, mußten die Kunden bis zu zehn Prozent Abschlag in Kauf nehmen, inzwischen sind es nur noch drei bis vier Prozent. Dafür kommt man aber sofort an sein Geld.

Die Börse Hamburg hat aufgrund der aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich eine Steigerung von rund 600 Prozent zu verzeichnen, was noch ungewöhnlicher ist, wenn man bedenkt, daß das Wissen um die Existenz der Fondsbörse nicht weit verbreitet ist. Das würden die Banken auch gerne beibehalten, verdienen sie doch höchstens ein Prozent an diesem Geschäft. „Die Banken ärgern sich über uns“, so Kay Hofmann von der Fondsbörse. Unter www.fondsbörse.de können Kunden nachrechnen, was sie bei einem Verkauf ihrer Anteile erhalten. Dann muß nur noch eine Verkaufsofferte an die Bank, in deren Depot die Anteile verwahrt werden, erteilt werden und der Kunde kommt an sein Geld.

Allerdings macht nicht jede Bank bei diesem Geschäft mit: „Wir bieten keinen börslichen Handel klassischer Fonds an“, heißt es von der Citibank.

Und auch die Immobilienfonds sehen die Aktivitäten der Fondsbörse nicht gerne, verschaffen diese ihr doch keine neue Liquidität, da nur vorhandene Anteile von einem Anleger zum anderen wechseln. *Rebecca Bellano*



Rendite in Gefahr: In Metropolen wie London haben Immobilienfonds oft in Bürotürme investiert. Mit der Finanzkrise haben sie etliche Mieter verloren, die Bewertungen sind entsprechend gefallen.

Bild: Visum

MELDUNGEN

Alleinerziehende häufig Hartz-IVler

Nürnberg - Rund 650 000 Alleinerziehende sind auf Hartz IV angewiesen, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Vier von zehn Alleinerziehenden beziehen die Leistungen der Grundsicherung. Zudem benötigen sie die staatliche Unterstützung vergleichsweise lange: Innerhalb von zweieinhalb Jahren konnten nur die Hälfte der Alleinerziehenden, aber mehr als zwei Drittel der anderen Haushalte den Leistungsbezug beenden. Alleinerziehende, die Hartz IV beziehen, sind zu rund 95 Prozent Frauen. *IAB*

Kurzarbeit senkt Arbeitslosigkeit

Frankfurt am Main - Die Arbeitslosigkeit ist im Mai überraschend gesunken. Doch Commerzbank-Experte Eckart Tuchtfeld warnt: Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit läge ohne Kurzarbeit derzeit bei rund 3,7 Millionen statt der ausgewiesenen 3,46 Millionen. „Somit wären ohne Kurzarbeit seit dem Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit im Oktober 2008 bei 3,17 Millionen etwa 500 000 Personen netto arbeitslos geworden, also fast doppelt so viele wie die tatsächlich seitdem verzeichneten 300 000“, rechnete er vor. *Bel*

Nachfrage nach großen Scheinen

Frankfurt am Main - Sowohl die Schweizer Nationalbank als auch die Europäische Zentralbank haben festgestellt, daß die Nachfrage nach großen Scheinen (500 Euro und 1000 Franken) sprunghaft angestiegen ist. Grund: Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise führt dazu, daß private Anleger neben Gold vermehrt auch Bargeld zuhause im Tresor aufbewahren, weil sie ihren Banken nicht mehr trauen (siehe unten). *J.F.*

Teurer Präzedenzfall

Die Opel-Rettung ist für den Steuerzahler ein Fiasko

Nach nervenaufreibendem Gezerre haben sich die Bundesregierung, die Ministerpräsidenten mit Opel-Standorten, die US-Regierung, der bisherige Alleineigentümer General Motors (GM) sowie die neuen Investoren Magna und Sberbank auf ein Rettungspaket für Opel geeinigt. Magna will angeblich nur rund 2000 Arbeitsplätze in deutschen Opel-Werken streichen. Bund und Länder gewähren bis Jahresende einen Überbrückungskredit von 1,5 Milliarden Euro. Insgesamt soll der deutsche Steuerzahler aber 4,5 Milliarden Euro an Krediten und Bürgschaften bereitstellen. Magna und GM wollen die Übernahme bis Ende des Jahres unter Dach und Fach bringen. Solange bleiben zahlreiche Fragezeichen bestehen - immerhin dürfte die Rettung eines Opel-Arbeitsplatzes fast 200 000 Euro kosten.

Das Paket wird zwar vom Haushaltsausschuß des Bundestages sowie den Parlamenten der mitfinanzierenden Länder mitgetragen. Doch im Gebälk der Großen Koalition zeigten sich Spannungen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ sich von ihrem wahlkämpfenden Herausforderer

Frank-Walter Steinmeier (SPD) vor sich her treiben. Der hatte sich früh auf den Einstieg des kanadischen Autoteilezulieferers Magna gemeinsam mit der vom russischen Staat beherrschten Sberbank festgelegt. Beide verfügen bald über zusammen 55 Prozent der Opel-Anteile, GM nur noch über 35 sowie die Opel-Beschäftigten über zehn Prozent. Faktisch

»Entsetzt über den ökonomischen Unverstand«

geht Opel dadurch mehrheitlich in amerikanischen und russischen Staatsbesitz über.

Bundwirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hatte bis zuletzt für eine geordnete Insolvenz plädiert. Das Wort hatte jedoch für die meisten Beteiligten einen schlechten Klang, obwohl der Gesetzgeber das Insolvenzrecht unter Rot-Grün gerade mit dem Ziel reformiert hat, den Erhalt eines sanierungsfähigen Unternehmens zu ermöglichen. Die Mehrheit am Kabinettschiff und die Kanzlerin sahen es anders.

Guttenberg dachte wohl an Rücktritt, will die Einigung aber politisch mittragen. Doch in der Sache grenzt er sich von SPD und Kanzlerin klar ab: „Das Schlimmste, was man dabei machen kann, ist, durch vorausseilende Versprechungen und durch das Ausschließen von Optionen die eigene Position zu schwächen.“ Das habe die SPD durch eine unnötige Vorfestlegung auf Magna „in unverantwortlicher Weise bei Opel getan“. Der CDU-Mittelstandspolitiker Michel Fuchs sprang Guttenberg bei. Er sei „entsetzt über den ökonomischen Unverstand von Herrn Steinmeier“. Auch DIHK-Präsident Hans Heinrich Drißmann hält die gefundene Treuhändlung, die ein Abfließen deutschen Steuergeldes in Richtung General Motors verhindern soll, für nicht ungefährlich. Dadurch werde der Ausstieg des Staates faktisch unmöglich, wenn etwas aus dem Ruder laufe. Außerdem habe die Bundesregierung einen Präzedenzfall geschaffen und könnte deshalb unter Druck geraten. Neben dem Handelsunternehmen Arcandor stehen derzeit nicht weniger als 1100 weitere Firmen Schlange wegen Staatshilfe. *JV*

Die gepanzerte Angst

Mitten in der tiefsten Krise haben Tresorbauer Hochkonjunktur

Eigentlich sollen Safes, Tresore oder Panzerschränke vor allem Wertsachen aller Art vor Einbrechern sichern. Die globale Finanzkrise hat ihnen nun eine weitere Funktion zugewiesen: Schutz vor Bankpleiten, Geldwertschwund oder gar - im Falle neuerer Hiobsbotschaften - dem Absturz der Ökonomie auf das Niveau einer Tauschwirtschaft. Doch die vermeintliche Sicherheit hat ihre Kehrseite: Allein in der Bundesrepublik werden jährlich über 100 000 Wohnungseinbrüche begangen, die Aufklärungsquote ist mit 21 Prozent bescheiden.

Dennoch, immer mehr Menschen lagern ihre Werte in den gepanzerten Stahlkästen mit den schier unknackbaren Sicherheits-schlössern. Dank tief verunsicherter Anleger und Sparer boomt die Branche der Safehersteller wie nie zuvor, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Die Umsätze stiegen in den letzten Monaten um bis zu 45 Prozent. Und es sind auch nicht mehr nur Reiche und Superreiche, die einen Teil ihres Vermögens lieber zuhause bunkern. Gerade der Run auf Gold als krisensicherem Sachwert hat auch beim Mittelstand

die Nachfrage nach Tresoren förmlich explodieren lassen. Der Vertrauensschwund in die Geldhäuser, Broker und Fondsgesellschaften sowie ihre oft zweifelhaften, hazardierenden Anlageberater ist immens. Wegen der Schiefelage vieler Landesbanken mißtrauen sie sogar den einst als felsenfest sicher geltenden Sparkassen. Zudem erspart der Tresor im

Für den schlimmsten Fall sollen Gold und Waffen sicher lagern

Hause die Depotgebühren für die aushäusige Lagerung von Gold.

Die Firma Burgwächter etwa verzeichnet Zuwächse um gut 30 Prozent, weist auf Lieferengpässe hin und spricht von einem regelrechten „Nachfrage-Hype“. Auch Thies Hartmann von der Hamburger Stahltesor GmbH bestätigt den Trend und nennt den Grund: „Die Kunden zeigen in den Gesprächen mit uns ein geringes Vertrauen in die Banken.“ Hugo Gervaise, Verkäufer der Firma Solon in Paris: „Wir hatten schon im Oktober 2008

Zuwächse um 40 Prozent. Die Leute wollen Geld in Gold tauschen und zuhause lagern.“ Ein Sprecher von Cubb and Sons in London assistiert: „Die Leute suchen nach Sicherheit, wie wir es in unserer langen Firmengeschichte noch nie erlebt haben.“

Nach Aussagen der Hersteller sind die Käufer meist 50 Jahre und älter und legen gesteigerten Wert auf solide Produkte, die auch Schutz bei Feuer garantieren. Solche Tresore kosten für den privaten Gebrauch zwischen 2000 und 5000 Euro. Den Markt in Deutschland teilen sich rund 20 Firmen, die alle dem Verband der Schadensversicherer, etwa in Fragen der Schlösserzulassung, vom Bartenschloß über Nummernschlösser bis zu elektronischen Sicherungen, in Fragen der Mehrwandigkeit und der Sicherheitseinstufungen, unterworfen sind.

Seit die Furcht vor Amokläufern auch in Deutschland zunimmt, boomen sogar die gesicherten Waffenschränke mit Zahlenkombinationen. Dann kann ein durchgeknallter „Sohnemann“ nicht mehr so einfach die Sport- oder Jagdwaffen des Vaters an sich nehmen und ein Blutbad anrichten. *Joachim Feyerabend*

Künftige Tugend

Von Konrad Badenheuer

Dem heiligen Augustinus wird folgendes Gebet zugeschrieben: „Herr, schenke mir Keuschheit und Enthaltensamkeit, aber bitte noch nicht jetzt!“ Diesen Humor des Kirchenvaters hätte man auch den Politikern gewünscht, die vor wenigen Tagen eine neue, angeblich wirksamere „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz geschrieben haben.

Tatsächlich weist unsere Verfassung seit Jahrzehnten eine Schuldengrenze auf: Nur bei Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts darf die Neuverschuldung die Investitionen übersteigen. Die Regel erwies sich als restlos unwirksam, weil der Investitionsbegriff großzügig

definiert und – wenn das noch nicht reichte – einfach die Störung des Gleichgewichts verkündet wurde. Da die Vorschrift zudem keine Sanktion vorsah, blieb sie gänzlich unwirksam.

Nun wurde zwar ein genauer Sanktionsmechanismus beschlossen und im Grundgesetz verankert, doch diesmal liegt das Problem anderswo: Erst ab 2016 muß der Bund ernsthaft sparen, die Länder sogar erst ab 2020! Die amtierenden Politiker haben also ihre Nachfolger zur Tugend verpflichtet, während sie selbst Rekordschulden anhäufen. Die Mehrheit zur erneuten Verfassungsänderung spätestens im Jahre 2015 dürfte sich finden lassen.

Europas Seele

Von Hinrich E. Bues

Abgesehen von einer bildhübschen phönizischen Königstochter namens „Europa“ leitet sich der Name unseres Kontinents aus dem Altgriechischen ab. Aus euris (= weit) und ops (= Sicht) bildete sich das Wort Europa. Unser Kontinent ist also mit anderen Worten der „mit der weiten Sicht“.

In der Realität des 21. Jahrhunderts zeigt sich die europäische Politik allerdings leider allzu oft recht kurzsichtig. Dies gilt nicht nur für die berühmte Bananen-Verordnung der EU, sondern auch für die Pläne zur Erweiterung der Gemeinschaft. Hier kann nur zusammenwachsen, was auch zusammengehört. Dazu mühten Politiker und Wähler mehr darauf achten, was die Seele Europas eigentlich ausmacht. Der damalige Kardinal Joseph Ratzinger hat gesagt, Europa sei

in drei Städten gegründet worden: In Jerusalem, Athen und Rom. Vielleicht könnte man zu dieser Liste noch Moskau als weiteren zentralen Impulsgeber der slawischen, osteuropäischen Welt hinzufügen. Griechische Philosophie, Judentum und der christlich-orthodoxe Glaube haben Europa seine Seele gegeben.

In dieser Städteleiste fehlt bewußt das heutige Istanbul, das frühere Byzanz und dann Konstantinopel. Denn nicht ohne Grund hat Europa über 500 Jahre einen erfolgreichen Abwehrkampf gegen islamische und osmanische Eroberungsversuche geführt. Wer dies heute geschichtsvergessen ignoriert und scheinbar großzügig die Aufnahme der Türkei befürwortet, begeht in Wirklichkeit einen Verrat an Europas Seele. Auch darum geht es bei der Wahl am Sonntag,

Noch viel zu enthüllen

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Nein, eine Sternstunde des deutschen Parlamentarismus war das nicht. Eher der triste parlamentarische Alltag: Freitagnachmittag, nur noch vier Tagesordnungspunkte trennen das kümmerliche Fährlein der letzten Aufrechten vom langen Pfingstwochenende (die meisten MdB sind schon abgereist). Da muß für die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte eine Dreiviertelstunde reichen.

Genau so lange brauchte das Restparlament, um den FDP-Antrag „Inoffizielle Stasi-Mitarbeiter in Bundesministerien, Bundesbehörden und Bundestag [zu] enttarnen“ zu entsorgen. Mit scheinheil klingenden Begründungen versuchten Union, SPD, Linke und Grüne zu erklären, warum sie das Anliegen, die „Aufarbeitung des Stasi-Unrechts zu stär-

ken“, zwar unterstützten, aber dem Antrag dennoch nicht zustimmen mochten.

Besonders abenteuerrich das Argument aus SPD-Reihen: Schon vor zehn Jahren habe doch der Bundesanwalt erklärt, alle DDR-Agenten seien enttarnt. „Enthüllen“ seien folglich nicht mehr zu erwarten.

Wirklich? War die nicht zehn Jahre alte, sondern zehn Tage junge Entdeckung, daß Karl-Heinz Kurras, der Todesschütze in West-Berliner Polizeiuniform, hochrangiger Stasi-Agent war, keine „Enthüllung in großem Umfang“? Dieser jüngste spektakuläre Fall hat ja gerade gezeigt, daß es in Sachen DDR noch sehr viel aufzuarbeiten und zu enthüllen

gibt. Es ist doch unbestreitbar, daß die Krake Stasi alles unterwanderte, wo sie nur Zugang fand: Parlamente, Behörden, Verbände, hier auch jene, die wie die Landsmannschaften der Verbrennen zum gepflegten Feindbild zählten. Natürlich ist vieles heute nur Vermutung; Beweise (und Namen!) aber wird man nur finden, wenn man intensiv danach sucht.

Schon deshalb darf es hier keinen Schlußstrich geben. Es lohnt sich übrigens, genau hinzuschauen, wer da eigentlich – wenn auch meist unausgesprochen – einen solchen Schlußstrich unter sozialistisches Unrecht ziehen will. Oft sind es dieselben Politiker und Meinungsmacher, die ansonsten nicht müde werden, jeden Gedan-

ken an einen Schlußstrich unter nationalsozialistische Untaten massiv zu bekämpfen.

Die Forderung, staatlich organisiertes Unrecht niemals unter den Teppich der Geschichte zu kehren, hat moralisch und rechtlich durchaus ihre Berechtigung. Aber wenn sie gelten soll, dann immer, für jeden und ohne jede Ausnahme. Wer den einen Unrechtsstaat auf immer und ewig geißeln, den anderen aber schon nach nicht einmal 20 Jahren ins nostalgisch verklärte Unenthüllbare entlassen will, dient nicht der Gerechtigkeit und historischen Wahrhaftigkeit, sondern macht sich selber unglaubwürdig. So war die Abwicklung dieses Tagesordnungspunktes 40 in der 225. Sitzung des Deutschen Bundestages kein guter Beitrag zum 60. Geburtstag unserer parlamentarischen Demokratie.

Einen Schlußstrich unter Stasi-Unrecht darf es nicht geben



Das lange Wochenende war den meisten Abgeordneten wichtiger als die Machenschaften der Stasi: Nur 45 Minuten waren für den entsprechenden Antrag vorgesehen, der dann abgelehnt wurde.

Bild: ddp

Vom 4. bis zum 7. Juni sind rund 375 Millionen Europäer aus 27 Staaten dazu aufgerufen, ein neues Europaparlament zu wählen. Die Bedeutung des Europaparlaments nahm seit der ersten direkten Europawahl im Jahr 1979 kontinuierlich zu. Heute ist das Parlament in Straßburg die größte multinationale Volksvertretung der Welt. Mittlerweile haben die Europa-Abgeordneten ein Mitspracherecht in der Gesetzgebung, sie kontrollieren die Exekutive und verabschieden den EU-Haushalt. Das Parlament hat sich zunehmend von einer rein beratenden Kammer zu einer gestaltenden Bürgervertretung entwickelt, die in den Kernbereichen ähnliche Kompetenzen besitzt wie ihre nationalen Gegenstücke.

Obwohl das Europäische Parlament über die Jahre immer bedeutender und einflussreicher geworden ist, beteiligten sich zunehmend weniger Menschen an den Europawahlen. Bei den letzten Wahlen vor fünf Jahren gingen europaweit gerade einmal 45,6 Prozent aller Wahlberechtigten zur Wahl. Es ist kaum möglich, dies nicht als Zeichen nachlassender Europaabgeisterung beziehungsweise vielleicht sogar wachsender Europaverdrossenheit zu werten. Dabei hätte es die EU wahrlich verdient, daß man sich – trotz aller offenkundigen Schwächen – für sie mehr begeistert und einsetzt.

Der Grundstein für die heutige Europäische Union wurde am 25. März 1957 mit der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ gelegt. Sechs Staaten – Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande – schlossen sich zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen. Die EWG war nicht nur die Keimzelle der Europäischen Integration. Durch die Bildung des europäischen Binnenmarktes schaffte sie auch die Voraussetzungen für

Auf ein Wort



den wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes. Indem der Binnenmarkt den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie die Freizügigkeit der Arbeitnehmer gewährleistet, trägt er wesentlich dazu bei, Arbeitsplätze zu schaffen und Handelsbarrieren abzubauen. Kaum ein Land in Europa profitiert davon so sehr wie die Bundesrepublik. Im Jahr 2007 lag das deutsche Exportvolumen bei 969 Milliarden Euro. Knapp 85 Prozent des Exports blieb innerhalb der Europäischen Union. Ohne die Europäische Union wäre der Wohlstand unseres Landes nicht denkbar. Gerade in der aktuellen Krise profitieren die Einzelstaaten von der stabilisierenden Wirkung der gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Vor allem der Euro als gemeinsame Währung hat sich als Segen erwiesen. Ohne diesen Stabilitätsanker stünden wir in der gegenwärtigen Krise weit schlechter da.

Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Europäische Union mehr ist als nur ein Wirtschaftszusammenschluß. Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Sie ermöglichte es, daß „Erbfeinde“ miteinander Frieden schlossen und zu Partnern, ja sogar zu Freunden, wurden. Dies dürfen wir nicht als Selbstverständlichkeit abtun. Vielmehr verdanken wir diese dauerhafte Aussöhnung dem Friedenswillen der europäischen Völker sowie der Tatkraft, dem

Die EU ist mehr als eine Wirtschaftsunion

Von JÖRG SCHÖNBOHM

Vorstellungsvermögen und dem Mut der politischen Entscheidungsträger der Nachkriegszeit. Ohne Männer wie Konrad Adenauer, Charles de Gaulle, Alcide de Gasperi oder Robert Schuman wäre die Europäische Integration nicht denkbar gewesen. Auch für die deutsch-französische Freundschaft, die bis zum heutigen Tag ein wichtiger Impulsgeber für die Europäische Integration ist, spielte die freundschaftliche Beziehung zwischen den jeweiligen Staats- und Regierungschefs – Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, François Mitterrand und Helmut Kohl – eine wichtige Rolle.

Natürlich war der Weg Europas zu dem, was es heute ist, nicht immer nur von Erfolgen geprägt. Immer wieder geriet der europäische Einigungsprozess ins Stocken. Bisweilen kam es auch zu Rückschlägen oder Stillstand („Eurosclerosis“). Bereits 1954 scheiterte der ehrgeizige Versuch, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen. Ebenso konnten sich die europäischen Staaten lange Zeit nur schwer mit dem Gedanken einer gemeinsamen Währung anfreunden. Obwohl die Idee bereits in den sechziger Jahren erstmals aufkommen war, konnte sie erst im Jahr 2002 verwirklicht werden.

Spätestens mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 bekam die europäische Einigung jedoch eine neue Dynamik. Plötzlich äußerten auch die Länder des ehemaligen Ostblocks Interesse an einem EU-Beitritt. Rasch öffnete sich die Union

den neuen Beitrittskandidaten. Es war immer klar: Diese Länder sind nicht nur unsere Nachbarn, sie sind Teil von Europa. Ohne sie würde die Europäische Union nur auf einem Lungenflügel atmen. Durch die Aufnahme von zehn mittel- und osteuropäischen Staaten am 1. Mai 2004 und zweier weiterer Staaten am 1. Januar 2007 wurde ein wesentlicher Beitrag zur dauerhaften Überwindung der Teilung Europas geleistet.

Die Osterweiterung war jedoch nicht nur eine einmalige historische Chance; sie war ebenso eine enorme politische Herausforderung. Es ist daher jetzt die wichtigste europäische Aufgabe, die Integration zu vertiefen und die Dynamik und die Impulse, die von den neuen Mitgliedsstaaten ausgehen, zu nutzen. Das Ziel ist, die Integration überall dort voranzutreiben, wo es gemeinsam erfolgreicher und besser geht als alleine.

Doch auch über dem schwierigen Prozess des Zusammenwachsens dürfen wir unsere Vision von einem gemeinsamen Europäischen Haus nicht aus dem Auge verlieren. Wir brauchen ein starkes und handlungsfähiges Europa. Wir brauchen ein geeintes Europa freier Menschen und freier Völker. Wir brauchen ein Europa, das als politisches Schwergewicht am Frieden der Welt mitwirkt und überall in der Welt für seine Interessen und für die Ideale der Freiheit und Menschenrechte

eintritt. Wir brauchen ein Europa, das ein verlässlicher Partner ist – gegenüber unseren Nachbarn, gegenüber unseren amerikanischen Freunden und gegenüber allen Nationen auf der Welt. Es wird eine zentrale Aufgabe des neuen Parlaments sein, an all diesen Themen gestaltend mitzuwirken.

Durch den Fall des Eisernen Vorhangs ist das wiedervereinigte Deutschland vom Rand in die Mitte Europas gerückt. Deutschland liegt nun wieder im Herzen des Kontinents. Als größter und bevölkerungsreichster Mitgliedsstaat der EU kommt der Bundesrepublik eine besondere Verantwortung zu – nicht zuletzt den kleinen und neuen EU-Staaten gegenüber. Deutschland muß ein Motor der europäischen Integration bleiben. Deutsche Sonderwege darf es nicht mehr geben.

Unser Kontinent lebt von der Vielfalt der unterschiedlichen Nationen und Volksgruppen. Die verschiedenen Kulturen und einzigartigen Traditionen machen das reiche Erbe Europas aus. Dennoch verbinden uns dieselben christlich-abendländischen Werte. „In Vielfalt geeint“ lautet daher auch der Wahlspruch der Europäischen Union.

Wir haben im vergangenen halben Jahrhundert viel erreicht, stehen aber jetzt vor neuen Problemen und neuen Herausforderungen. Diese dürfen wir nicht als Hindernisse auffassen, sondern müssen sie als Herausforderungen begreifen. Darum müssen wir auch mitbestimmen, welche Parteien und welche Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten sein werden. Als Bürger der Europäischen Union sollten wir das Parlament unterstützen und durch die Stimmabgabe am Wahltag den weiteren Weg Europas mitbestimmen. Wir brauchen ein starkes Europa für die großen Herausforderungen unserer Zukunft.

Die Bürger können am Wahltag den weiteren Weg Europas mitbestimmen

Aus »Erbfeinden« wurden Partner, ja sogar Freunde

Von Angesicht zu Angesicht

Im Jagdschloß Grunewald sind jetzt wieder Bildnisse bedeutender preußischer Persönlichkeiten ausgestellt

Der Grunewald ist seit jeher der Berliner liebster Ausflugsziel. Nun ist er nach fast drei Jahren wieder um eine Attraktion reicher: Das Jagdschloß Grunewald ist nach umfassender Sanierung geöffnet und zeigt seine Sammlung mit Porträts bedeutender Persönlichkeiten der preußischen Geschichte.

Kurfürst Joachim II. (1505-1571) ließ 1542 das Jagdschloß „zum grünen Walde“ errichten. Nahezu vier Jahrhunderte wurde es nicht zuletzt auch als idyllisch gelegener Rückzugsort der Herrscherfamilie genutzt. Bauliche Veränderungen durch Friedrich I. 1705/06 und Wilhelm II. 1901 bis 1909 gaben ihm ein neues Gesicht. Bei der aktuellen Sanierung hat man sich auf unspektakuläre Reparaturen und unauffällige Optimierung der überlieferten Zustände beschränkt.

Die Ausstellung spannt einen weiten Bogen

Während im Erdgeschoß in der Großen Hofstube und im ehemals königlichen Schlafzimmer eine Ausstellung über die Geschichte des Schlosses und seine museale Nutzung seit 1932 informiert, steht der Besucher im ersten Stockwerk jetzt bedeutenden Persönlichkeiten der preußischen Geschichte „von Angesicht zu Angesicht“ gegenüber.

Die Ausstellung spannt einen weiten Bogen – von den repräsentativen Herrscherporträts des Großen Kurfürsten und seiner Nachfolger über die Gelehrten- und Künstlerbildnisse der Berliner Aufklärung bis hin zu bürgerlichen Porträts aus dem 19. Jahrhundert. Bildnisse von Reitern und Jagdgesellschaften im Grunewald vom Biedermeier bis zur Kaiserzeit veranschaulichen die Tradition des Jagdschlusses.

Viele der Bilder stammen aus ehemals königlichem Besitz und wurden bereits in der 1932 eröffneten Gemäldegalerie des Jagdschlusses Grunewald ausgestellt. Die Porträts aus dem 18. und 19. Jahrhundert machten damals allerdings nur einen kleinen Teil aus, lag der Schwerpunkt doch auf der niederländischen Malerei. In den 1960er und 1970er Jahren konnte die kleine Galerie Berliner Porträtisten des 18. und 19. Jahrhunderts durch günstige Ankäufe dann erweitert werden. So ent-

mann gemalte „Allegorie auf den Großen Kurfürsten als Beschützer der Künste“. Diese Darstellung sei weniger ein Porträt als eine programmatische Willenserklärung des Herrschers, betont Carola Aglaia Zimmermann, wissenschaftliche Volontärin in der Abteilung Schlösser und Sammlungen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG), in einem Beitrag über die Ausstellung im „Museumsjournal“ 2/ 2009. „Hier thront der Kurfürst umgeben von

einem wahren Geldregen beschenken.“

Mehrere Bildnisse des Franzosen Antoine Pesne (1683-1757), der für drei Preußenkönige (Friedrich I., Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II.) als Hofmaler wirkte, von Anna Dorothea Therbusch (1721-1782) und von Anton Graff zeigen die Vielfalt der ausgestellten Werke. Über Anton Graff (1736-1813) war in der „Allgemeinen Theorie der Schönen Künste“ von Johann Georg Sulzer 1771 zu lesen: „Ich habe mehr als

Pferde gehörten zu den Lieblingsmotiven des Maler Carl Steffek (1818-1890). Und so kam es ihm gelegen, daß Prinz Karl von Preußen (1801-1893), der jüngere Bruder Kaiser Wilhelms I., sich von ihm als „Roter Jäger“ zu Pferd porträtieren ließ. Die „Rote Jagd“ ist eine Parforcejagd, die von Karl wieder im Grunewald eingeführt worden war. Steffek war Mitglied der Berliner, Königsberger und Wiener Akademien. Als Nachfolger Karl Rosenfelders wurde er 1880 nach Königsberg berufen, wo er als Direktor der Kunstakademie wirkte und lehrte. Im Land der Pferde fand er seine Motive. Allein über 20 Pferdeporträts des begeisterten Reiters und Pferdefreundes zierten einst das Schloß des Landstallmeisters von Trakehnen. Steffeks Pferdebilder haben einen zweifachen Wert, urteilen

Pferdebilder als Kunstwerk und als Zeitdokument

Fachleute. Zum einen seien sie ein selbständiges Kunstwerk gewesen, zum anderen aber hätten sie auch Bedeutung als ein wahrheitsgetreues Zeitdokument.

Während die Gemälde im Jagdschloß Grunewald bis zur Sanierung des Gebäudes in zwei Räumen des Obergeschosses dicht an dicht gehängt werden mußten, zeigt die Ausstellung „Von Angesicht zu Angesicht“ die Bilder nun großzügiger verteilt in den Räumen des ersten Obergeschosses. So kann der interessierte Betrachter sich jetzt der Kunst der Bildnismalerei eindringlicher nähern und mit dem Porträtieren – wenn auch stille – Zwiegespräche führen.

Silke Osman / spsg

Die Ausstellung „Von Angesicht zu Angesicht“ im Jagdschloß Grunewald ist bis zum 31. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 4/3 Euro.



Carl Steffek: Prinz Karl von Preußen als Roter Jäger (Öl, um 1860)

Bild: spsg

stand im Jagdschloß Grunewald eine Sammlung vor allem höfischer Auftragsporträts.

Den Auftakt bilden Porträts des Großen Kurfürsten (1620-1688) und seiner Familie, darunter die 1682 von dem Königsberger Meister des Barock Michael Will-

Apoll, Minerva, Herkules und Fortuna. Die Fama über ihm verkündet den unsterblichen Ruf des Herrschers, der sich auf militärische Macht und Klugheit stützt. Gleichzeitig läßt er die herantretenden Künste Architektur, Malerei und Bildhauerei von Putti mit

einmal bemerkt, daß verschiedene Personen, die sich von unserem Graf haben malen lassen, die scharfen und empfindungsvollen Blicke, die er auf sie wirft, kaum vertragen können, weil jeder bis in das Innere der Seele zu dringen scheint.“

Der Maler ging seinen eigenen Weg

Eine Ausstellung würdigt das Spätwerk des Malers Karl Eulenstein

Die volle, dunkle, leuchtende Farbigekeit fällt den meisten Besuchern auf Anhieb ins Auge. 40 Gemälde und Aquarelle des 1892 in Memel geborenen Malers Karl Eulenstein sind in einer großartigen Ausstellung im Kunstverein in Bad Rappenau, Galerie Steiner, zu sehen. Sie bilden einen Teil des künstlerischen Nachlasses, den der Maler bei seinem Tod 1981 der Familie von Racknitz auf Schloß Heinsheim hinterließ. Mit ihr war er lange Jahre verbunden gewesen.

Wie schon 1991/92, als eine große Ausstellung über das Schaffen Karl Eulensteins im Ostpreußischen Landesmuseum unterstützt wurde, so war auch jetzt das Engagement der Frau von Racknitz entscheidend für die neuerliche Präsentation seiner Kunst. Sie erfüllte damit ein Vermächtnis, sagte sie zur Eröffnung der Ausstellung. Sensibel und mit großem Verständnis vom Galeristen Michael Steiner arrangiert, zeigen die Werke vollständig das Lebenswerk des Malers.

Der ostpreußische Maler Karl Eulenstein ging einen eigenen, schweren Weg. Als sechstes von sieben Kindern eines Schlepperkapitäns in Memel geboren, als mittelmäßiger Schüler durchge-

kommen, mußte er zunächst in einem Kaufmannskontor sein Geld verdienen. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs verwirklichte Eulenstein seinen Traum und besuchte die Königsberger Kunstakademie. Hier waren vor allem Richard Pfeiffer und der Expressionist Arthur Degner seine Lehrer. Ab 1925 stürzte sich Eulenstein in das Wagnis, als freischaffender Künstler zu leben. Er ging 1926 nach Berlin, wo er fortan mit seiner Lebensgefährtin und späteren Ehefrau Magdalena Stepath, genannt Lenka, bis zu seinem Tod 1981 blieb.

Sein malerisches Werk hatte zumeist Motive seiner memelländischen Heimat zum Thema. Bis 1944 besuchte er sie auch jährlich, wohnte vor allem in Nidden bei seinem Studienfreund, dem Maler Ernst Mollenhauer, im Blodeschen Gasthof. So gehörte er zum Kern der Künstlerkolonie Nidden.

Seit Anfang der 1930er Jahre hatte Eulenstein Erfolge in Ausstellungen, nicht nur in Ostpreußen, sondern bald in vielen Teilen Deutschlands. Seine dunkelfarbigen Bilder mit der intensiven Farbigekeit, der oft melancholisch wirkenden ostpreußischen Landschaft, den Szenen aus Memel, von



Karl Eulenstein: Leuchtturm in Memel (Tempera). Kräftige Farben beherrschen das Bild. Der Maler gehörte neben Ernst Mollenhauer zum Kern der Künstlerkolonie Nidden.

Bild: Steiner

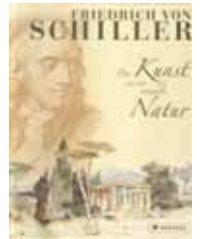
Fischern des Kurischen Haffs erregten Aufmerksamkeit. So hieß es in einer zeitgenössischen Beschreibung: „Die atmosphärische Dichte, in kräftigen Atemzügen herausgeholt aus den mit Finsternissen gesättigten Nebellichtern der Nehrung umschließt wie ein Panzer die Mäde und Bauern, die Kühe, die Pferde, den Baum...“

Dem aufkommenden Kunstgeschmack im Dritten Reich entsprachen Eulensteins Werke wenig. 1937 wurden sogar einige seiner Arbeiten beschlagnahmt. Er konnte zwar weiterhin ausstellen, dennoch war es eine schwierige Zeit für ihn. Kurz vor Kriegsende verlor er in Berlin fast sein gesamtes Werk. Er verlor auch seine Heimat. Aber seitdem der Künstler nicht mehr nach Memel und auf die Kurische Nehrung fahren konnte, wurde ihr Bild in ihm immer mächtiger. So begann er ab 1946 allmählich noch einmal und schuf in 20 Jahren ein großes Lebenswerk.

Eulenstein gelang es, eine neue, eigenständige Bildsprache für „sein“ Memelland, für „sein“ Nidden, für die alten Motive zu finden. Dabei treten die Motive in ihren gegenständlichen Formen immer weiter zurück, bald beherrschen die Farben ganz das Bild.

FÜR SIE GELESEN

Schiller für Bibliophile



Ein besonderes Jubiläum erwartet die Freunde klassischer Literatur im Spätherbst: Am 10. November vor 250 Jahren wurde Friedrich Schiller geboren. Schon jetzt macht der Prestel-Verlag in seiner Reihe „Kunst und Dichtung“ mit einem bibliophil gestalteten Geschenkband auf den in Marbach am Neckar geborenen Dichter in besonderer Weise aufmerksam. In dem Band „Die Kunst, sie ist veredelte Natur“ finden sich ausgewählte Gedichte und Texte von Friedrich Schiller neben Kunstwerken von Malern seiner Zeit. Der Zeitgenosse und Weggefährte Johann Wolfgang von Goethes erntete mit seinem Erstlingswerk „Die Räuber“ zunächst wenig Anerkennung, später jedoch begeisterte er nicht nur mit Dramen wie „Kabale und Liebe“ oder „Wilhelm Tell“, sondern auch mit seinen Balladen „Die Kraniche des Ibikus“, „Der Taucher“, „Die Bürgschaft“. Seine schönsten Gedichte stehen hier Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen von Carl Blechen, Carl Gustav Carus oder Caspar David Friedrich gegenüber. Eine aparte Mischung. Leider muß man jedoch stets ans Behaltende blättern, um zu erfahren, welcher Meister das jeweilige Bild schuf.

Friedrich von Schiller: „Die Kunst, sie ist veredelte Natur“, ausgewählte Gedichte und Texte mit Kunstwerken seiner Zeit. Prestel Verlag, München 2009, 48 Seiten, 40 Farbabbildungen, gebunden, 14,95 Euro.

Das Memelland prägte sein Werk

Kräftiges Blau, Rot, Gelb, manchmal auch fahles Grün oder Hellgrau faszinieren. Im Gesamteindruck bleibt aber stets etwas von der Dunkelheit und Schwere der Eulensteinschen Werke der Vorkriegszeit erhalten. Das Schwarz der einfacheren, dennoch kräftigen Umrisse erscheint zuweilen fast flächig dominant.

Wohl erkennt man, daß der Maler zum Beispiel von Nolde und Rouault beeindruckt war, aber seine Arbeiten sind keiner Richtung passend zuzuordnen. So wird die Bezeichnung Expressionist beziehungsweise Spätexpressionist nur in einer eigenwilligen Weise, eben „eulensteinisch“ auf sein Werk anzuwenden sein. Wie nur wenige Künstler mit ihm hat Eulenstein mit seinem Schaffen nach 1945 fern von Nidden die Tradition dieser Künstlerkolonie fortgesetzt. Das ist im europäischen Vergleich etwas Außergewöhnliches und gehört zur besonderen Bedeutung Eulensteins, die gerade erst wieder richtig entdeckt wird. Jörn Barfod

Die Ausstellung im Wasserschloß Bad Rappenau ist sonntags von 13 bis 18 Uhr noch bis zum 25. Juni zu sehen, oder nach Vereinbarung, Telefon (07264) 805809.

Erstmals wird SOS gefunkt

Vor 100 Jahren bekamen Guglielmo Marconi und Ferdinand Braun den Nobelpreis für Physik. Die beiden wurden damit für ihre Verdienste um die drahtlose Telegrafie geehrt. Auf wirtschaftlichem Gebiet waren die beiden Funkpioniere Konkurrenten. Der Italiener hatte 1897 Marconi's Wireless Telegraph Company Ltd. mit Sitz in London gegründet und der Deutsche hatte sich an der Gründung der Gesellschaft für drahtlose Telegrafie Telefunken in Berlin im Jahre 1903 beteiligt.

Dieses untragbaren Zustand beendete 1906 eine internationale Funkkonferenz in Berlin. Dort einigten sich 27 Länder auf eine Regelung des Funkverkehrs und die beiden konkurrierenden Unternehmen aus Großbritannien und Deutschland auf ein einheitliches Notrufsignal: SOS. Die Interpretation von SOS als Abkürzung von „Save our Souls“ oder „Save our Ship“ erfolgte erst später. Der wahre Grund für die Wahl dieser drei Buchstaben war, daß das Signal drei kurz, drei lang, drei kurz einprägsam und auch für ungeübte Funker leicht aus anderen Signalen herauszuhören ist.

Drei Jahre später, am 10. Juni 1909, setzte das britische Passagierschiff „Slavonia“ das erste Mal das eingeführte Notrufsignal SOS ab. Die Gäste der ersten Klasse hatten den Kapitän bedrängt, nahe an den Azoren vorbeizufahren, damit sie etwas von den Inseln sehen konnten. Der Kapitän kam dem Wunsch der Passagiere nach, übersah bei dichtem Nebel die Insel Flores und rampte sie mit voller Fahrt. Der Funker sendete SOS. Die deutschen Schiffe „Prinzessin Irene“ und „Batavia“, die den Notruf empfangen hatten, kamen zu Hilfe. Die Passagiere konnten gerettet werden. Der Cunard-Liner selbst versank ein paar Tage später im Meer. Manuel Ruoff

Deutsch in Südwestafrika

Die Sprache der Dichter und Denker war von 1984 bis 1990 mit Englisch und Afrikaans gleichberechtigt

Das Ende des deutschen Kolonialreiches durch den Vertrag von Versailles bedeutete zugleich das Aus für Deutsch als Amtssprache in Übersee. Vor 25 Jahren erlangte es im heutigen Namibia allerdings noch einmal für wenige Jahre den Status einer Amtssprache neben Englisch und Afrikaans.

Anders als in den übrigen deutschen Schutzgebieten, aus denen die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg ausgewiesen wurden oder abgewandert sind, hält sich in Südwestafrika bis heute eine deutsche Volksgruppe. Das liegt sicherlich auch daran, daß das Territorium die einzige deutsche Siedlungskolonie gewesen war und mit der Vertreibung der Deutschen, die dort überwiegend als Großbauern tätig waren, eine zumindest vorübergehende großflächige Entvölkerung einhergegangen wäre. Überdies fühlten sich die Buren in Südafrika, das nun die Verwaltung Südwestafrikas übernahm, den Deutschen verbunden, und so setzte man von Beginn an auf Kooperation.

Schon wenige Jahre nach dem Ersten Weltkrieg durften Deutsche wieder einwandern - sowohl zur weiteren Ausgewiesenen als auch andere. Im bilateralen Londoner Abkommen von 1923 schufen Südafrika und das Deutsche Reich eine rechtliche Grundlage für ihre Zukunft im Lande. Nun hatten zwar Englisch und Niederländisch, das 1926 durch das eng verwandte Afrikaans ersetzt wurde, schon nach der Besetzung des Landes durch die Truppen der Südafrikanischen Union im Jahre 1915 Deutsch praktisch als Amtssprachen abgelöst. Andererseits stellten jedoch die Deutschen weiterhin den größten Anteil unter der weißen Bevölkerung. Und so kam man ihnen antimerchiser großzügig entgegen, indem man Deutsch als weitgehend gleichberechtigt neben den beiden offiziellen Sprachen behandelte.

Die deutschsprachigen Südwester engagierten sich nicht nur in Kulturvereinen, sondern sie beteiligten sich - vor allem ab 1925, als

das Territorium eine Verfassung mit beschränkter Selbstverwaltung erhielt - auch aktiv am politischen Geschehen. 1932 war Südafrika sogar bereit, Deutsch den Status einer dritten Amtssprache zuzugestehen. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen waren es dann jedoch die deutschen Abgeordneten des Landesrates (des von der weißen Bevölkerung gewählten Parlaments) selbst, die trotz der darüber erzielten Einigung im Kapstädter Abkommen von dem Vorhaben abrückten. Damit war eine einzigartige Gelegenheit verspielt.

Der Zweite Weltkrieg machte dann alle bisherigen Überlegungen zunichte. Erst nachdem die den Deutschen eher wohlgesonnene Nationale Partei 1948 die Regierung in Pretoria übernommen und 1950 auch die Wahlen in Südwestafrika gewonnen hatte, kam erneut Bewegung in die vor 1939 abgebrochenen Verhandlungen. An den staatlichen Schulen wurden bald wieder Abteilungen mit deutscher Unterrichtssprache zugelassen. Und auch in anderen Bereichen kam die Nationale Partei den Wünschen der deutsch-

sprachigen Südwester entgegen. Am 27. März 1958 erhob der Landesrat mit großer Mehrheit Deutsch neben Englisch und Afrikaans zur dritten offiziellen Landesbeziehungswise National-sprache. Damit, so der Landesrat in seiner Begründung, werde respektiert, daß die deutsche Sprache in Südwestafrika beheimatet sei und zumindest die kulturellen Belange der Deutschen dadurch künftig befriedigt werden könnten.

Die vollständige Gleichberechtigung als dritte Amtssprache bedeutete dies noch nicht. Allerdings gingen die Zustände an die Deutschsprachigen über den kulturellen Bereich hinaus. So beschloß der Landesrat den „freien Gebrauch der deutschen Sprache in allen Dienststellen der Administration ...“, so daß im Verkehr mit Deutschsprechenden ... die deutsche Sprache benutzt werden kann“. Formblätter gab es seither ebenso auf Deutsch wie Anschnitte mit Bekanntmachungen von Behörden. Es erschienen deutsch beschriftete Briefmarken, Aufschriften an öffentlichen Gebäuden waren jetzt dreisprachig, und auch vor Gericht durfte man sich der deutschen Sprache bedienen.

Am 27. Februar 1959 wurde erstmals seit den dreißiger Jahren wieder eine deutsche Übersetzung des Amtsblatts für Südwestafrika veröffentlicht, wenn gleich man hinzufügte, daß diese Fas-

sung im Gegensatz zur afrikaans-englischen Ausgabe „nicht rechtsverbindlich“ sei. Straßenschilder sollten künftig im Kontext der Sprache gestaltet sein, in der sie vorkommen, also etwa „Love Street“, aber „Hartebeesstraat“ und „Lazarettstraße“.

Es sollte dann noch einmal ein gutes Vierteljahrhundert dauern, bis der deutschen Sprache die volle Gleichberechtigung widerfuhr. Am 12. Juni 1984 faßte der Landesrat mit einer Gegenstimme den Beschluß, Deutsch zur dritten Amtssprache zu erklären. Die Umsetzung in die Praxis erfolgte per Änderung der Verordnungen AG 8 und AG 12 durch den Generaladministrator Willie van Niekerk als oberster legislativer und exekutiver Instanz im August des Jahres.

Damit hatte die deutsche Sprache 100 Jahre, nachdem sie erstmals bei einem Staatsakt in Südwestafrika verwendet worden war, wieder den Status einer Amtssprache bekommen. Am 7. August 1884 war nämlich in Angora Pequena, dem heutigen Lüderitz, zum ersten Mal im Lande offiziell die deutsche Flagge gehißt worden, womit die deutsche Sprache erstmals den Status der dortigen Amtssprache erhalten hatte.

Doch der 1984 erreichte Status währte nur sechs Jahre, bis zum Ende der südafrikanischen Verwaltung in Südwestafrika. In der Verfassung des unabhängigen Namibia wurde 1990 Englisch als einzige Amtssprache festgelegt. Zu diesem Zeitpunkt wurde diese Sprache zwar nur von weniger als zehn Prozent der gesamten Bevölkerung beherrscht, aber die neuen Machthaber von der Swapo (South-West Africa People's Organisation, Südwestafrikanische Volksorganisation) führten gegen Deutsch ins Felde, daß es genauso wie Afrikaans von vielen Namibiern „mit Unterdrückung und Ungerechtigkeiten im Lande“ assoziiert werde. An dieser oktroyierten Einsprachigkeit hat sich bis zum heutigen Tage nichts geändert. Wolfgang Reith



Deutsche Übersetzung des Amtsblatts für Südwestafrika. Am 1. April 1977 sind die deutschen Texte noch nicht rechtsverbindlich.

»Zwangsarbeiter« oder »Reichsbürger«?

Den meisten Bewohnern des Protektorats Böhmen und Mähren ging es besser, als viele tschechische Historiker behaupten

Prag, Dezember 1944. Ein Foto des „Tschechischen Pressebüros“ zeigt einen gerade angekommenen Zug, bemalt mit fröhlichen Kreideparolen, aus dem gut gekleidete Menschen mit schwerem Reisegepäck quellen. Bildunterschrift: „Rückkehr von Zwangsarbeitern aus dem Reich“. Zwangsarbeiter wie Sonntagsausflügler? Da stimmt doch etwas nicht!

Schon der sprachliche Ausdruck „Nucene prace“ (Zwangsarbeit oder Arbeitspflicht) weist in eine falsche Richtung, wie sie beispielsweise seit 1997 eine Tafel im Brünner Hauptbahnhof ausweist, „zum Gedenken der Tschechen, die zur Sklaverei [otrocke prace] in Deutschland deportiert wurden“.

Zwangsarbeit? Tschechen waren „Reichsbürger“ und deshalb besser als andere „Ostarbeiter“ gestellt, schrieb im Mai 2000 Jaroslav Spurny in einem legendären Zeitschriftenaufsatz, der auf den Forschungen des Historikers Vladimir Nalevka fußt: Tschechische Arbeitskräfte genossen eine „vy-sadni postaveni“, eine privilegierte Stellung, zumal sie bis

1942 freiwillig im Reich arbeiteten.

Sehr irreführend ist auch die Rechnung von 640 000 Tschechen, die von 1939 bis 1945 zum „Arbeitseinsatz“ im Reich waren. Sie arbeiteten aufgrund längerer oder kürzerfristiger Verträge. Es gab gerade bei Tschechen eine ständige Rotation, so daß nie mehr als 287 000 gleichzeitig im Reich waren, meistens deutlich weniger.

Das Deutsche Reich litt ab 1939 an Arbeitskräftemangel, der mit Anwerbungen in Nachbarländern nicht zu beheben war. Umgekehrt die 1938/39 durch Münchner Abkommen und Protektorat zuerst verkleinerte, dann zerschlagene Tschechoslowakei. Sie mußte rund 300 000 Rückwanderer aus

Die tschechischen Arbeitskräfte wurden deutschen vergleichbar behandelt

dem Sudetenland, der Slowakei und der Karpato-Ukraine unterbringen, was sie überforderte. In dieser Zeit bot Deutschland an, 40 000 tschechische Arbeitskräfte zu beschäftigen, was angesichts attraktiver deutscher Löhne und Sozialleistungen verlockend war,

auch später im Protektorat Böhmen und Mähren. Bis Mai 1940 wurden 120 000 Arbeitskräfte rekrutiert, die knapp 93 Millionen Kronen nach Hause überwiesen. Und das war erst der Anfang, vermerkte Dr. Wilhelm Dennler, im Protektoratsapparat für Arbeitskräfte-Werbung zuständig. Noch 1942 bot die Protektoratsregierung die Jahrgänge 1921/22 als Arbeitskräfte an. Reichsdeutsche Löhne waren deutlich höher als die im Protektorat, Versorgung und Urlaubsregelung besser.

Laut dem „Reichsprotector“ gab es 1942 1,5 Millionen „ausländische Arbeiter im Reichsgebiet“. Polen (798 000) und Tschechen (142 000) waren die größten Gruppen. Auf alle „Fremdarbeiter“ bezogen sich 1175 deutsche Gesetze und Bestimmungen, die bis April 1942 ergingen und ihre „Hierarchie“ regelten: Nahezu rechtlose Arbeitssklaven waren Polen, Russen und weitere Ostslawen. Weit besser erging es den „germanischen“ Dänen, Niederländern etc., denen Ungarn, Italiener und Tschechen gleichgestellt waren. Was letztere in Deutschland erlebten, hat noch im Ok-

tober 1999 ein Augenzeuge in der Prager Graitzeitung „Metro“ beschrieben: Zwar Bombardement Hamburgs, aber gutes Geld für gute Arbeit, Bewegungsfreiheit, freundliche Aufnahme bei Deutschen. Darum auch kein Verständnis für tschechische Entschädigungsforderungen: „Wir haben für unsere Arbeit im Reich Lohn bezogen, müssen also keine Entschädigung einlangen. Hören wir auf zu lägen!“

Laut Prager Angaben haben tschechische Antragsteller von der deutschen „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ pro Kopf 2750 Euro erhalten, erheblich mehr als polnische (2015 Euro), russische (1530 Euro) und so weiter, was sogar manche Tschechen als Ungerechtigkeit ansehen. Russische oder polnische „Ostarbeiter“ kamen ausgemergelt in Deutschland an, mußten erst aufpäppelt werden, ganz anders als gesunde, qualifizierte Tschechen. Im März 1942 befahl Hitler „die Mobilisierung aller noch unausgenutzten Arbeitskräfte im Großdeutschen Reich einschließlich des Protektorats“, was als Arbeitsbeschaf-

fungsmaßnahme für Tschechen wirkte: Im August 1944 arbeiteten 280 273 von ihnen im Reich, die meisten in anspruchsvolleren Jobs in Industrie, Bauwesen oder Verkehr. Mit Fortgang des Kriegs machten Tschechen „Karriere“, beispielsweise als Ärzte oder Sa-

Familienfreundliche Regelung des NS-Regimes wirkte wie ein Geburtenförderungsprogramm

nitäter, da ihre deutschen Kollegen längst an die Front kommandiert waren.

Tschechen hatten Recht auf Urlaub und Freizeitangebote. „Deutsche Arbeitsfront“ und „Kraft durch Freude“ kümmerten sich auch um fremde Arbeitskräfte, ganz besonders um Tschechen, zu denen man tschechische Konzert- und Bühnenstars auf Tournee schickte. Deutsche Firmen wie Siemens, Reichsbahn, Post und MAN bildeten aus ihren ausländischen Arbeitskräften „Nationalmannschaften“ für sportliche Wettbewerbe. Da Tschechen bekannt gute Fußballer sind - beispielsweise die Erfinder des „böhmischen Gäßchens“, einer Vorform des Doppelpasses -, waren sie in den Sportgruppen be-

sonders gern gesehen. Ebenso in Werks-Musikgruppen, wofür „Kraft durch Freude“ ungezählte Musikinstrumente bereitstellte, Kriegsknappheiten übersehend.

Das alles klingt nach einer Idylle, war aber keine. Die Tschechen teilten mit Deutschen nicht nur

Eintopf, Lebensmittelkarte und Feuerwehruniform, sondern auch Bombennächte, Brandkatastrophen, das ganze Unglück der Kriegszeit. Alliierte Bomber, für die das Protektorat zunächst außerhalb ihrer Reichweite lag, zerstörten Hamburg, Nürnberg, Kassel und zahlreiche weitere bei Tschechen beliebte Städte. Deswegen ging ab 1943 die Bereitschaft zur Arbeit im Reich deutlich zurück. Hitlers „Mobilisierung“ umgingen Tschechen, indem sie früher heirateten, Kinder bekamen. Nach den damals geltenden Regeln waren junge Eltern von der Arbeitspflicht außerhalb des Protektorats meistens befreit. Gewiß gegen die Absichten des NS-Regimes wirkte sich diese familienfreundliche Regelung auch noch wie ein Geburtenförderungsprogramm aus.

Wolf Oschlies

Mit Preußen gegen die Flügelmächte

Klemens von Metternich versuchte mit Deutschlands zweiter Großmacht Zentraleuropa zu stabilisieren

Am 11. Juni 1859 starb in Wien der legendäre Fürst Metternich, der bis zum Ausbruch der Revolution von 1848 österreichischer Staatskanzler war. Ab 1809 österreichischer Außenminister, ab 1821 auch Staatskanzler, hatte er seine Epoche so geprägt, daß man ihn den „Kutscher Europas“ nannte. Besonders interessant ist das Verhältnis dieses Politikers zu Preußen.

Damals galten neben Österreich fünf Staaten als „Großmächte“, die die Geschichte Europas bestimmten: Frankreich, Großbritannien, Rußland, und seit Friedrich dem Großen auch Preußen. Also war auch letzteres für den Staatskanzler eine unumgängliche Adresse. Wie stand Metternich zu Preußen?

Ähnlich den Briten war Metternich ein überzeugter Vertreter des „europäischen Gleichgewichts“, das zusammen mit dem sogenannten Konzert der Großmächte den Frieden sichern sollte. Metternich mußte deshalb, anders als die österreichischen Staatsmänner des 18. Jahrhunderts, ganz grundsätzlich auf ein kooperatives Verhältnis mit Preußen Wert legen. Dieses galt um so mehr, als Preußen als die schwächste der fünf Großmächte galt, und von daher von ihr die geringste Gefahr für das Gleichgewicht der Kräfte auszugehen schien. Metternichs Sorge hinsichtlich einer Gefährdung des Gleichgewichts galt eher den kontinentalen Flügelmächten Rußland und Frankreich, denen er einen mehr oder weniger latenten Drang in Europas Zentrum unterstellte. Bei der Abwehr dieses Druckes auf Zentraleuropa war die zweite deutsche Großmacht in Metternichs Augen Österreichs natürlicher Verbündeter. Wie hat sich das nun in seiner Tätigkeit ausgewirkt?

Während seiner Zeit als Gesandter in Berlin (1803–1805) betrachtete Metternich, der mit vollem Namen Klemens Wenzel Nepomuk Lothar Fürst von Metternich-Winneburg zu Beilstein hieß, Preußen als unerläßlichen Bündnispartner. Mit ihm sowie nach Möglichkeit auch mit Rußland und Großbritannien wollte Österreich der sich ausbildenden Hegemonie Napoleons auf dem Kontinent entgegenreten. Er wollte 1805 Preußen in die österreichisch-russische Koalition gegen Napoleon mit einbeziehen, aber Berlin bestand auf seiner Neutralität. Als der von Friedrich dem



„Versammlung bedeutender Staatsmänner zur Zeit des Wiener Kongresses“: Das Gemälde von Engelbert Seibert zeigt neben dem Kongreßpräsidenten Klemens von Metternich (rechts sitzend) auch den Chef der preußischen Kongreßdelegation, Staatskanzler Karl August von Hardenberg (Mitte). Bild: Stiftung Maximilianum

Großen geformte Staat nach dem Dritten Koalitionskrieg Österreichs und Rußlands gegen Frankreich von 1805 im darauffolgenden Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 zusammenbrach, empfand Metternich keinerlei Häme darüber, da Preußen weiterhin sein Wunschpartner blieb.

In den folgenden Jahren tat Metternich alles, um Österreich als Großmacht gegen den übermächtigen Napoleon zu bewahren. Ähnlich wie Friedrich Wilhelm III. von Preußen war dabei auch er zu einer Zusammenarbeit mit dem Usurpator bereit. Bei ihm wahrte diese Bereitschaft aus zwei Gründen sogar noch länger. Zum einen hat Bonaparte Österreich im Gegensatz zu Preußen nicht vernichten wollen, so daß der Haß auf die Franzosen im Kaiserreich geringer war als im Königreich. Zum anderen sah Metternich schon frühzeitig in Rußland eine potentielle Gefahr für das „europäische Gleichgewicht“. Deshalb spielte er mit dem Gedanken, das napoleonische Kaiserreich als Gegengewicht gegen Rußland zu erhalten. Das setzte allerdings voraus, daß die Franzosen sich als

Gleiche unter Gleichen in das „Konzert der europäischen Mächte“ integrierten und sich hinter ihre sogenannten alten Grenzen (welche auch die heutigen sind) zurückzogen. Metternich mußte jedoch erkennen, daß der Franzosenkaiser zu dieser Selbstbescheidung nicht bereit war, und da erst die Entscheidung Österreichs, sich in den Befreiungskriegen auf die Seiten Rußlands, Preußens und Großbritanniens zu schlagen:

Metternich wollte Preußen als Juniorpartner

Napoleons Schicksal war besiegelt.

Es kam, wie Metternich es befürchtet hatte: Nach der gemeinsamen Niederwerfung des napoleonischen Frankreichs wurde das Zarenreich dessen Nachfolger als stärkste Macht des Kontinents, was Metternich um so mehr beunruhigte, als ihm Zar Alexanders liberale Anwendungen zutiefst suspekt waren. Allerdings war

Österreich in den Befreiungskriegen das Zünglein an der Waage gewesen, und es war dessen Hauptstadt Wien, in der nun 1814/15 nach dem Ende der napoleonischen Ordnung ein Kongreß Europa neu ordnete.

Auf dem Wiener Kongreß, der das Gleichgewicht unter den Staaten in Europa wieder herstellen sollte, nutzte Metternich seine beträchtlichen diplomatischen Gaben dazu, die aufstrebende, nicht saturierte preußische Großmacht in die Schranken zu verweisen. Zum einen zügelte er den patriotischen Haß der Preußen gegen das nach Napoleons Sturz wieder von den Bourbonen beherrschte Frankreich, damit dieses für das Gleichgewicht der Großmächte nicht zu schwach wurde. Zum anderen sah Metternich mit Besorgnis, daß der Preußenkönig ganz auf Rußland setzte, um sich des gesamten Königreichs Sachsen zu bemächtigen und mit russischer Rückendeckung seinen Einfluß in Deutschland auf Kosten Österreichs zu erweitern.

Metternich erkannte, daß der Nationalliberalismus mit seinem Streben nach Nationalstaaten Gift

für den Habsburger Vielvölkerstaat war und setzte deshalb zum Leidwesen vieler deutscher Patrioten in Preußen und auch anderswo eine stark föderale Lösung der deutschen Frage durch. Mit dem auf dem Wiener Kongreß geschaffenen Deutschen Bund hatte Deutschland nun eher einen Staatenbund als den von den Patrioten erstrebten Bundesstaat.

Im Deutschen Bund gelang es Metternich, Preußen bei der Wahrung und Verteidigung der alten, vorrevolutionären gesellschaftlichen Ordnung ins Schlepptau zu nehmen. Um den russischen Zaren zu besänftigen, dessen Potential zur europäischen Hegemonie er fürchtete, ging er auf dessen wolkige Idee einer „Heiligen Allianz“ zwischen Wien, Berlin und St. Petersburg ein. Aus der Alexander I. vorschwebenden religiösen Gemeinschaft machte er jedoch einen gar nicht überirdischen Pakt zur Wahrung des gesellschaftlichen Status quo.

Eine Konfrontation wie einst zwischen Maria Theresia und Friedrich dem Großen versuchte er zu vermeiden. Das ging auch so lange gut, wie Preußen sich mit der Rolle des Juniorpartners begnügte und keine Männer wie Friedrich den Großen an seiner Spitze hatte. Auch die Herrscher der deutschen Mittel- und Kleinstaaten arrangierten sich mit Österreichs Rolle eines Ersten unter Gleichen im Deutschen Bund. Österreich war zu mindest bezüglich Deutschland saturiert, so daß österreichische Annexionen hier nicht zu fürchten waren, und die von Metternich im Bund betriebene föderalistische Politik ließ den deutschen Landesfürsten ihre Macht.

Das ging so lange gut, bis Otto von Bismarck die Leitung der preußischen Regierung übernahm und mit seinem diplomatischen Talent, dem militärischen und ökonomischen Potential Preußens und der Unterstützung der deutschen Nationalbewegung die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage durchsetzte. Doch da lebte Metternich nicht mehr. Bernd Rill / M. R.

MELDUNGEN

Silberstücke aus Charlottenburg

Babelsberg/Glienicke – Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) präsentiert gleich in zwei Ausstellungen einige der bedeutendsten Silberstücke der Charlottenburger Silberkammer, deren Räume derzeit saniert werden. Während die Besucher im Schloß Glienicke das bisher verschollen geglaubte Hochzeitssilber des Prinzen Carl und seiner Gemahlin Marie auf einem gedeckten Tisch erleben, werden im Schloß Babelsberg in den letzten Jahren erworbene und leihweise zur Verfügung gestellte Serviceteile aus dem Tafelsilber des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen Wilhelms I. als Ensemble und Einzelstücke präsentiert. PAZ

Sondermünze für Zuse

Berlin – Die Bundesregierung hat beschlossen, im Juni nächsten Jahres eine Zehn-Euro-Gedenkmünze „100. Geburtstag von Konrad Zuse“ herauszugeben. Die Gedenkmünze soll – wie die bisherigen deutschen Zehn-Euro-Gedenkmünzen – aus 18 Gramm Sterling Silber bestehen. Der Entwurf stammt von dem Berliner Künstler Heinz Hoyer. Im Mittelpunkt der Bildseite steht ein Quadrat mit der zukunftsweisenden binären Rechner Sprache, teilweise überlagert durch ein stilisiertes Profil Zuses. Diese Kombination soll, in Verbindung mit einem im oberen Teil dargestellten Lochstreifen sowie den seitlich abgebildeten Bezeichnungen der von Zuse gebauten Apparate Z 1 bis Z 64, der bis in die heutige Zeit reichenden Bedeutung des am 22. Juni 1910 in Berlin geborenen Computerpioniers Rechnung tragen. PAZ

Briefmarke für Grzimek

Berlin – Das Bundesfinanzministerium hat am 24. April 1909 im oberchlesischen Neißebornen Visionär und Vordenker für den modernen Naturschutz Bernhard Grzimek zu dessen 100. Geburtstag mit der Herausgabe eines Sonderpostwertzeichens im Wert von 55 Cent geehrt. Entworfen wurde die Briefmarke von Sibylle und Fritz Haase aus Bremen. PAZ



Grzimek-Marke Bild: Internet

Laufzeit verlängert

Ratingen – Das Oberschlesische Landesmuseum hat die Laufzeit seiner Sonderausstellung „Mein Leben für die Tiere – Bernhard Grzimek zum 100. Geburtstag“ bis zum 30. August verlängert. In der diesjährigen Nacht der Museen im Kreis Mettmann am 21. August wird die Ausstellung der thematische Schwerpunkt des Museums sein. PAZ

Ein Bürgerlicher zwischen Reuter und Suhr

Vor 125 Jahren wurde Berlins Regierender Bürgermeister von 1953 bis 1955 Walther Schreiber geboren

Walther Schreiber wurde am 10. Juni 1884 in Pustleben im Harz als Sohn eines Rittergutsbesitzers geboren. Er besuchte das Gymnasium, studierte Rechts- und Staatswissenschaften, promovierte und ließ sich 1911 als Rechtsanwalt in Halle an der Saale nieder. 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger zur Armee und stieg bis Kriegsende bis zum Schwadronsführer auf. Während der Novemberrevolution wurde er in den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt.

Bereits schon vor dem Kriege war er als 20jähriger mit Friedrich Naumann in Berührung gekommen und hatte sich in einer linksliberalen Gruppe engagiert. 1919 trat er der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei. Als 1921 der Landtag des Freistaates Preußen seine Arbeit aufnahm, war er für die DDP

dabei. 1924 übernahm er den Fraktionsvorsitz. Im darauffolgenden Jahr trat er in die preußische Regierung ein und wurde deren jüngstes Mitglied. Als Minister war er zuständig für Handel und Gewerbe.

Der Ersetzung der preußischen Regierung durch einen Reichskommissar im Zuge des sogenannten Preußenschlages kostete Schreiber das Ministeramt. Der linksliberale Jurist blieb in Berlin, wandte sich in der NS-Zeit aber wieder seinem Rechtsanwaltsberuf zu, den er seit seinem Eintritt in die Regierung nicht mehr ausüben durfte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der NS-Herrschaft fand Schreiber in der CDU eine neue politische Heimat. Mit Andreas Hermes übernahm er die Leitung der Ost-CDU. Ihr Widerstand gegen die Bodenreform kostete jedoch den Packmeister- und

den Rittergutsbesitzersohn noch 1945 die Parteiführung.

Schreiber engagierte sich nun im Westen Berlins, übernahm 1947 den Landesvorsitz der CDU, 1949 zusätzlich den Fraktionsvorsitz in der Stadtverordnetenversammlung.



Walther Schreiber Bild: Archiv

sammlung. Aus der Abgeordnetenhauswahl von 1950 gingen die Bürgerlichen als Sieger hervor. Trotzdem stellte sich neben Schreiber auch der bisherige sozialdemokratische Amtsinhaber Ernst Reuter zur Wahl um das Amt des Regierenden Bürgermeisters. Bei der Abstimmung im Abgeordnetenhaus kam es zum Patt. Gemäß der erst 1950 in Kraft gesetzten Verfassung von Berlin hätte nun das Los entscheiden müssen, aber Schreiber verzichtete darauf, eine derart wichtige Entscheidung dem Zufall zu überlassen. Statt einer von ihm geführten bürgerlichen kam es zu einer Allparteienkoalition unter der Leitung Reuters.

Als jedoch 1953 der charismatische und auch im bürgerlichen Lager geschätzte Reuter starb, kam Schreibers Stunde. Auf einer Sondersitzung des Abgeordnetenhaus setzte er sich gegen den

sozialdemokratischen Gegenkandidaten Otto Suhr durch. Wie schon zuvor bildete auch als Regierender Bürgermeister die Finanz- und Wirtschaftspolitik den Schwerpunkt seiner politischen Arbeit. Hier bot sich Schreiber mit der Aufgabe, die Exklave in die Bundesrepublik zu integrieren, ein breites Betätigungsspektrum.

Bei den zweiten Abgeordnetenhauswahlen 1954 legte Schreibers Partei zwar zu, aber durch die Stimmenverluste der FDP gelang es den Sozialdemokraten, die Mehrheit der Mandate zurückzuerobieren. Suhr bildete daraufhin 1955 eine von ihm geführte SPD-CDU-Regierung, der sein Vorgänger nicht mehr angehörte. Noch im selben Jahr wurde Schreiber zum Ehrenvorsitzenden seines CDU-Landesverbandes gewählt. Am 30. Juni 1958 starb er in Berlin. Manuel Ruoff

Berliner SPD ist nicht besser als die Linkspartei

Zu: „Linkspartei will Gymnasien durchmischen“ (Nr. 21)

Die Linkspartei ist eine kommunistische Partei, die heiligt, was den Kommunisten der DDR lieb und teuer war. Und dazu gehört das Schulsystem, das Berlin aufgedrückt werden soll und das in dem Berlin-Import Zöllner seinen

Handlanger gefunden hat, nicht zu vergessen, daß die Berliner SPD die Linkspartei fest umschlungen hält. Alles, was die Berliner an staatlicher Gewalt hinzunehmen haben, ist von der Berliner SPD abgesegnet, die darum auch nicht besser als die Linkspartei ist.

Die Schule als politische Einflußzone mit dem Ziel der Egalisierung der Schüler. Alle sollen doch so schön gleich sein. Die Freiheit bleibt dabei auf der Strecke, und auch mit der Brüderlichkeit ist es nicht weit her, da diejenigen, die am Steuer sitzen, immer ein gutes Stück gleicher und somit mächtiger als alle anderen sind.

Karl Fabian, Düsseldorf

Union hat konservative Substanz verloren

Zu: „Zerrissenes Bürgertum“ (Nr. 20)

Das kann doch kaum anders sein, weil ja auch die Lebensgeschichten von Grünen und Liberalen so unterschiedlich sind. Auch wenn ich gegenwärtig die FDP der Union vorziehe, würde eine Koalition der FDP mit Grü-

nen oder Roten meine sofortige Abkehr von der FDP bedeuten. Aber ich bin älter und fühle mich Volk und Vaterland verbunden. Das sieht bei jüngeren Bürgern oft ganz anders aus. Sie sind mit der Dauer-Inhalation des Holocaust groß geworden und haben sich vom eigenen Volk oft weit entfernt. Und natürlich gibt es dann

in allen bürgerlichen Parteien diejenigen, die sich vom Vorteil oder von Augenblickseingebungen leiten lassen. Hinzu kommt bei der Merkel-Union, daß sie ihre konservative Substanz weitgehend verloren hat. Aber Menschen lernen dazu. Darum sind auch nicht alle Grünen schon für unser Land verloren. Josef Schütz, Stuttgart

Piraten versenken

Zu: „Lachnummer“ (Nr. 21)

Unseren Soldaten muß es doch peinlich sein, einer Armee anzugehören, die auf so lächerliche Weise auf die Angriffe von Piraten reagiert. Wenn sie unsere Schiffe angreifen, muß zurückgeschossen werden, wobei das Ziel die Versenkung des Angreifers sein muß. Nur so werden wir der Piratenpest Herr werden können.

Aber sehen wir doch unsere Politiker an. Sie sind die Clowns von dieser Lachnummer für Piraten.

Matthias Voss, Remscheid

Ins Ukrainische?

Zu: PAZ

Jede Woche freue ich mich über die PAZ und lese sie mit großem Interesse.

Interessant war auch Ihr Gespräch mit dem Übersetzer Volodymyr Vasylyuk. Vielleicht möchte er auch mein Buch „Abschied von Lonkorsch“ lesen und gegebenenfalls ins Ukrainische übersetzen.

Hans Georg Brust, Wachtberg



Lachnummer? Bei der Jagd auf Piraten vor der Küste Somalias macht Verteidigungsminister Jung nicht die beste Figur.

Bild: ddp

Auch Anlaß für ethnische Säuberung

Zu: „Nein zur Aufrechnung“ (Nr. 16)

Vor Wochen las ich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, daß die Bundesregierung die Mitglieder für die Stiftung „Flucht, Vertreibung und Integration“ berufen hat. Kulturstiftungsminister Bernd Neumann ließ die Leser wissen, daß diese Stiftung „die nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungspolitik als Ursache von Flucht und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg“ darstellen soll.

Wie kommt er, als Westpreuße (geboren in Elbing) und als ausgebildeter Lehrer zu dieser geschichtlichen Fälschungsfrage? Es gilt als historisch gesichert, daß die Vertreibung von über zwölf Millionen Menschen aus ihrer

Heimat nach 1945 nicht ihre Ursache im Zweiten Weltkrieg hat, sondern der Krieg auch zum Anlaß genommen wurde, diese ethnischen Säuberungen durch die Vertreiberstaaten vorzunehmen. Somit sind und bleiben sie ein zu ahndendes Verbrechen.

Zum Schluß möchte ich noch den Leserbrief des Limburger Weihbischofs Gerhard Pieschl aus der „FAZ“ ans Herz legen. Er schreibt: „So läßt sich der niemals gelegene Anlaß für Vertreibung und Flucht umdeuten in einen einzigen Grund, und die Stiftung wird ein Entschuldigungskonzept für die Vertreiber. Da bleibt doch nur die Karfreitagsklage für die Vertreibenen: ‚Wo bist Du, gutes Deutschland, um die Wunden Deiner Geopferten zu heilen?‘“

Michael P. Breusch, Heidelberg

Nicht die Polen an sich sind engstirnig, sondern nur ihre Politiker

Zu: Leserbrief „Zeichen setzen: Heimatreisen boykottieren“ (Nr. 15)

Unter oben genannter Überschrift wurde ein Leserbrief veröffentlicht. Darin bringt der Einsender seine Empörung über die persönlichen Angriffe polnischer Politiker auf die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen zum Ausdruck und meint, „jeder, der eine Reise nach Polen plant, sollte noch einmal darüber nachdenken, ob er wirklich in das Land reisen möchte, das uns so viel Haß entgegenbringt“. Seine Reise, so schreibt er weiter, „findet dieses Jahr nicht nach Masuren statt, meinen hart verdienten Euro nimmt jeder andere Urlaubsanbieter äußerst gerne, ohne daß ich das Gefühl haben muß, nicht willkommen zu sein“.

Einer solchen Einstellung muß widersprochen werden: In der Tat ist es empörend, daß und mit welcher börsartigen persönlichen Angriffen gegen Frau Steinbach polnische Politiker sich anmaßen, darüber mitbestimmen zu wollen, wer einen Sitz im Beirat der deut-

schen „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ erhalten soll. Wie hätten wohl die Polen reagiert, wenn deutsche Politiker es gewagt hätten, etwa bei der Gestaltung der Gedenkstätten des Ghetto-Aufstandes in Warschau oder für die ermordeten Opfer in Auschwitz mitbestimmen zu wollen? Ebenso empörend ist es, daß sich auch deutsche Politiker der SPD, FDP und der Grünen an den Angriffen gegen Frau Steinbach beteiligt haben.

Aber gerade weil die deutschen Interessen und die Belange der Vertriebenen von den deutschen Politikern nicht gebührend wahrgenommen werden, darf das uns nicht von Reisen in unsere ostdeutsche Heimat abhalten. Wir sollten es als unsere Aufgabe ansehen, dazu beizutragen, in unserem Volk das Bewußtsein zu erhalten oder – soweit nötig – wieder zu erwecken, daß Ostpreußen ein Teil Deutschlands war und die Ostpreußen ein Teil unseres Volkes sind. Das können wir unter anderem dadurch tun, daß wir so oft wie möglich unsere Kinder, Enkel und Freunde, denen Ost-

Zu: „Unterschätzte Wahl“ (Nr. 21)

Zwar habe ich bereits per Briefwahl meine Stimme abgegeben, aber ich weiß eigentlich nicht zu welchem Zweck. Brüssel ist fern. Die handelnden Personen, die 80 Prozent unserer Gesetze beschließen, sind mir fremd und werden

Vertrauen, ohne falsche politische Rücksichtnahme

Zu: „Polens Beitrag zum Kriegsausbruch 1939“ (Nr. 20)

Mit diesem Artikel haben Sie einen bedeutenden Beitrag geleistet, der nicht nur an der politischen korrekten Kriegsschuldfrage rüttelt, wie schon nach 1918 gehabt, sondern klar darstellt, wo die Ursachen des Polenfeldzugs zu fin-

den sind. Herzlichen Dank für Ihren Mut während der gegenwärtigen spannungsreichen polnisch-deutschen Atmosphäre.

Die andauernden Selbstanklagen unserer Medien erscheinen allgemein unglaubwürdig. Nur ein Bekenntnis aller europäischen Nationen zum historischen Ablauf des vergangenen Jahrhun-

als Kommissare oder Abgeordnete tätig sind. Fremd sind sie uns alle. Zwar tauchen im sogenannten Wahlkampf auch Namen auf, aber was bringen uns Namen, die mit keinen Inhalten verbunden sind und zu denen wir nicht irgendeinen Zugang haben?

Manfred Ertel, Lippstadt

derts, ohne politische Rücksichten, also im gegenseitigen Vertrauen, das heißt auf der Basis „Treu und Glauben“, wie wir es kennen, kann das Fundament eines geeinten Europas von Bestand sein. Deutschland hat viel dazu beigetragen. Nun wäre unter anderem auch Polen dran.

Günter Hagner, München

Linke Chaoten

Zu: „Du sollst heucheln“ (Nr. 21)

Eine kleine Kritik an Herrn Heckel möchte ich an dieser Stelle loswerden. Herr Heckel, Sie wettern immer so garstig auf die von den Steuern ehrlicher Bürger lebenden linken Chaoten.

Nun, mein Leben hat mich oft in diese Kreise geführt. Beinahe jeder Punker ist starker Raucher, vom Trinken wollen wir gar nicht erst anfangen.

Herr Heckel, kennen Sie höhere Steuersätze als Alkohol- und Tabaksteuer? Sehen Sie es doch einfach mal ein: Penner, Punks und Obdachlose sind Vorbild-Steuerzahler! Und können die im Laufe des Jahres gezahlten Steuern nicht mal geltend machen ... Wenn das die FDP rauskriegt.

Helge Maibaum, Fährland

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Jedes Mittel recht

Zu: „Gegen die Feinde der Demokratie“ (Nr. 21)

82,6 Prozent aller rechtsextremistischen Straftaten sind Propagandadelikte. Wer sechs Hakenkreuze an Wände malt, begeht sechs Straftaten.

Linksextremistische und zu zählende Propagandadelikte gibt es hingegen nicht, so daß ein Vergleich links- und rechtsextremistischer Straftaten gar nicht möglich ist.

Wer an Hand der veröffentlichten Zahlen vergleicht, muß zwangsläufig irren.

Aber das gehört wohl zum Kampf gegen Rechts: Jedes Mittel ist erlaubt, wenn es nur dem erklärten Feind schadet.

Niklas Jörgson, Herne

Selbst Not-Krankenhaus bestohlen

Zu: „Das ist die Angst der Polen“ (Nr. 16)

Zu Ihrem Artikel kann ich nur bestätigend hinzufügen, daß die Verhältnisse gleich nach Kriegsende, wie Sie in Ihrem Artikel beschrieben haben, auch in Masuren bestanden haben.

Trotz allem Raub und Unzucht ließen die russischen Truppen nach ihrem Abzug jedem noch verbliebenen Bauern und Menschen, die sich auf verlassenem Land mit Ackerbau beschäftigten, je eine Kuh und ein Pferd als Lebensgrundlage zurück.

Kurz danach, noch bevor sich die polnischen Behörden etabliert hatten, wurden ihnen durch zu strömende polnischen Einwanderer alle Pferde, Kühe und sonstige Kleinvieh, Möbel und der belassene notwendige Hausrat und Kleidung sofort abgenommen. Oft wurden Bauern von ihren noch intakten Gehöften vertrieben oder zum Zusammenwohnen genötigt.

Auch die nachfolgende polnische Administration änderte daran nichts. Bauern und die neuen Kleinbauern, die den polnischen

Masurenschein selbst unter enormem Zwang nicht unterschreiben wollten – damals „Knüppelmasuren“ genannt –, wurden nach Stundetermin von ihren Gehöften und Wohnungen auf die sich bildenden Staatsgüter zwangsumgesiedelt.

Hierzu füge ich hinzu, daß 1946 das polnische Militär selbst von der damaligen Selbsthilfeorganisation, dem Krankenhaus in der Stadt Rhein (jetzt Ryn), Kreis Lötz, die Pferde von der Weide entwendete. Gleich hinter der russischen Front hatte der französische kriegsgefangene Hauptmann und Arzt Dr. Roland Jahn mit anderen Kriegsgefangenen mit Einwilligung der Russischen Kommandantur in Rhein ein Notkrankenhaus organisiert. Erst im Wohngebäude der Schule, dann auch in der Schule selbst.

Die ambulante und stationäre Betreuung erfolgte kostenlos. Als Personal stellten sich deutsche Frauen und Männer kostenlos zur Verfügung und hatten so einen sicheren Hort.

Willi Fladda, Bochum



MELDUNGEN

Streit um den Dom

Königsberg – Seit drei Jahren steht mitten in Königsberg die orthodoxe Christi-Erlöser-Kathedrale. Nun hat die Russisch-Orthodoxe Kirche es auf den Dom abgesehen. Sie verlange vom russischen Staat, ihr das Gebäude zu übergeben, berichtet der Internedienst „Rußland aktuell“. Patriarch Kyrill soll Ministerpräsident Wladimir Putin einen Brief geschrieben haben mit der Bitte, bei der „Übertragung aller Kaliningrader Objekte mit religiöser Bestimmung“ an die Orthodoxe Kirche beihilflich zu sein. Andernfalls, drohte Kyrill, könnte es wegen der „besonderen multikonfessionellen Situation des Kaliningrader Gebiets“ zu ethnischen und religiösen Konfrontationen kommen.

Für Igor Odinzow, Chef der Dombaufirma Kafedralny Sobor, der sich seit 1992 für den Wiederaufbau des deutschen Gotteshauses engagiert hat, stehen hinter Kyrills Forderungen knallharte kommerzielle Interessen. Der orthodoxen Kirche gehe es nicht um den Glauben, sondern um Grundstücke. Zum Dom gehöre ein großes Grundstück auf der Insel, potentiell eine der lukrativsten Lagen in der Stadt, wenn dort die Königsberger Altstadt wiederaufgebaut werden sollte. Ferner bemühe sich das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, missionarische Aktivitäten zu unterbinden. Die Evangelisch-Lutherische Kirche befürwortet den jetzigen Zustand. Sie beanspruche den Dom nicht, weil sie mit der Auferstehungskirche ein sehr schönes Gebäude in Königsberg habe, so eine Sprecherin. Igor Odinzow hält den Anspruch der Orthodoxen Kirche auf den Dom für ein Verbrechen, einen Angriff auf die Kultur dieser Stadt. Mehr als sieben Millionen Euro seien bis heute in den Dom geflossen, so Odinzow, meist Spendengelder aus Deutschland, später auch von Russen, von der Russisch-Orthodoxen Kirche jedoch kam keine Kopeke. Odinzow hat auch einen Brief nach Moskau geschrieben, er bittet Präsident Medwedew um Unterstützung. Eine Antwort steht noch aus. **MRK**

Masuren online

Allenstein – Die Internetseite www.zlotuptaka.pl, die Luftbilder von Allenstein und Umgebung zeigt, steht seit einigen Tagen als www.luftbilder-masuren.de auch in deutscher Sprache zur Verfügung. Sie enthält 2500 aktuelle Fotos, die Zahl wächst stetig. Wer Interesse an bestimmten Fotos aus der Region hat, diese aber auf der Seite nicht findet, kann gezielt bei Zbigniew Bosek (bilder@artneo.pl) nachfragen, denn das Archiv enthält weitaus mehr Bilder (zirka 7000). Bosek nimmt auch gerne Vorschläge für neue Fotoobjekte an. Die deutsche Version des Portals bietet verschiedene Möglichkeiten zur Mitwirkung. So kann man Fotobeschreibungen einfügen, Fotos beurteilen und die Fotos, die gewählt wurden, kaufen. **PAZ**

Kräfte bündeln – die Jugend gewinnen

Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen und im Memelland

Das Schloßhotel Rhein ist eines der größten seiner Art weltweit. Mitte Mai tagten dort die Verantwortlichen der Deutschen Vereine in den polnischen und litauischen Teilen Ostpreußens. Hauptthema war die Zukunft der Deutschen in der Region.

Auf einer Anhöhe zwischen zwei Seen, dem Rheiner See und dem Oloff-See, liegt Schloß Rhein. Die mittelalterliche Festung, ursprünglich als Kreuzritterburg in mehreren Etappen errichtet, wurde erstmals 1405 als Siedlung erwähnt. Erst Friedrich Wilhelm I. gewährte Rhein 1723 das Stadtrecht.

Im Jahr 2001 beschlossen die derzeitigen Besitzer, das verfallende Gebäude zu restaurieren und eines der größten Schloßhotels der Welt zu schaffen. Nach nur einem Jahr war der Wiederaufbau des Schlosses abgeschlossen.

Vom 16. bis 17. Mai fand dort nun eine Arbeitstagung der Deutschen Vereine statt. Schon zu Beginn der 90er Jahre wurden diese Tagungen ins Leben gerufen. Sie finden normalerweise alle zwei Jahre statt, die letzte war 2006 in Osterode. Gottfried Hufenbach, Mitglied des Bundesvorstands der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und Leiter der Arbeitstagung, konnte in diesem Jahr erstmals die memelländischen Vereine aus Memel und Heydekrug begrüßen. In seiner Einführungsrede würdigte er die positive Auswirkung der Zusammenarbeit der Kreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen mit der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen auf das Verhältnis zur polnischen Selbstverwaltung in der Woiwodschaft Ermland und Masuren.

Neben der Auszahlung der Bruderhilfe an hilfsbedürftige Landsleute richtet die Landsmannschaft Ostpreußen im jährlichen Wechsel mit dem Dachverband der dortigen Deutschen Vereine ein Sommerfest für die deutsche Volksgruppe aus. Mit speziellen Arbeitstagungen für die Vorsitzenden der Deutschen Vereine will die Landsmannschaft zeigen, daß sie ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Volksgruppe hat und deren Arbeit unterstützt. Schwerpunkt der Rheiner Arbeitstagung war die Zukunft der Vereine.

Dobieslaw Rzeminiowski, Abteilungsleiter für Minderheitenfragen im Innenministerium der Republik Polen, beschrieb den Rahmen, den das Minderheitengesetz für die Minderheiten in der Republik Polen bietet. Sein Ministerium bekenne sich zu seiner Verpflichtung für die deutsche Volksgruppe. Neben der Förderung des Mitteilungsblatts und der „Allensteiner Nachrichten“ unterstütze das Innenministerium auch andere Projekte der Deutschen Vereine. Diese müßten allerdings gewisse formale Bedingungen erfüllen. Sofern gewünscht, werden die Vereine in Fragen der Antragstellung von Seiten des Innenministeriums geschult. Rzeminiowski erläuterte auch die Arbeit der Regierungs-



Schloßhotel Rhein: Der Veranstaltungsort der Arbeitstagung gehört zu den weltweit größten als Hotel genutzten Schlössern

kommission für die Minderheiten, die einmal im Monat zusammentritt und auch bei der Vergabe der Fördermittel mitwirkt. Da die Mittel in Zukunft knapper werden, sei die Unterstützung der deutschen Volksgruppe durch das Generalkonsul-

Ziele der Landsmannschaft bewußt sei und die gleichen Ziele verfolge. Im laufenden Jahr stelle das Generalkonsulat für seinen nordpolnischen Betreuungsbereich 83600 Euro für die Förderung der deutschen Sprache, für allgemeine kulturelle Maßnah-

wirkung der deutschen Volksgruppe dienen, werde das Generalkonsulat auch weiterhin fördern.

Auch die zukünftige Förderung der deutschen Volksgruppe in Polen durch die Bundesrepublik Deutschland wird ihr Hauptauf-

existieren anders als in Ostpreußen bereits Grundschulen mit Deutschunterricht.

Von positiven Zukunftsaussichten konnte Magdalena Piklaps, Vorsitzende des Vereins der Deutschen in Litauen (Memel, Heydekrug, Schaulen, Kaunas und Wilna) vor. Trotz abnehmender Mittel hat das „Simon-Dach-Haus“ in Memel durch Gästebetreuung, Tourismusinformation und die Vermietung von Gästewohnungen eine Perspektive. Die hieraus gewonnenen Einnahmen sollen laut Geschäftsführer Arnold Piklaps zur laufenden Finanzierung des Simon-Dach-Hauses beitragen. Mit der „Hermann-Sudermann-Schule“ will man auch die Einzelgeneration erreichen. Die 2000 bis 3000 Deutschstämmigen im Memelland hätten eine gute Zukunftsperspektive.

Nach dem Vortrag von Monika Kaminska über die Lage des Bundes der Jugend der deutschen Minderheit wurde die Hauptbotschaft deutlich: Man muß die Jugend gewinnen, einbinden und beteiligen. Gottfried Hufenbach bedauerte, daß die Zeit für eine ausführlichere Diskussion über den Vortrag der Jugend fehlte, und stellte in Aussicht, die Arbeitstagungen für Vorsitzende der Deutschen Vereine künftig auf einhalb Tage zu verlängern.

Hufenbach appellierte an die Vereinsvorsitzenden, enger miteinander zusammenzuarbeiten. Nur wenn die Kräfte gebündelt und neue Wege gefunden würden, könne man mehr erreichen. **Manuela Rosenthal-Kappi**



Interessierte Teilnehmerschaft: Erstmals war auch das Memelland vertreten.

Fotos (2): Piklaps

lat und durch die LO willkommen.

Mark Strohmenger, deutscher Vizekonsul in Danzig, dankte der Landsmannschaft Ostpreußen für ihre völkerverbindende Arbeit seit 1948. Er betonte, daß man sich im Generalkonsulat der positiven

men sowie Medienprojekte und Jugendarbeit zur Verfügung. Strohmenger plädierte für eine stärkere Einbindung der Jugend durch die deutschen Vereine. Deren Veranstaltungen müßten für Jugendliche attraktiver gestaltet werden. Projekte, die der Außen-

genmerk auf die Einbeziehung der Jugend richten. Arnold Czech, Direktor der Stiftung für Schlesien, plädierte am Ende seines Berichts über die ungewisse Finanzierung der Stiftung nach 2013/14 dafür, mit den Kindern grundsätzlich Deutsch zu sprechen. In Schlesien

Landsmannschaffl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

lierte mit einem Blumenstrauß Erich Fischer (Heydekrug) und seiner Frau zur diamantenen Hochzeit, die sie kürzlich begehen konnten. Er erinnerte ferner an das „Bohnenmahl“, das einst von Immanuel Kant eingeführt wurde und seit April 2008 als alte Tradition wieder in Königsberg begangen wird (PAZ/OB berichtet). Es war auch dieses Jahr ein gesellschaftliches Ereignis und verband freundschaftlich die früheren deutschen und jetzigen russischen Königsberger in Kalinigrad. Das jährliche Festessen der „Bohnen-Gesellschaft“ fand auch nach Kants Tod bis 1945 statt. Wer im Kuchen versteckt eine Bohne fand, mußte das Fest im folgenden Jahr ausrichten. Schröder berichtete von der Landsmannschaft Westpreußen, die im Westpreußischen Landesmuseum in Münster am 6. Juni ihr 60jähriges Bestehen feiern kann und den Westpreußischen Kulturpreis verliehen wird. Die Festrede wird der Präsident des Deutschen Bundtages, Professor Dr. Norbert Lammert, halten. Leider wird das Jubiläum durch die Mitteilung getrübt, daß die Weiterführung des Museum bedroht ist, weil die nordrhein-westfälische Landesregierung die Mittel drastisch gekürzt hat. Erwin Balduhn rezitierte noch ein Frühlingslied und das Mundartgedicht „Mein Balkonche“. Zum Abschluß intonierten die Krönert-Musikanten „Weißer Flieder“ von Börris von Münchhausen. Man blieb noch einige Zeit zum gemütlichen Plachandem zusammen.

Hanau - Mittwoch, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Wetzlar - Montag, 8. Juni, 18 Uhr, Karla Weyland referiert über ihren Flug von West- und Ostpreußen nach Sibirien. Gäste sind herzlich willkommen. - Dem Gedenken an Renata Gräfin zu Stolberg-Wernigerode galt ein Vortrag von Pfarrer Dieter Nebeling beim letzten Treffen. Nach ihr ist das Seniorenwohnheim „Haus Renata“ des Königsberger Diakonissen-Mutterhauses der Barmherzigkeit im Wetzlarer Robert-Koch-Weg benannt. Der Name von Schwester Renata sei, so der Altvorsteher der ostpreußischen Diakonievereinigung, „eng“ mit der Geschichte des Mutterhauses verbunden, habe sie doch durch ihre Verwurzelung im christlichen Glauben als Oberin mit dazu beigetragen, daß der Auftrag der Schwesternschaft zur Nächstenliebe im Sinne Jesu nicht der atheistischen Naziideologie zum Opfer gefallen sei. Im Jahre 1886, als neuntes Kind ihrer Eltern Udo und Elisabeth Graf und Gräfin zu Stolberg-Wernigerode geboren, sei sie im Kriegsjahr 1915 in das im Jahre 1850 in Königsberg gegründete Mutterhaus eingetreten und zwölf Jahre später zu dessen Oberin gewählt worden. Mit ihrer Amtseinführung im Jahre 1927 habe Schwester Renata die Leitung der Schwesternschaft mit 863 Diakonissen und 119 Probeschwestern übernommen. Nach der Machtübernahme durch die deutschen Nationalsozialisten 1933 habe sie vor allem durch ihre an der Bibel orientierten Rundbriefe und ständigen persönlichen Kontakten zu ihren Schwestern mit dazu beigetragen, den Einbruch nationalsozialistischer Gedankengutes in ihre Schwesternschaft zu verhindern. Sie galt als exzellente Reiterin, Pianistin und einfühlsame Poetin, die ihrer Schwesternschaft kraft ihrer persönlichen Ausstrahlung zu einem fröhlich-gelösten und glaubensgewissen Zusammenleben im Mutterhaus und in den zahlreichen Gemeindepflegestationen in Ostpreußen verhelfen können. Unter den Strapazen der Kriegswirren und der Nachkriegszeit ist sie am 2. Februar 1946 mit 60 Jahren gestorben. Seitdem gedenke auch die Leitung des heuti-

gen Gebietskrankenhauses im Königsberger Gebiet ihrer mit der Pflanze ihres Grabes in Klinikpark.
Wiesbaden - Dienstag, 9. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Motto: „Was da kreucht und flucht - Allerlei Tierisches“. - Sonnabend, 20. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Dieter Schetat referiert über Johann Gottfried Herder. Zuvor ist Zeit für Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen.

MECKLENBURG-VORPOMMERN
Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe - Alle sind wieder herzlich eingeladen, am Ostpreußischen Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren teilzunehmen, welches am 25. Juli im Freilichtmuseum Hohenstein stattfindet. Wie seit 17 Jahren wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eigens eine Busreise nach Osterode vom 20. bis 26. Juli organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen. In Frauenburg erleben wir ein Orgelkonzert im Dom und besuchen den Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Mit dem Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. - Außerdem sind für folgende Busreisen noch Plätze frei: Riesengebirge 14. bis 21. Juni; Thorn-Posen 29. Juni bis 3. Juli; Krakau-Lemberg-Breslau 8. bis 17. Juli; Königsberg 6. bis 12. August sowie Lötzen-Vilnius-Memel-Osterode 21. August bis 1. September. Auskünfte siehe oben genannte Anschrift.
Neubrandenburg - Das 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern findet am Sonnabend, 3. Oktober 2009, 10 bis 17 Uhr, im Jahnsport-Forum, Neubrandenburg statt. Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung gebeten sowie um zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen. Wie immer ist für das leibliche Wohl gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung.

NIEDERSACHSEN
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrimis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Göttingen - Die Gruppe wird wieder eine siebenstägige Fahrt vom 23. bis 29. Juli nach Masuren anbieten. Der Preis beträgt 385 Euro (70 Euro EZ-Zuschlag) und umfaßt sechs Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt ins Freilichtmuseum Hohenstein zum Treffen des dortigen Deutschen Vereins, eine Rundfahrt in Masuren sowie eine weitere Rundfahrt im Ermland. In den sechs Übernachtungen sind jeweils eine Zwischenübernachtung auf

der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. - Die Gruppe Göttingen kündigt zudem bereits für den 5. September an, daß der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfindend wird.

Helmstedt - Donnerstag, 11. Juni, 8.30 Uhr, Wassergymnastik im Hallenbad - Donnerstag, 11. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. - Donnerstag, 18. Juni, 8.30 Uhr, Wassergymnastik im Hallenbad. Nähere Auskünfte erteilt H. Anders, Telefon (05351) 9111.

Oldenburg - Mittwoch, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten, Hauptstraße 36. Herbert Monkowski hält einen Vortrag über die Deutsche Volksgruppe in Allenstein. Mitglieder und Freunde sind eingeladen.

Osnabrück - Dienstag, 9. Juni, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis.

NORDRHEIN-WESTFALEN
Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037. Fax (02964) 945459. E-Mail: Geschaef@ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld - Montag, 8. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in

der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. - Donnerstag, 18. Juni, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn - Die Gruppe ist nun auch im Internet vertreten: www.ost-preussen-bonn.de. Für Verweise (sogenannte „Links“) auf diese Seite wäre der Vorstand dankbar. Verlinkungswünsche, Hinweise und Anregungen bitte an den Kassenwart Wilhelm Kreuer, Telefon (tagsüber): (0228) 6824964, Telefon (privat) (02246) 5100, Fax (0228) 682884964, E-Mail: w.kreuer@arcor.de

Dortmund - Montag, 15. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Ecke Märkische Straße, Landgrafenschule.

Düsseldorf - Sonntag, 7. Juni, 11 Uhr, Treffen zur Wanderung durch den „Benrather Schloßpark“. Treffpunkt ist die Freitreppe vor dem Schloß. - Mittwoch, 10. Juni, 19 Uhr, Düsseldorf Chorgemeinschaft im Iskra Ognyanova im Eichendorff-Saal, I. Etage, GHH. - Freitag, 12. Juni, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Stammtisch“ im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. - Dienstag, 16. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Agnes Neumann und Ursula Schubert, Ostpreußenzimmer 412, GHH. - Mittwoch, 17. Juni, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. - Mittwoch, 17. Juni, 19 Uhr, Düsseldorf Chorgemeinschaft im Iskra Ognyanova im Eichendorff-Saal, I. Etage, GHH.

Ennepetal - Donnerstag, 18. Juni, 18 Uhr, Treffen der Gruppe mit kleinem Imbiß in der Heimatstube.

Gevelsberg - Freitag, 19. Juni, 16.15 Uhr, Spießbratenessen mit gemütlichem Beisammensein im Vereinslokal Keglerheim, Hagenstraße 78.

Gütersloh - Montag, 8. Juni, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. - Treffen der Mundharmonikagruppe finden nur noch in unregelmäßigen Abständen statt. Informationen und Kontakt bei Bruno Wendig, Telefon 56933. - Montag, 15. Juni, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. Gütersloh - Sonnabend, 20. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zur Fahrradtour an der Freiherr-vom-Stein-Realschule. Ziel der Fahrt ist die Landkäserei Steinlage in Rietberg-Druffel. Nach der Betriebsbesichtigung mit Käseprobe gibt es Kaffee und Kuchen und die Möglichkeit, im Hofladen einzukaufen. Der Tag endet mit einem gemütlichen Grillabend. Anmeldung bei Josef Block, Telefon (05241) 34841 oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211.

Leverkusen - Mit über 100 Mitgliedern und Gästen feierte die Gruppe ihr traditionelles Blumenfest mit einem schönen Programm, welches die alten Traditionen der Ahnen, der Prüfen, mit König Samo und Königin Pregula und Gefolge in Erinnerung brachten. Die Kulturgruppe der Zeigte bei der Durchführung des von der Kulturreferentin aufgestellten Programms ihr ganzes

Können. als neue Trägerin der Königsblume für die Jahr 2009 „Vergißmeinnicht“ wurde Elfriede Mebus gewählt. Gekrönt wurde sie von der vorjährigen Blumenkönigin Ulla Hinzmann. Es war eine wunderschöne Feier und die begeisterten Gäste wurden um Mitternacht nach Hause gebracht. - Die Gruppe ist sehr stolz darauf, daß sie seit über 20 Jahren eine immer noch rege Beteiligung an ihren jährlichen Ferienfahrten verzeichnen kann, die die Gruppe unter anderem auch nach Ostpreußen führte. Das Programm der Fahrten beinhaltet erfreulicherweise auch die Landeskunde des jeweiligen Gastlandes wie auch kulturelle Bräuche. Bei öffentlichen Veranstaltungen wurden die Kulturgruppen zum Mitmachen herzlich eingeladen. In diesem führt die Fahrt der Gruppe in den Harz mit Fahrt auf den Brocken, zum Hexentanzplatz mit Besuch einer Theateraufführung und vieles andere, was den Reisenden dieses schöne Gebiet sehr nahe bringt. Alle Mitreisenden waren immer sehr zufrieden. Nähere Informationen erteilt die Organisatorin und Reiseleiterin dieser Fahrten Anna Pelka, Telefon (0214) 95763.

Neuss - Eine Reise nach Ostpreußen. Die Gruppe Neuss unternimmt dieses Jahr vom 28. Juli bis 6. August eine Busreise nach Ostpreußen mit vielen interessanten Führungen und Besichtigungen. Von Neuss über Stettin, Köslin, Stolp, Danzig, Marien-

Landsmannschaffl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

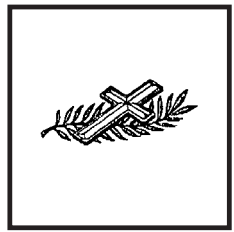
Die Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) e.V. trauert um ihren ehemaligen Schatzmeister
Herbert Laubstein
Träger der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen
geb. am 25. 11. 1930 gest. am 17. 5. 2009
in Schaakwitte/Ostpreußen
Unser Mitgefühl gilt seiner Tochter, seinem Schwiegersohn und allen Angehörigen.
Der Heimatkreis verliert einen aufrechten und überzeugten Ostpreußen.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Im Namen der Heimatkreisgemeinschaft
Gisela Broschei Carl Mückenberger

Eines Morgens wachst du nicht mehr auf, die Vogel aber singen wie sie gestern sangen. Nichts ändert diesen Tageslauf. Nur du bist fortgegangen, du bist nun frei und unsere Tränen wünschen dir Glück.
Johann Wolfgang von Goethe
Am Ende des Weges waren Deine Lebenskräfte erschöpft. Mögen Dich jetzt Friede, Leichtigkeit und Licht umgeben.
Hans-Jürgen Redwanz
* 18. Juli 1927 † 16. Mai 2009
Wir sind sehr traurig und vermissen Dich.
Roswitha Redwanz
Kathrin und Askan von Hardenberg
mit Charlotte und Leonhard
Nadja
Ingrid Stenzel, geb. Redwanz
sowie alle Angehörigen
Quickborn
Die Beisetzung hat am Dienstag, dem 26. Mai 2009, auf dem Heidefriedhof in Quickborn stattgefunden.

Wir haben im engsten Familienkreis Abschied genommen von meinem Vater, Schwiegervater und Lebensgefährten
Arno Blank
* 9. 11. 1926 † 18. 5. 2009
in Tilsit in Rotenburg a. d. Fulda
In stillem Gedenken:
Dr. Reiner Blank
Waltraud Blank, geb. Helwig
Christa Thale
Traueranschrift:
Waltraud Blank
36199 Rotenburg a. d. Fulda, Vilmarstraße 4

Einschlafen dürfen, wenn man müde ist und eine Last fallen lassen dürfen, die man lange getragen hat, ist eine wunderbare und köstliche Sache.
Hermann Hesse
Nach einem erfüllten Leben in liebevoller Verbundenheit mit seiner ostpreußischen Heimat starb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, mein Bruder und Onkel
Georg Grohde
* 18. 6. 1927 † 5. 5. 2009
Ragen, Krs. Darkehmen Dresden
In Liebe und Dankbarkeit für seine Fürsorge nehme ich Abschied.
Irmgard Grohde
Die Urnenbeisetzung fand in aller Stille statt.

Sie fand Erlösung und uns bleibt die Erinnerung.
Wir trauern um
Brigitte Milthaler
* 2. September 1925 † 25. Mai 2009
in Königsberg in Bad Schwartau
Ihre Schwägerin Hedwig Milthaler, geb. Wendrich sowie ihre Nichten und Neffen



Zankapfel, Heimat und Idyll

Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zeigt Ausstellungen über die Geschichte Lycks - Stadtrecht seit 1425

Wie in den Städten Saalfeld oder Preußisch Holland in Ostpreußen sind auch die heutigen Bewohner der Stadt Lyck (polnisch Elk) an der Geschichte ihrer Vergangenheit interessiert. In Lyck selbst wurde die Ausstellung bereits im Juni des letzten Jahres im dortigen Wasserturm der Öffentlichkeit übergeben.

Die Geschichte Lycks begann mit der Eroberung und Christianisierung des Preußenlandes im 13. und 14. Jahrhundert. 1398 ließ dann der Ordenskomtur Ulrich von Jungingen auf einer Insel im Lyck-See ein hölzernes Ordenshaus errichten. Um 1408 wurde das mit einem Erdwall gesicherte Holzhaus zu einer steinernen Wasserburg umgebaut. Mit der Burg entstand eine Siedlung von Handwerkern, Fischern und Dienstleuten, die nach ihrer Lage am Fluß „zu Likke“ benannt wurde. Am 27. Mai 1425 wurden dem Ort die Handfeste nach kulischem Recht verliehen, die Planungen von Hochmeister Paul von Rüdorf im Jahre 1435, Stadtrechte zu verleihen, unterblieben in der unruhigen Zeit.

Zu Beginn des 13-jährigen Krieges (1454-1466) wurde die Burg von Polen niedergebrannt, ab 1470 brachte die Kolonisation der „Großen Wildnis“ im Osten des Ordenslandes wirtschaftlichen Aufschwung. 1477 wurde das „Krugrecht“ (Schank- und Verkaufsrecht) verliehen und 1469 wurde erst-

mals ein Pfarrer erwähnt. Mit „St. Katharina“ entstand 1472 die erste Kirche in dem damals rund 600 Einwohner umfassenden Ort.

Die wachsende Bedeutung von Lyck wurde 1513 mit der Einrichtung eines Gerichtes bestätigt. 1525 wandelte Hochmeister Albrecht von Brandenburg den Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum um und führte die Reformen ein. Die anschließende Friedenzeit war die erste Glanzzeit in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung für den Ort.

Mit der Einwanderung polnischer Protestanten kamen auch polnische Geistliche nach Masurien; darunter Johannes Maletius, der bald evangelischer Pfarrer in Lyck und 1537 Erzpriester für die Hauptämter Lyck, Oletzko, Rhein und Johannisburg wurde.

Anfang des 17. Jahrhunderts entwickelte sich Lyck zum Mittelpunkt der Region, aber bereits zu Beginn des 2. Polnisch-Schwedi-



„Lyck - Die Hauptstadt Masurens“: So heißt die neueste Kabinettausstellung in Ellingen Bild: mwf

schen Krieges (1655-1660) wurde die Stadt von den Schweden eingenommen. Am 9. Oktober 1656 wurde die Stadt fast völlig zerstört. Dennoch verlieh der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm dem Flecken bereits am 23. August 1669 die Stadtrechte sowie das Wappen mit dem doppelten Januskopf, das den Wächterstatus gegen Polen und Litauern dokumentieren soll. In der wirtschaftlichen Hierarchie stand Lyck um 1700 an 27. Stelle der preußischen Städte. Durch mehrere Brände und die Pestepidemie 1709 bis 1711 starben zirka 1300

der 2000 Einwohner, bis 1800 hatte sich der Einwohnerstand wieder auf 2243 erholt. 1742 wurde Lyck nach dem Bau einer Kaserne Garnisonstadt. Während des Krieges 1806/1807 besetzten die Franzosen den Ort, den sie auch 1812 nach der Niederlage mit Rußland durchzogen. Am 19. Januar 1813 wurde der russische Zar Alexander I. als „Befreier des Vaterlandes“ begrüßt.

1818 wurde Lyck Sitz des Kreises im Regierungsbezirk Gumbinnen, um 1850 galt der Ort mit etwa 4250 Einwohnern als die bevölkerungsreichste und schönste Stadt

nach Lyck eröffnet wurde und die Verbindung nach Königsberg ermöglichte. Die Verlängerung zum Grenzbahnhof Prostken erfolgte am 1. Juli 1871, 1879 wurde Oletzko und 1885 Allenstein erreicht - Lyck war damit der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt im Südosten Ostpreußens. In Folge davon erhöhte sich die Einwohnerzahl bis 1890 auf rund 10000 Personen. 1895 wurde der Wasserturm errichtet, es folgte eine Gasanstalt, ein Finanzamt und ein Krankenhaus. Der Bau der Kanalisation wurde 1905 abgeschlossen und

1906 eine neue Feuerwache bezogen. Mit dem Sitz des Landratsamtes, des Landgerichtes, einem Gymnasium und einem Lehrerseminar galt die Stadt bereits damals als „Hauptstadt Masurens“.

Im August 1914 marschierten russische Truppen kampflos in Lyck ein, nach der Schlacht bei Tannenberg vom 23. bis 31. August übernahmen die deutschen Truppen wieder die Stadt. 165 Häuser, die Kirche und das Rathaus waren zerstört. Mit erheblichem Aufwand, darunter auch mit Hilfe der Patenschaft der Stadt Oppeln im Rahmen der „Ostpreußenhilfe“ begann der Wiederaufbau.

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg entschied eine Volksabstimmung nach dem Versailler Vertrag 1920 über die Zukunft des südlichen Ostpreußens. In der Stadt Lyck stimmten 8339 Bewohner für einen Verbleib bei Deutschland, nur sieben Stimmen votierten für den Anschluß an Polen.

Lyck und seine Umgebung sind reich an landschaftlichen Schönheiten: bewaldete Anhöhen wie die Schellicker und die Taten-Berge, romantische Orte und Aussichten über die Seen. Und so ist es auch heute wieder - 64 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. M.E. Fritsche

Die Ausstellung „Lyck - Hauptstadt Masurens“ im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloß Ellingen ist bis Ende Juni zu besichtigen.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ANGERBURG
Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 8014.

Danach schloß sich das eigentliche Treffen im Bürgersaal in Rotenburg (Wümme) an. Bei Kaffee, Kuchen und guten Gesprächen mit alten und neuen Freunden ließ man es sich gut gehen. Als Gäste konnte Bruno Ladda den Vorsitzenden der CDU/FDP Kreisratsfraktion Heinz-Günter Bargfrede, Dr. Carl Kraut, ein guter Freund der Angerburger, die Schatzmeisterin der Kreisgemeinschaft Angerburg Brigitte Junker und Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski mit Ehefrau Ruth begrüßen. Grußworte sprachen Heinz-Günter Bargfrede und Kurt-Werner Sadowski. Der Kreisvertreter überbrachte die Grüße der Kreisgemeinschaft Angerburg und informierte über das geplante Bauvorhaben des Landkreises Am Weicheler Damm in Rotenburg (Wümme). Dort sollen künftig die Archivalien des Instituts für Heimatforschung und das Angerburger Archiv mit Geschäftsstelle untergebracht werden. Herzlich eingeladen wurden die „Ehemaligen“ zu den 55. Angerburger Tagen am 19./20. September 2009 in Rotenburg (Wümme). Da die Kreisgemeinschaft in diesem Jahr 60 Jahre besteht, hat der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, zugesagt, die Gastrede zu halten. Aber auch der Termin für die 52. heimatpolitische Tagung wurde genannt. Die Tagung wird am 27./28. Februar 2010 stattfinden. Alle Veranstaltungen der Kreisgemeinschaft finden wie immer in Rotenburg (Wümme) statt. Mit einem Dank an die Spender für den Angerburger Heimatbrief und guten Wünschen für das Schülertreffen schloß der Kreisvertreter seine Ausführungen. Nach dem Abendessen führte Werner Grisar den Film „Paradies der Erinnerung Masuren“ vor. Ein Zeitdokument, das von Dietrich Wawzyn mit

Können, Wissen und viel Herz geschaffen wird. Wenn auch die Schulzeit lange zurück liegt, geblieben sind aber unzählige Erinnerungen an diese Zeit, die an diesem Abend für reichlich Gesprächsstoff sorgten. Eine Busfahrt am Sonntag in die Nord-Heide und einem guten Essen in einem gepflegten Restaurant rundeten das gut organisierte und gelungene Schülertreffen ab. Zum Ausklang in fröhlicher Runde traf man sich am Abend im „Speicher“, wo man sich viel zu erzählen hatte.

ANGERAPP (DARKEHMEN)
Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.de.

Kirchspieltreffen Trempen - Kirchspiel Trempen und Umgebung. Am Sonnabend, dem 20. Juni 2009, treffen wir uns ab 10 Uhr im Restaurant-Seeterrassen in Bad Gandersheim im Harz. Laßt uns von dieser Gelegenheit Gebrauch machen und zeigen, daß wir noch da sind. Kind Wendland war in diesem Jahr schon zweimal in Trempen. Er kann viele Fragen beantworten. Jede Zusammenkunft lebt von der Anzahl der Teilnehmer. Laßt uns nicht sagen: Treffen West oder Ost. Jedes Heimattreffen muß unser Treffen sein! Auf Wiedersehen am 20. Juni in Bad Gandersheim im Harz.

KÖNIGSBERG-STADT
Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Busreise nach Rauschen und Königsberg vom 8. bis 17. Septem-

ber 2009 - Eine zehntägige Busreise nach Rauschen und Königsberg vom 8. bis 17. September. Abfahrt ab Duisburg, 6 Uhr, Zwischenübernachtung in Schneidmühl Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg (Fotostop) und Braunsberg zur Grenze. Dort erwartet die Reisegruppe die russische Reiseleiterin Nadja zwecks beschleunigter Abfertigung. Drei Übernachtungen in Rauschen im Hotel Universal mit Tagesausflügen. Ab 12. September fahren wir nach Pillau und dann weiter Richtung Königsberg. Dort wohnen wir bis zum 16. September im Hotel Kaliningrad. Am 16. September, 8 Uhr, geht es zur Grenze nach Braunsberg. Weitere Informationen und das komplette Programm und Anmeldungen bei Willi Skulimma, Aakerfahrstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.

KÖNIGSBERG LAND
Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Treffen von Groß Ottenhagener und Umgebung - Das Groß Ottenhagener und Umgebung-Treffen liegt hinter uns. Wieder einmal kamen erfreulich viele Landsleute nach Weiterode und am nunmehr jährlichen Zusammensein teilzunehmen. Allen sei Dank gesagt, daß sie Groß Ottenhagen die Treue halten und dies mit ihrem Dabeisein bekunden. Diejenigen, die gern gekommen wären, dies aber aus den verschiedensten Gründen nicht konnten, seien herzlich begrüßt in der Hoffnung, daß eine Reise nach Weiterode im kommenden Jahr (wir haben den Termin schon festgelegt, es ist der 23. bis 25. April 2010, wie seit vielen Jahren in Weiterode) wieder möglich

ist. Es war schön, daß viele Landsleute bereits am Freitag angereist waren, so daß wir viel Zeit hatten, um uns über das auszutauschen, was sich im abgelaufenen Jahr ereignet hatte. Am nächsten Morgen wurde das Treffen von Gisela Broschei eröffnet. Wir gedachten unserer Toten, der Toten des Krieges, der Flucht und Vertreibung derer, die in Gefangenschaft ihr Leben lassen mußten. Wir ehrten auch die am 2. und 4. Dezember 2008 verstorbenen Fritz Kuhn und Erich Poweilet. Letzterer hatte noch im vergangenen Jahr am Treffen teilgenommen und war so munter und lustig gewesen, daß wir gar nicht ahnten, wie gesundheitlich gefährdet er tatsächlich war. Fritz Kuhn war schon seit längerem krank. Aber auch er ließ sich nicht unterkriegen und war derjenige, den es viele Jahre lang mehrmals im Jahr nach Ostpreußen und vor allem nach Groß Ottenhagen zog. Einen weiteren Verlust hatten wir zu beklagen: Erna Ewerts (seit ihrer Verheiratung Irma Doerfert) war im Januar 2009 verstorben. Er hatte, so lange er konnte, seine Frau zu den Treffen begleitet und war uns immer ein willkommener Gast. Wir werden unsere Toten in Ehren halten und sie nicht vergessen. Ein Teil unserer Landsleute machte sich nach dem offiziellen Programm auf zu einer Führung durch das Herz- und Kreislaufzentrum in Rotenburg an der Fulda. Wie schon im vorigen Jahr, hatte Dr. Peter Krämer, Neffe von Carl Krämer (genannt „Schmidt-Krämer“) und Anna geb. Wichmann, einen Besuch in der Gegend von Weiterode organisiert. War es im Jahre 2008 ein Gang durch Hersfeld, so wurde uns dieses Mal von dem kompetenten und auf jede Frage eingehenden Verwaltungschef und Arzt, Stefan Wild, das ganze Medizinische Kompetenz- und Versorgungszentrum gezeigt und erklärt. Niemand möchte natürlich eine solche Institution aufsuchen müssen, aber wenn nötig, so würde man hier sicherlich ausgezeichnet versorgt werden. Ein schöner Abschluß der Besichtigung war eine Stärkung im Café Rosengarten. Wie jedes Jahr saßen wir am Abend gemütlich zu-

sammen. Akkordeonmusik unserer Groß Ottenhagener / Worrieners, Walter Löwenberg, dazu Tanz, ostpreußische Gedichte, vorgetragen in bester heimatlischer Mundart von unserem ältesten Groß Ottenhagener Teilnehmer, Werner Liedtke; lustige, geistreiche, plattdeutsche Sketche, dargebracht von dem Neu-Lindenauer / Starckenberger Ehepaar Erich und Ilse Beister, sowie von Gaby Stobbe, der Ehefrau von Armin Stobbe, begleitet auf dem Akkordeon von Walter Löwenberg. Alle fühlten sich wieder einmal zu Hause. Der nächste Tag brachte den Abschied. Vorher wurde einhellig beschlossen, auch kommendes Jahr wieder im April zu einem Treffen in Bebra/Weiterode zusammenzukommen.

LYCK
Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Ellertstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Lycker Treffen in Bremen - Erstmals werden die Landsleute aus Stadt und Kreis Lyck, die in Bremen und Umgebung wohnen, zu einem Treffen zusammenkommen. Zeit und Ort der Veranstaltung ist Freitag, der 12. Juni 2009, 14 Uhr, im Hotel zur Post in Bremen, Bahnhofplatz 11. Kreisvertreter Gerd Bandilla wird anwesend sein. Organisiert wurde das Treffen von Wilhelm Norra (Sareiken), wohnhaft Anna-Stiegler-Str. 67, 28277 Bremen. Alle Lycker samt Angehöriger und Freunde sind herzlich eingeladen. Damit Landsmann Norra weiß, wie viel Personen zu dem Treffen kommen, bitten wir das Kommen Herrn Norra, Telefon (0421) 820651, bekannt zu geben.

Oberschlesien
gemeinsam
entdecken

Grenzüberschreitende Aktivitäten mit Partnern in Polen und Tschechien sind ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Oberschlesischen Landesmuseums. Im Laufe der Jahre wurden viele Kontakte geknüpft und Kooperationspartner gewonnen. Ab sofort wird das Oberschlesische Landesmuseum jährlich schlesischen Partnerinstitutionen die Gelegenheit bieten, sich in einer Ausstellung in Nordrhein-Westfalen zu präsentieren. Die Ausstellungsreihe beginnt mit der traditionellen gesamtschlesischen Hauptstadt Breslau. Das Kunsthistorische Institut der Universität Breslau ist eine bedeutende Forschungseinrichtung. Mit dem Lehrstuhl von Professor Dr. Jan Harasimowicz verbinden sich herausragende Publikationen zur Kulturgeschichte der Region. Seine Schüler haben wegweisende Einzelbetrachtungen schlesischer Kunststätten veröffentlicht.

Die noch bis zum 26. Juli zu besichtigende Ausstellung präsentiert die Stadt in der Graphik mehrerer Jahrhunderte. Diese Stadtansichten sind nach Epochen gegliedert. Die Odermetropole Breslau besitzt ein anregendes Großstadtfair mit vielen Sehenswürdigkeiten und besonderer Atmosphäre. Zur wechselhaften Geschichte gehört ein Neubeginn nach fast völliger Zerstörung 1945. Heute erstrahlt das Stadtzentrum in neuem Glanz. An bedeutenden Baudenkmälern sind das gotische Rathaus am Ring, die Kirchen und Plätze bekannt. Viele Parkanlagen und Friedhöfe, auch Bauwerke der klassischen Moderne rückten erst in den letzten Jahren wieder in den Blick der Öffentlichkeit. In NRW ist das Interesse an Breslau groß, da hier zahlreiche Schlesier leben.

Oberschlesisches Landesmuseum, Bahnhofstr. 62, 40883 Ratingen, Telefon (02102) 965-233, www.oslm.de

Gottes gelungene Nachbesserung

»Masuren - Orte der Stille«: Bildband mit Anekdoten über den beschaulichen Landstrich



Als der Herrgott am Abend des sechsten Schöpfungstages wohlgefällig auf das vollendete Werk herabschaute, störte ihn doch noch ein ganz kleiner Zipfel auf dem jungfräulichen Erdenrund. Wasser hatte er noch reichlich übrig behalten. So leerte er ein paar randvolle Bottiche über den nicht so recht gelungenen Landstrich. Tausende von lieblichen Seen, Teichen und Tümpeln erfreuten da fortan sein Auge. So entstand Masuren als prächtig ge-

lungene Nachbesserung. Diese entzückenden Zeilen schreibt Helfried Weyer in seinem Vorwort zu dem von ihm und seiner Frau Renate gestalteten Bildband »Orte der Stille - Masuren«. Die darin ausgewählten Bilder sind einmalig - ob Motiv, Farbgestaltung oder Druckqualität, der Band weiß zu begeistern. Auch wenn einige Motive nichts Außergewöhnliches zeigen, manchmal ist es nur ein See, eine Wiese oder ein Storch, so ist die von ihnen ausgehende

Atmosphäre doch bewegend. Einigen der Fotos sind Texte von ostpreußischen Autoren beigelegt - mal ist es Arno Surminski, mal Siegfried Lenz, mal Ernst Wiechert. Die Bild-Text-Kombination stimmt nachdenklich und traurig, sind diese schönen Landstriche doch kein deutsches Gemeingut mehr.

Helfried und Renate Weyer: »Orte der Stille - Masuren«, dtv, Münster, 98 Seiten, 19,80 Euro

Herrschaft des
Deutschen Ordens
in Ellingen

Daß der Deutschordensstaat als »geistlicher Fürstenstaat« nicht vergeistigt war, sondern moderne Wertvorstellungen repräsentierte, erläuterte Prof. Dr. Wolfgang Wüst von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen im Kulturzentrum Ostpreußen im Barockschloß von Ellingen. Die adeligen Landkomture zu Ellingen repräsentierten als Teil der Deutschordensballei Franken bis 1796 - Ellingen wurde preußisch - und längstens bis 1806 - Ellingen wurde bayerisch - einen großen geistlichen Fürstenstaat. Im Reichstag führten die Deutschmeister eine eigene Stimme neben den Erz- und Fürstbischöfen.

Am Beispiel Ellingens ist es neben dem Schloßbau vor allem die Marktgestaltung. Mit der planvollen Erweiterung des vorhandenen Siedlungsgebietes mit der Neuen Gasse schlossen die durch Landkomtur Friedrich Freiherr Carl von Eyb beauftragten Baumeister Andreas und Matthias Binder an die Ideenpläne der Urmodernen an.

Mit Betrachtung der Gesetzgebung einer Region kann man nach den Ausführungen des Historikers deren Profil sehr zuverlässig beschreiben. So hatte die »Ellingischen Pollicey Ordnung de anno 1685« enge zivilrechtliche Grenzen, die etwa bei Familienfeiern eine Überschuldung der Bevölkerung verhindern sollte. Die Deutschordensherrschaft unter den 62 nachgewiesenen Ellinger Landkomturen ab 1248 mit Dietrich von Grüningen bis 1787 mit Franz Sigmund Adalbert Freiherr von Lehrbach zeichnet sich durch die Begleitumstände geistlicher Fürstenstaaten, europäischer Schloß- und Marktplanung sowie einer guten Regierungs- und »Policy«-Verfassung aus.

In Ellingen kam der vormoderne Rechtsstaat bereits zu dieser Zeit »unten« bei der Bevölkerung an.

Manfred E. Fritsche

Gezeichnete Menschenbilder

Donauschwäbisches Zentralmuseum zeigt eine Werkschau des Banater Künstlers Ion Stendl

Das Donauschwäbische Zentralmuseum (DZM) Ulm zeigt regelmäßig Sonderschauen, die mit den Donauschwaben oder mit Südosteuropa verbunden sind. So ist auch die aktuelle Ausstellung »Ion Stendl« einem Banater Künstler gewidmet, der zur Vernissage eigens aus Bukarest angereist war. Die von Martin Rill kuratierte Werkschau umfaßt rund 60 Werke, darunter Gemälde, Zeichnungen und Collagen aus vier Jahrzehnten künstlerischen Schaffens.

Der bedeutende rumänische Künstler Ion Stendl wurde 1938 in

Resita / Reschitza geboren, besuchte nach dem Abitur die Kunsthochschule in Bukarest, wo er später auch arbeitete. Er war unter anderem als Professor und Dekan der Kunstakademie tätig.

Bei Ion Stendl dreht sich alles um die Erforschung des menschlichen Körpers, den er malerisch und zeichnerisch analysiert. Das spiegelt sich vor allem in der beeindruckenden Qualität seiner Zeichnungen wider. Dabei greift er immer wieder auf Motive der abendländischen Malerei zurück, die durch Mittel der surrealen Ver-

fremdung eine Fusion mit Ideen und Techniken der modernen Kunst eingehen. Seine Themen findet er auch in der Mythologie der Antike, den Bildwerken des alten Roms und Griechenlands - was nicht zuletzt in einigen surrealistisch anmutenden Bildkompositionen zu erkennen ist. Ion Stendl baut mit seinen Malereien eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft, die dem Betrachter völlig neue Perspektiven auf Allbekanntes gewährt. Zur Ausstellung ist die Broschüre »Ion Stendl-Retrospektive« erschienen.

Unter dem Motto »Das Bild vom Menschen« wird übrigens ein für Schüler interessantes museumspädagogisches Begleitprogramm angeboten. Bei einem geführten Rundgang durch die Sonderausstellung werden Fragen erläutert, wie: Wer ist Ion Stendl? Was zeigen uns seine Bilder? Welche Techniken hat er verwendet? D. Göllner

Die Ion Stendl-Retrospektive ist bis zum 14. Juni im Donauschwäbisches Zentralmuseum, Schillerstraße 1, 89077 Ulm, zu besichtigen.

Table with 10 columns and 10 rows of crossword puzzle clues in German. Columns include: Mutter Jesu, Feinbackbäck, abge-sondert, die Be-schäftig-tung, nach Abzug der Unkosten, ohne Stocken, Hofernd (Redestil), Staat in Holstein, blüten-tose Wasser-pflanze, Tennis: Spiel zw. zwei Gegnern, prächtiger Palast-raum, Irland in der Land-es-sprache, latti-sche Haut-stadt, Geist-licher der Ost-kirche, Ballade von Bürger, veran-las-sen, den Anstoß geben, kleine Ab-teilung, Gruppe, durch-sichtige Farbschicht, Abend-mahl-s-brot, franz. Herr-scher-anrede, unent-schieden (Schach), Magische: 1. Pergola, 2. Agentur, 3. Plausch, Mittelwörterrätsel: 1. Speise, 2. Boxen, 6. dunkel, 7. Bafel - Extrakt, 9. Mutter, 4. Körper, 5. Stachel, 3. Plausch, So ist's richtig: braunhaarig, Art des Anbau-entgels, dt. schweiz Schrift-steller, Faible, Passion, aber: in-zwischen, englischer Hoch-schul-lehrer, dt. Sozialist (Fried-lich), Luft-kurort im Oden-wald, di. Stadt in Nord-italien, braunhaarig, dt. schweiz Schrift-steller, Nomi-nierung; Er-wäh-nung, unau-führlich; un-be-grenzt, Stadt in Nord-italien, feier-liches Gedicht, griechi-scher Liebes-gott, römi-scher Kaiser, Netzhaut des Auges, Ab-wesen-heits-nachweis, Oper von Verdi, unau-führlich; un-be-grenzt, griechi-scher Liebes-gott, römi-scher Kaiser, Netzhaut des Auges, Sän-ger mit tiefer Stimme, exo-tische Frucht, beste, Sägerin, schändlich nieder-trächtig, Faden-verknüp-fung, Trocken-gebiet der Erde, anbau-fähig (L. machen), rein, frisch ge-waschen, Form des Sauer-stoffs, Diebes-gut; Jagd-ergebnis, Fluss zur Rhone, Tier-hand, Tierfuß, Kloster-frau, natür-licher Kopf-schmuck, sich schämen (sch...), Beschei-nigung

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Table for the Schüttelrätsel puzzle. Columns: AEEKL LNSTT, AEMN, AFKNU, EILS, EILST, EILM, AGIL, EELS. Rows: AEGIM, AFLL NU, AEMN, EELI IN, ALM

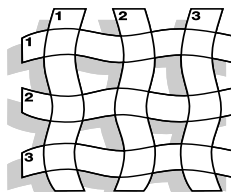
Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein eingedickter Auszug aus tierischen oder pflanzlichen Stoffen.

Table for the Mittelwörterrätsel puzzle. Left column: 1 NACH, 2 SCHATTEN, 3 GROSS, 4 FREMD, 5 GIFT, 6 HALB, 7 FAHRRAD. Right column: KARTE, STOPP, TAG, SCHAFT, BEERE, KAMMER, FEST. Middle column: 1, 2, 3

Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



- 1 Säulen- oder Pfeilergang
- 2 Nachrichtenbüro
- 3 kleiner Schwatz

Der Gang zur Messe war Pflicht

Eine neue Internetseite informiert erfrischend lebendig über die Lage alter Menschen vor 400 Jahren

Gesundheitsdaten gehören seit jeher zu den besonders sensiblen und daher auch besonders schützenswerten Daten. Nicht nur die seit Jahrhunderten bestehende standesrechtliche Schweigepflicht der Ärzte, deren Verletzung strafrechtlich sanktioniert ist, zeugt davon.

Wie spannend es sein kann, in den Daten fremder Menschen zu stöbern, erfährt man, wenn man die neue Internetseite www.nuernberg-hausbuecher.de aufruft. Dort sind seit kurzem die Daten von über 1300 Männern zu finden. Name, Beruf, Krankheiten, Charaktereigenschaften, Sterbedaten – all das wurde akribisch festgehalten und dazu noch mit einem Bild des

Gut versorgter Lebensabend für alte Handwerker

Betreffenden illustriert. Zur Beruhigung der Datenschützer: Diese Herrschaften lebten vor mehreren 100 Jahren. Die Nürnberger Hausbücher dokumentierten Leben und Sterben in den Zwölfbrüderhäusern der Mendelschen und Landauerischen Stiftungen.

1388 gründete der Patrizier Konrad Mendel d. Ä. ein Zwölfbrüderhaus, um zwölf armen, alten und kranken, aber nicht bettlägerigen Handwerkern einen gut versorgten

Man trug einheitliche Tracht und mußte beten

Lebensabend zu gewähren. Weitere Voraussetzungen zur Aufnahme waren der Nachweis des Nürnberger Bürgerrechts und die Kenntnis bestimmter Gebete. Die Brüder hatten gemeinsam im Stiftungshaus zu leben, eine einheitliche Tracht zu tragen, an Messen und Gebetsstunden teilzunehmen und für den Gründer, seine Nachfolger, den Rat und die Mitbrüder Fürbitte zu halten. Nach Einführung der Reformation bestand die Stiftung bis zur

Aufhebung 1807 weiter. Der im Bergbau tätige Unternehmer Mathäus Landauer stiftete 1510 eine vergleichbare, ebenfalls bis 1807 bestehende Einrichtung; für die gleichzeitig gegründete Allerheiligenkapelle lieferte Albrecht Dürer das Altarbild. In den rund 400 Jahren des Bestehens der beiden Stiftungen ist über die Stiftungsinsas-

Stadtbibliothek Nürnberg, der ältesten städtischen Bibliothek im deutschen Sprachraum. Damit besitzt die Nürnberger Stadtbibliothek die umfangreichste und wertvollste serielle Bildquelle zum historischen Handwerk in Europa. Vom Bäcker bis zum Zimmermann, vom „Ablader“ bis zum „Zuckermacher“ schildern ihre

Handwerkerdarstellungen der „Zwölfbrüderbücher“ in fach- wie populärwissenschaftlicher Literatur seit langem bekannt und beliebt. Dennoch blieb ihr größter Teil bis heute unveröffentlicht.

Von Oktober 2007 bis Februar 2009 wurden die Hausbücher im Rahmen eines Projekts der Deutschen Forschungsgemeinschaft digitalisiert und erschlossen. Die Stadtbibliothek als Eigentümerin und das Germanische Nationalmuseum als „informationstechnologischer Kompetenzträger“ dokumentieren die Hausbücher nun erstmals komplett und gemäß aktuellen Standards digital.

Auf mehr als 1600 Seiten begegnet man aber auch den längst vergessenen Menschen, alten Männern, die in ihrer Not eine Unterkunft fanden und dort gut betreut wurden. Zwei warme Mahlzeiten am Tag, viermal in der Woche Fleisch und zweimal je ein halber Liter Bier standen ihnen zu, davon konnten viele ihrer Zeitgenossen nur träumen. Nicht alle waren mit ihrem Schicksal zufrieden. Der Bierwirt Wolff Dietz war 62 Jahre alt, als er die Hilfe der Stiftung in Anspruch nahm. Ein Jahr und vier Monate später starb er (um 2.15 Uhr). Er „war ein wilder und unfreundlicher Mann“, urteilte man über ihn, wünschte ihm aber „Gott bade ihm“. Der Bierbrauer Linhardt Sigel hingegen scheint sich im Zwölfbrüderhaus wohlgefühlt zu haben, 22 Jahre blieb er

dort und wurde 101 Jahre alt. Viel erfährt man auch über die unterschiedlichsten Krankheiten der Insassen. Die Liste reicht vom Alkoholmißbrauch und Asthma über Lepra (fünf Fälle) bis zu Demenz, Rheuma und Zipperlein, womit allerdings Gicht gemeint ist.

Für rund 380 verschiedene Berufe finden sich Nachweise – ein wertvolles Zeugnis für die Vielfalt des Handwerks in Nürnberg und seinen Wandel über die Jahrhunderte. Eine Vorstellung von den verschiedenen Produktionsmethoden liefern 470 verschiedene Arbeitsgeräte oder fast 300 im Bild festgehaltene Erzeugnisse.

Wer sich ein detailliertes Bild vom Handwerk im Mittelalter oder in der frühen Neuzeit machen will, wird in Zukunft an einer Recherche in dieser Datenbank kaum vorbeikommen. Aber auch wer an menschlichen Schicksalen in der Vergangenheit interessiert ist, kommt auf dieser Internetseite auf seine Kosten. Da liest man zum Beispiel von dem Rotschmied Jakob Kraft, der 1628 im Alter von 70 Jahren aufgenommen wurde, das Stiftshaus aber verließ, um zu heiraten. Als er es sich anders überlegte und in das Stift zurückkehren wollte, wurde er nicht mehr aufgenommen und starb bald darauf „mit

Viermal pro Woche Fleisch – davon träumten andere nur

Hunger“, denn es war laut Satzung nicht gestattet, an ausgeschiedene Brüder weiterhin Almosen zu geben. Andererseits wurden Brüder weiter vom Stift versorgt, wenn sie krank waren und ins Spital mußten. Nicht nur über die Insassen, auch über das Personal wurde Buch geführt. So erfährt man allerlei Wissenswertes über die Köchinnen. Einige hielten es im Armenhaus lange aus, bis zu 28 Jahre wie Anna Mulmer. Sie starb 1582 und wurde 82 Jahre alt. Andere wurden wegen Untreue und Nachsucht entlassen. Die Hausbücher zeichnen ein buntes Bild des Lebens vor 400 Jahren. Eine Fundgrube nicht nur für Historiker. *Silke Osman*



Bierwirt Wolff Dietz: Auch seine persönlichen Daten wurden akribisch festgehalten. Bild: Stadtbibliothek Nürnberg

sen genau Buch geführt worden: 1425 wurde das Hausbuch der Mendelschen und 1510 das der Landauerischen Zwölfbrüderstiftung angelegt. Heute befindet sich dieser bibliophile Schatz in der

über 1300 Darstellungen zahlreiche Herstellungsverfahren und Handwerkerzeugnisse vom 15. bis zum 19. Jahrhundert. Als Forschungsmaterial wie auch als Illustrationsvorlagen sind die

unfreundlicher Mann“, urteilte man über ihn, wünschte ihm aber „Gott bade ihm“. Der Bierbrauer Linhardt Sigel hingegen scheint sich im Zwölfbrüderhaus wohlgefühlt zu haben, 22 Jahre blieb er

AUSSTELLUNG

Nicht nur aus Leder

Frauenherzen schlagen höher, während Männer eher die Flucht ergreifen, wenn es um das Modethema Nummer 1 geht: Schuhe. Das Modemuseum im belgischen Hasselt präsentiert jetzt in einer Sonderausstellung Damenschuhe berühmter und weniger bekannter Designer von 1900 bis heute. Zu bewundern sind rund 400 Kreationen von Roger Vivier, dem Erfinder der Stiletto, von Salvatore Ferragamo, der die



Duftiger Traum Bild: Modemuseum

Pumps für Marilyn Monroe entwarf, bis hin zu den legendären Manolo Blahniks, die Sarah Jessica Parker in der TV-Kultserie „Sex in the city“ zu ihren auserkorenen Lieblingen machte. Neben Kunstwerken bekannter Schuh-Designer werden auch Arbeiten junger zeitgenössischer Schuh-Designer präsentiert. Insgesamt verfügt das Modemuseum über einen Fundus von über 600 Paar Schuhen.

Das Image und die Wahrnehmung der Frauenschuhe von 1900 bis heute werden aber auch von Modefotografen, Künstlern und Fußfettschisten geprägt. So sind unter anderem die blumigen Schuhe mit Agavenabsatz von Michel Tschereckow (Foto oben) zu sehen. Sie eignen sich zwar nicht zum Tragen, dafür aber umso besser zur Phantasieren und Träumen.

Wer nach dieser Ausstellung nicht nur träumen, sondern zur Tat schreiten möchte, ist in der kleinen Modestadt genau richtig. Denn das Museum befindet sich mitten in der Innenstadt, die Hasselt den Ruf eines Einkaufsparadieses beschert hat. *PAZ*

Die Ausstellung in Modemuseum Hasselt, Gasthuisstraat 11, ist bis zum 31. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr zu sehen, Eintritt 5 Euro.

Tugenden wieder ins rechte Licht gerückt

Der Fernsehjournalist Ulrich Wickert hat Texte über Toleranz, Demut, Güte und Geduld gesammelt

Das Wort Tugend hat im allgemeinen Seltenheitswert in unserem Alltag. „Werte“ sind dafür die Bresche gesprungen und haben im Sprachgebrauch die Tugenden weitgehend ersetzt – aber nur diejenigen, die noch als zeitgemäß gelten. Dabei erhielt die Beliebigkeit großen Spielraum. In Deutschland ist das Mißtrauen gegenüber Appellen an tugendhaftes Verhalten aus historischen Gründen besonders ausgeprägt. Die „gute alte Tugend“ wird unter anderem deshalb umschifft, weil der Begriff den Anstrich einer vergangenen Epoche hat, in der, als sie bereits im Ausklingen begriffen war, zwei Weltkriege geführt wurden, und in der beispielsweise Tapferkeit und Keuschheit als Tugenden galten. Gerade in dieser Hinsicht gelten gesellschaftlich längst andere Maßstäbe, haben sich die Vorstellungen geändert. Tugend klingt in den Ohren vieler auch streng, und von Maßregelung möchten

die Nach-68er-Generationen nichts wissen. Junge Leute meiden den Begriff recht konsequent, manche aber wohl nur, weil schnell als „uncool“ gilt, wer Altbewährtes, vermeintlich Moralinsaures lobend erwähnt. „Preußische Tugenden“? Die Bedeutung dieses Ausdrucks ist nicht mehr allgemein bekannt. Den Nutzen von Fleiß und Pflichtbewußtsein hingegen haben aufstrebende Menschen stets verinnerlicht; doch ob auch im Sinne der „Preußischen Tugenden“, bleibt im Einzelfall zu hinterfragen.



Zu den grundlegenden Werten, die man mit dem Begriff „die Goldene Regel“ umschreibt („Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu!“), bekennst sich demgegenüber eine übergroße Mehrheit, und diesen Menschen graut bei der Vorstellung, daß sich das einmal ändern könnte. Die Tugend aber begann in der Ecke der Spruchweisheiten unter einer

Staubschicht in Vergessenheit zu geraten ... bis der Fernsehjournalist Ulrich Wickert Mitte der 90er Jahre die Idee hatte, sie mit Hilfe einschlägiger Literatur wieder ins rechte Licht zu rücken. Als er 1995 eine umfangreiche persönliche Auswahl von Texten der Weltliteratur vorlegte, die einen Bezug zu den verschiedenen Tugenden sowie Ethik und Moral aufweisen, hatte kaum jemand mit dem gran-

Die Sammlung, die nun in einer überarbeiteten und aktualisierten Neuauflage vom Piper Verlag wieder angeboten wird, ist in der Tat einzigartig und regt vielfach zum Weiterlesen an. Sie umfaßt neben Fließtexten Dialoge, Gedichte und Aphorismen über gutes und richtiges menschliches Verhalten und mitunter auch über das Gegenteil, das dann als abstoßendes Beispiel herausgestellt

Klugheit in Verbindung gebracht. Warum? Nach Aristoteles und nach Auffassung anderer Philosophen sind es individuelle Eigenschaften des Menschen, die dessen Verhalten auf den Weg zum Guten hinführen. Diesen Gedanken nimmt Wickert auf: „Doch wie kommt der Mensch in den Besitz dieser Eigenschaften, die doch nicht angeboren sind? Durch Lernen, Erfahren, Wissen – also durch Vernunft“, liest man in seinem Vorwort.

Nicht immer aber leitet bekanntlich Vernunft den Menschen zur Güte – warum nicht? Vor dieser Frage hält Wickert inne. Hier hätte die Theologie ansetzen können, die aber bei dieser Auswahl bewußt nicht berücksichtigt wurde; vermutlich um dem Umstand Rechnung zu tragen, daß heute in erster Linie die Gesellschaft die Richtlinien für das, was als moralisch einwandfreies Verhalten angesehen wird, vorgibt. Doch gerade dort, aber nicht nur dort, wo rechtes und vorbildliches Verhalten über

Ein grandioser Verkaufserfolg war dieser Sammlung beschieden

wird. Über Toleranz, Güte, Barmherzigkeit, Zuverlässigkeit, Güte, Treue, Liebe, Freundschaft, Bescheidenheit, Geduld, Gerechtigkeit, Beharrlichkeit, Demut und Verantwortung für die Natur schrieben Aristoteles, Voltaire, Erich Kästner, Ludwig Christoph Heinrich Höltz, die Brüder Grimm und zahlreiche andere Autoren nebst einigen Schriftstellerinnen, darunter Marie-Louise Kaschnitz und Doris Lessing. In einigen Texten werden Tugend und Moral mit Vernunft und

Ulrich Wickert: „Das Buch der Tugenden. Große Texte der Menschheit – für uns heute ausgewählt“, Piper Verlag, München 2009, gebunden, 615 Seiten, 24,95 Euro

Sonderangebot! Alle drei Teile zusammen Best.-Nr.: 5401 nur **€ 39,95**

Flug über Nord-Ostpreußen **Endlich wieder lieferbar!**

Teil 1 Die Küste
Lauzeit: 52 Minuten
Best.-Nr.: 5398, € 19,95

Teil 2 Von Königsberg bis Insterburg
Lauzeit: 62 Minuten
Best.-Nr.: 5399, € 19,95

Teil 3 Rominter Heide - Trakehnen - Elchniederung
Lauzeit: 73 Minuten
Best.-Nr.: 5400, € 19,95

NEU

Trevor N. Dupuy
Der Genius des Krieges
Das deutsche Heer und der Generalstab 1807 - 1945
Geb., 420 Seiten, mit zahlreichen Schwarz-Weiß-Abbildungen
Best.-Nr.: 6790, € 29,90

Sonderangebot! statt € 24,95 nur **€ 9,95**

Max Riemer, Wilhelm Obgartel
Geschichtliches Heimatbuch Ostpreußen
Geb., 248 Seiten, Format: 17 x 24 cm, Reprint der Originalausgabe von 1925, Leinenband mit Goldprägung
Best.-Nr.: 4812

Michael Prinz von Preußen
Auf den Spuren der deutschen Monarchien
Tradition und Gegenwart - Kultur und Erbe
Vor 90 Jahren ging in Deutschland eine Epoche zu Ende: Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen, musste abdanken. Dies bedeutete den Untergang der deutschen Monarchien. Heute erinnern Bauwerke, Kunstschätze und Kronjuwelen an die bewegte Vergangenheit. Orientierung und Werte aus vergangenen Zeiten sind heute zu Tage an der Suche nach Fundamenten und Anknüpfungspunkten wichtiger denn je. S.K.H. Michael Prinz von Preußen, ein Urenkel des letzten deutschen Kaisers, trug für dieses Buch Bild- und Textdokumente zusammen und zeichnet ein spannendes Bild der Monarchie nach. Folgen Sie Traditionslinien, die auch in der Gegenwart ihre Spuren hinterlassen haben.
Geb., mit Schutzumschlag, 23,5 cm x 29,5 cm, 176 Seiten
Best.-Nr.: 6789

€ 19,95

Das Ostpreußen-Lyrik-Paket - exklusiv für die Leser der PAZ

Silke Steinberg
...steigt im Ost empor
Ostpreußen in seiner Lyrik
Geb., 256 Seiten, Format: 19 x 12 cm
ehemaliger Verkaufspreis: € 8,60

Ostpreußischer Sommer
In Bildern und Gedichten
Geb., 72 Seiten, 34 farbige Abbildungen, Format: 24 x 21,3 cm
ehemaliger Verkaufspreis: € 9,95

Beide Bücher zusammen: statt € 18,55 nur noch € 9,95

Best.-Nr.: 6751

Arno Surminski
Gruschelke und Engelmannke
Geschichten auf OSTPREUSSISCH und HOCHDEUTSCH
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95

Erna Ewert, Marga Pollmann, Hannelore Müller
Frauen in Königsberg 1945 - 1948
Kart., 188 Seiten, 8. Aufl., 2006
Best.-Nr.: 2812, € 12,90

Super Sonder-Angebote!

Sagenbrunnen für Ostpreußen
Heimatlesebuch
Geb., 64 Seiten, Reprint der Originalausgabe von 1924
Best.-Nr.: 4801

Zwischen Weichsel und Memel
Sagen und Geschichten aus Ost- und Westpreußen
Geb., 52 Seiten, Reprint der Originalausgabe von 1925
Best.-Nr.: 4813

Heimatsagen aus Danzig und Pommern
Geb., 86 Seiten, Reprint der Originalausgabe von 1924
Best.-Nr.: 6422

Alle Bücher statt € 9,95 nur noch € 4,95
Sie sparen fast **50%**

PMD Preussischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preussischen Mediendienstes!

wandert. Der Bundeswehr-Experte und Kriegsreporter Franz Hutsch hat in den Krisengebieten der Welt recherchiert und Soldner bei ihrer Ausbildung und ihren Einsätzen begleitet. Er berichtet vom gefährlichen Alltag in einer Branche, die im Geheimen agiert, aber auch von grausamen Verbrechen. Er bringt Licht in das dunkle Geschäft mit der Sicherheit, in dem private Militärfirmen aus Deutschland eine immer größere Rolle spielen. Auch die Bundeswehr leistet ihren Beitrag. Nicht nur, dass sie auscheidenden Soldaten eine „zivile“ Ausbildung im Sicherheitsbereich finanziert und so in die Arme der Söldner-Firmen treibt: Die Bundeswehr kooperiert bereits heute mit privaten Militärfirmen, weil sie mit ihrer neuen Rolle als flexible Einsatzarmee überfordert ist. Was sind die Konsequenzen für die kriegsrischen Konflikte der Gegenwart und der Zukunft? Ist die Kommerzialisierung des Krieges noch aufzuhalten? Welche völkerrechtlichen Fragen stellen sich? Diese und viele andere Fragen thematisiert Franz Hutschs brisanter Bericht.
Kart., 288 Seiten
Best.-Nr.: 6793

€ 18,90

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Exporterschlager Tod
Franz Hutsch
Deutsche Söldner als Handlager des Krieges
Ehemalige Bundeswehrosoldaten verdingen sich bei der amerikanischen Söldner-Firma „Blackwater“, Ex-Polizisten der GSG9 verkaufen ihr Know-how an den tibetischen Staat, Abenteuerjäger jagen Osama Bin Laden. Deutsche Söldner sind eine heiß begehrte Ware, denn der Krieg ist ein lohnendes Geschäft. In sämtlichen Bereichen - vom Nachschub über Verhöre bis hin zum Kampf selbst - das Kriegshandwerk wird zunehmend privatisiert und die Gewalthoheit des Staates wird immer mehr unter-

Elch, klein

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell Metallguß, bronziert, auf Metallpinthe, Höhe: 16 cm, Breite: ca. 21 cm, Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627

€ 99,95

Die allerletzten Exemplare!

Lotte S. Couch
Sandlauken
Todesmarsch in Ostpreußen
Geschichte einer Überlebenden

Die Leiden der 1945 in Ostpreußen zurückgebliebenen Deutschen beschreibt dieser Roman: Eine Landarbeiterfamilie aus dem Dorf Sandlauken kämpft nach dem Einmarsch der Roten Armee um die Existenz. Viele Familienmitglieder sterben auf dem Todesmarsch Hunderttausende Landarbeiter von den Russen durchs Land gebringer Deutscher. Während die Menschen der Brutalität ihrer Bewacher, dem Hunger und den Strapazen zum Opfer fallen, besetzen Plünderer ihre Häuser.

Edith Goertz, eine der wenigen Überlebenden ihrer Familie, rettet ein halbes Jahrhundert später zusammen mit der Autorin in das heimatliche Sandlauken, wo die Realität des Schicksals für beide die Vergangenheit noch einmal präsent werden läßt.

Kartiert, 176 Seiten
Best.-Nr.: 2434

stätt € 8,90 nur € 4,95

Masuren-Fibel

Nur mit dieser Heimat-Fibel haben die Kinder Masurens das Lesen gelernt. Die Masuren-Fibel war die einzige Heimat-Fibel ihrer Art für das Gebiet der grünen Wälder und blauen Seen. In das preisgekrönte Lesebuch sind Zungenbrecher und Zungen-späße haben die heimatliche Gedanken- und Gemütswelt spielerisch vermittelt. Die Masuren-Fibel ist eine zauberhafte und einzigartige Erinnerung an die Schulzeit und an die Heimat. Erinnern Sie sich an die Geschichten vom Lindenhof, dem Butzemann oder dem dicken, fetten Plannekuken. Erfahren Sie von masurischen Marjellen und Jungs, von Masuren- und Heimatland, von Schmakkostern und vom Johannisfeuer oder „Was der Storch so klappert“.

Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbbildungen, Format: 17 x 24 cm, Best.-Nr.: 4787, € 16,95

Agnes Miegel
Ostpreußen - Es war ein Land...
Gedichte, Balladen und Lieder der ostpreussischen Heimat
Aus einer Lesung der „Mutter Ostpreußen“ - Agnes Miegel trägt ihre Gedichte vor:

1. Geläut der Silberglocke des Königsberger Domes
2. Es war ein Land (Gedicht aus „Stimme der Heimat“)
3. Land der dunklen Wälder (Lied)
4. Sonnenwenddreigen (Gedicht aus „Ostland“)
5. Reiter schmuck und fein (Lied)
6. Mainzacht (Gedicht aus „Stimme des Herzens“)
7. So sieht mal ein mein rosa Kleid (Lied)
8. Cranz (Gedicht aus „Stimme der Heimat“)
9. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln (Lied)
10. Anke von Tahrav (Lied)
11. Heimweh (Gedicht aus „Stimme der Heimat“)
12. De Oadebar (Lied)
13. Die Frauen von Nidden (Gedicht aus „Stimme der Heimat“)
14. 720gen einst fünf wilde Schwäne (Lied)
15. Abschied von Königsberg (Gedicht aus „Du aber bleibst in mir“)
16. Es dunkelt schon in der Heide (Lied)
17. Trost (Gedicht aus „Du aber bleibst in mir“)
18. Geläut der Silberglocke des Königsberger Domes

Lauzeit: 32 Minuten
Best.-Nr.: 1056

€ 12,95

Unsere Musikempfehlung

100 Deutsche Volkslieder, 3-CD-Box

CD 1: Wohlauf, die Luft geht frisch und rein • All mein Gedanken, die ich hab • Mein Mädel hat einen Rosenmund • Kein Feuer, keine Kohle • Jetzt fängt das schöne Frühjahr an • Es, es, es und es • Ein Jäger aus Kurpfalz • u.a.

CD 2: Tanz mir nicht mit meiner Jungfer Käthen • Heiße Kathreinerle • Hopsa, Schwabensliesel • Wenn alle Brümlein fließen • Das Lieben bringt groß Freud • Änchen von Tharau • Im schönsten Wiesengrunde • Wahre Freundschaft • u.a.

CD 3: O Täler weit o Höhen • Kein schöner Land in dieser Zeit • Am Brunnen vor dem Tore • An der Saale hellem Strande • Ach, wie ist's möglich dann • Du, du liegst mir am Herzen • Der König von Thule • Es waren zwei Königskinder • Heidenroslein • Freut euch des Lebens • Der Winter ist vergangen • Auf, auf zum fröhlichen Jagen • u.a.

Rundfunk-Jugendchor Wernigerode, Mädchenchor Wernigerode, Studiochor Berlin
Best.-Nr.: 6452, € 24,95

Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreussischem Dialekt, mit humorvollen Vertelkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergesslichen Reigen aus ostpreussischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landslauten den Ehren Titel „Mutter Ostpreußen“ erntet, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klänglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbindet und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreussischen Kultur geben möchte.

Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder - Ostpreußen (Brust/Hannighofer), Bergeforder Kammerchor; 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecher: Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharau (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m. Gesamtlauzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770

€ 12,95

Deutsche auf der Flucht oder im Knast

Menschen hinter Stacheldraht
Leif Guldman Ipsen
Flüchtlinglager in Oksbøl 1945-1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95

Auf Führerbefehl in Dänemark
Aren Gammelgaard
Dtsch. Flüchtlinge 1945-1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00

Treibholz
Arne Gammelgaard
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

Fuchs, du hast die Gans gestohlen
Die schönsten Kinderlieder (Folge 2)
Die schönsten Kinderlieder (Folge 2) Fuchs, du hast die Gans gestohlen • Es tanzt ein Bi-Be-Butzemann • Grün, grün, grün sind alle meine Kleider • Susse, liebe Susse • Tarira, der Sommer, der ist da • Kleine Meise • Eine kleine Geige • u.v.a. Rundfunk-Kinderchor Berlin, Pihlharmonischer Kinderchor Dresden u.a.
Best.-Nr.: 6449, € 12,95

Ein Männlein steht im Walde
Die schönsten alten Kinderlieder
Hänschen klein • Jetzt kommen viele Musikanten • Kuckuck, Kuckuck ruft's aus dem Wald • Alle meine Entchen • Ich bin die Frau Hummel • Ein Männlein steht im Walde • Der Schaffner hebt den Stab • Liebe Schwester, tanz mit mir • Zeigt her eure Füße • Backe, backe Kuchen u.a. RUND/FUNK-KINDERCHOR BERLIN und der ARMONISCHER KINDERCHOR DRESDEN
Best.-Nr.: 6448, € 12,95

Achtung! Neue Adresse Achtung!
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preussischer Mediendienst

Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Postgebühren berechnet. Videotext, DVDs und MCDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: _____ Name: _____
 Straße/Nr.: _____ Telefon: _____
 PLZ/Ort: _____
 Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

MELDUNGEN

Polnische Neurosen

Bern - Ein aus Polen stammender Fahrgast der Schweizerischen Bundesbahn entdeckte auf einem Werbeumschlag ein Foto einer Weltkugel, auf der sein Heimatland fehlt. Deutschland grenzt hier direkt an Rußland, so daß er sich der Pole an den Hitler-Stalin-Pakt erinnert fühlte und sich beschwerte. Die Bahn entschuldigte sich, obwohl auf der sehr stark vereinfachten Darstellung auch die Beneluxländer, Dänemark, Tschechien und Ungarn und sogar die Schweiz selbst fehlen. Das seit Jahren unbeanstandete verwendete Umschlagmotiv wird jetzt aus dem Verkehr gezogen. Bel

Die verbotene Empfehlung

London - Im britischen Gesundheitswesen mehren sich Fälle, in denen Beschäftigte wegen ihres christlichen Glaubens den Arbeitsplatz verlieren. So wurde der 71jährige Krankenpfleger Anand Rao vom staatlichen Gesundheitsdienst NHS entlassen, weil er bei einem Rollenspiel einer Patientin geraten hatte, zur Kirche zu gehen. Rao schlug ihr vor, Gottesdienste zu besuchen, um Streß abzubauen. Für seinen Arbeitgeber verstieß dies gegen Pflegerichtlinien, die religiöse und weltanschauliche Neutralität vorschreiben. idea

ZUR PERSON

Sorge um den Arbeitsmarkt

Er gilt als einer der profiliertesten Konjunkturexperten Deutschlands: Joachim Scheide, 59, Leiter des Prognose-Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IWF), beschäftigt sich seit seinem Studienabschluss 1975 in Kiel mit dem Thema Geld und Konjunktur. In seiner Diplomarbeit ging es um die Produktivität des Geldes, in seiner Dissertation um Geldpolitik, Konjunktur und rationale Erwartungen. Von 1990 bis 1991 arbeitete er an der University of Western Ontario in Kanada. Seit 2005 ist er Leiter des Prognose-Zentrums im IWF in Kiel.

Aktuell ist Scheide recht pessimistisch, das IWF rechnet mit dramatischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt in Deutschland. Viele Bürger und auch die meisten Politiker hätten den Ernst der Lage noch nicht begriffen, so Scheide.

Frühestens 2011 könne man mit einem Rückgang der Rezession im exportabhängigen Deutschland rechnen. Bis dahin würden bis zu fünf Millionen Menschen ohne Arbeit sein. Dies bedeutet, daß noch etwa 1,5 Millionen ihre Beschäftigung verlieren. Scheide erwartet, daß dieser Einbruch verstärkt zu „freiwilligem“ Lohnverzicht der Arbeitnehmer führen werde, um ihr Unternehmen und damit auch ihre Stelle zu retten.

Der Konjunkturrexperte kritisiert aber auch die gegenwärtige Rentenpolitik der Bundesregierung. Er hält die Erhöhung der Altersbezüge in der aktuellen Lage für einen Fehler. Stattdessen, so Scheide, hätte die Regierung die Renten sogar senken müssen, damit Bundeshaushalt und Beschäftigte die Sozialkosten weiterhin schultern können. MRK



„Heiße ich Dagobert, oder was?“

Zeichnung: Wiedenroth

Endlich bankrott

Warum jetzt alles besser wird / Vom Zauber eines jeden Anfangs / Was für die Mutter gut ist, ist für die Tochter tabu / Der Wochenrückblick mit Klaus J. Groth

So vielversprechend waren Pleiten noch niemals. Jede Pleite eine Erfolgsstory. Jedenfalls seit jenen Tagen, als sich Politiker als oberste Insolvenzverwalter in das Geschehen einklinkten. Seit sie unabhängig von Parteibuch und Kenntnissen als Unternehmensretter agieren, gerät eine Pleite prachtvoller als die vorhergehende. Denn nun geht's los. All das, was über Jahre verschlampt wurde, was immer schon hätte getan werden sollen und doch nicht getan wurde, soll endlich angepackt werden. Denn wie es richtig gemacht werden muß, das haben schließlich alle gewußt, nur getan hat es halt keiner. Das wird nun anders. Egal in welcher Branche. Sind die Damen und Herren Mandatsträger erst einmal auf den Chefesessel gekrabbelt, zaubern sie plötzlich jene Produkte aus dem Ärmel, nach denen der Markt verlangt, entwerfen sie Produktionsabläufe, bei denen man keinen Cent dazu bezahlt. Wie schon der Dichter Herman Hesse sagte: „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne ...“ So viel Zauber wie in diesen Tagen war noch nie.

Seit es die Finanzkrise gibt, gibt es auch das Versprechen, Deutschland werde gestärkt daraus hervorgehen, wirtschaftlich gefestigter denn je. Noch merken wir nichts davon. Im Gegenteil, es kracht nicht mehr im Gebälk, das Gebälk bricht zusammen. Doch das muß man positiv sehen. Ohne Zusammenbruch gibt es keinen neuen Anfang.

Opel haben wir mit Ach und Krach nun endlich unter Dach und Fach gebracht, ehe General Motors pünktlicher als nach dem Fahrplan der Deutschen Bahn in der Pleite gelandet ist. Eliche Banken haben ihre Staatsknete bereits länger ins Trockene gebracht. Und schon befinden sich weitere Kandidaten hierzulande im Zielflug. Der Handelskonzern Arcandor, der sich im Höhenflug wähnte und doch längst gefährlich im Tiefflug über den Wipfeln trudelte, wurde als nächster potentieller Anwärter auf Staatsknete ausgemacht. Die Landung wird bereits angezeigt. Aber noch ist nicht ausgemacht, ob nicht Schaeffler (verborgen an Conti) oder Porsche (verborgen an VW) zuvor aufschlagen. Und das sind nur die großen, die allgemein bekannten Fälle. Bereits 1200 Unter-

nehmen haben einen Antrag auf Staatshilfe gestellt. Viele haben Schulden gemacht, für die jetzt andere sühnen sollen. Und wohl auch werden. Denn es ist Wahljahr. Da sind die Taschen der politischen Spenderhosen groß. Das hat sich schon lange herumgesprochen. Nicht nur unter jenen, die tief in die Taschen der Spenderhosen greifen möchten. Auch unter jenen Steuerzahlern, die diese Taschen immer wieder auffüllen müssen. Sie haben längst verstanden, wem genommen und wem gegeben wird - und wer sich mit dem Geld anderer Leute Freunde machen will. Da sollte die Träger der Spenderhosen eigentlich ein wenig zögerlicher machen. Macht es aber

Selbst wer in gewöhnlichen Zeiten den Damen und Herren im politischen Amt selbstloses Handeln unterstellt, reißt sich jetzt verwundert die Augen, mit welcher Selbstverständlichkeit die Interessen der Parteien und die persönlichen Interessen als Entscheidung für das Gemeinwohl verkauft werden. Was selbstverständlich mit Empörung abgestritten wird.

Trotzdem drängt sich doch die Frage auf, warum für die Tochter schädlich sein soll, was der Mutter wieder auf die Beine helfen soll. Anders gefragt: Warum mußte für Opel die Insolvenz um jeden Preis verhindert werden und warum wurde die Muttergesellschaft General Motors um den Preis von insgesamt 50 Milliarden Dollar in genau solche eine Insolvenz geführt? Weil Deutschland vor der Wahl steht und die Vereinigten Staaten die Wahl hinter sich haben? Könnte dies eine Begründung sein? Es wäre eine Begründung, die viel Geld kostet. Denn in den USA, wo General Motors schon länger unter staatlicher Kuratel steht, hat man sehr genau registriert, daß man in Berlin Opel um jeden Preis vor der Insolvenz bewahren wollte. Jeder Besuch eines Politikers in Rüsselsheim verteuerte die Sache, jede

Reise eines deutschen Politikers nach Detroit, Washington oder New York trieb die Kosten für den Deal hoch.

Wer also die kommende Bundestagswahl nicht als preistreibend ausschließen will, muß bedenken: vor der Wahl ist bald nach der Wahl. Sicher, noch handeln viele nach dem Motto: Nach mir die Sintflut. Und nach der Wahl auch. Da wird ohnehin so mancher heftig im Regen stehen.

Ausgerechnet mit den Banken fing alles an. Ausgerechnet dies Sinnbild des Kapitalismus öffnete die Tore zur Staatswirtschaft. Privatisierung staatlicher Unternehmen, das war gestern. Nun kommt der Staat in die Betriebe. Zwar ver-

sichert er, seine Beteiligung sei nur auf Zeit und in die laufenden Geschäfte wolle er sich nicht einmischen, aber warten wir es mal ab. Politiker können gar nicht anders, sie mischen sich ein, wenn sie es dürfen (anderenfalls wären sie keine Politiker und für diese Aufgabe denkbar ungeeignet). Und wie soll ein politischer Vertreter im Verwaltungsrat entscheiden, wenn es darum geht, aus wirtschaftlichen Erwägungen Arbeitsplätze zu streichen? Jene Arbeitsplätze, deren Erhalt gerade zuvor noch mit Steuergeldern gesichert wurde? Wird der Politiker dann wie ein Unternehmer handeln? Oder wie ein Politiker?

Die Staatswirtschaft ist in der Wirtschaft angekommen. Mit der Insolvenz von General Motors wird der US-Staat Mehrheitseigentümer. Die Bundesrepublik Deutschland wird als Treuhänderin nur für einige Zeit Eigentümerin von Opel. Dann wird verkauft. An den „kanadisch-österreichischen Autzulieferer Magna“, wie es seit Wochen heißt. Allenfalls im Nebensatz fand Erwähnung, daß auch russische Investoren an dem Konglomerat beteiligt sind. Ja, warum auch nicht? Bei genauerem Hinsehen allerdings teilt sich die künftige Beteiligung an Opel deutlich anders auf. Da hat Magna plötzlich nur noch einen Anteil von 20 Prozent. Zehn Prozent halten die Beschäftigten und die Händler, 35 Prozent blei-

ben bei General Motors (sofern der Autobauer wie Phönix aus der Asche steigt). Und 35 Prozent hält ein russisches Konsortium um die Sberbank.

Spätestens jetzt kommt Gerhard Schröder ins Spiel, der frühere Bundeskanzler auf russischer Gehaltsliste. Und dann ist da sein Buddy, Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, der sich für die sogenannte Magna-Lösung stark machte. Für das russisch-kanadisch-österreichische Konsortium hat sich das ausgezahlt. Vorerst. Die Endrechnung wird später präsentiert. Wenn es schiefgeht, belegt sie der Steuerzahler. So wie seinerzeit, als Gerhard Schröder den Baukonzern Holzmann rettete. Gestandene Bauarbeiter haben damals geweint vor Glück. Sie ließen den Retter mit „Gerhard, Gerhard“-Sprechchören hochleben. Das „Rettungspaket“ hielt drei Jahre, dann brach der Baukonzern endgültig zusammen. Gemessen an der heute gehandelten Summen war der Beitrag der Regierung seinerzeit vergleichsweise bescheiden: 250 Millionen Mark, locker gerechnet also 125 Millionen Euro. Über solch eine Lappalie würde heute niemand sprechen. Trotzdem ist der Vorgang in der Rubrik staatlicher Pleiten-Pech-und-Pannen im kollektiven Gedächtnis geblieben.

Für bestimmte Dinge haben die Wähler ein feines Gespür und ein langes Gedächtnis. Wenn am Sonntag die Abgeordneten für das Europaparlament gewählt werden, wird man aus dem Ergebnis auch ablesen können, ob sich der Wettbewerb um die großzügigste Spenderhose gelohnt hat. Oder ob der Wähler es nicht vorgezogen hätte, wenn die Taschen etwas sorgsamer zugeknöpft worden wären.

Auf jeden Fall ist es schade, wenn ab Montag die Wahlplakate wieder eingesammelt werden. Es war doch mal ganz interessant zu sehen, wer uns europäisch vertritt. Sonst hört und sieht man ja nicht viel von den Damen und Herren Mandatsträgern. Weshalb sie sich allerdings auch mehrheitlich besonders lange im Amt zu halten scheinen.

Hans Heckel hat sich eine Woche Auszeit genommen und ist in der nächsten Ausgabe wieder für Sie da.

ZITATE

Bosch-Chef Franz Fehrenbach verärgern die ganzen Krisendebatten. Wer in guten Zeiten vorsorgt, hat in schlechten Zeiten Reservern. Daß es früher oder später schlechte Zeiten gibt, sei zudem nicht überraschend. Dem „Focus“ sagte er:

„Ich finde es keine Sensation, daß wir in diesem Jahr erstmals seit dem Krieg Verluste schreiben werden. Viel entscheidender ist, daß wir handlungsfähig bleiben aufgrund einer sehr soliden und starken Eigenkapitalbasis. Unternehmen mit einem soliden Fundament stehen auch Durststrecken durch.“

Die Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl, Silvana Koch-Mehrin, ärgert sich, daß ihr für den mit klassischen Glühlampen betriebenen, von ihren Großeltern geerbten Kronleuchter im Wohnzimmer bald die Leuchtmittel ausgehen:

„Jeder Bürger sollte selbst entscheiden, welche Lampen er in seinem Haushalt benutzt. Mich ärgert, daß sich eine Behörde annaht, darüber zu befinden, welche Art von Glühlampen man benutzen darf. Das geschieht undemokratisch und unter fadenscheinigen ökologischen Begründungen. Das erinnert mich an Sozialismus, aber nicht an vernünftige Klimapolitik.“

Die mächtigste Frau Großbritanniens, die Labour-Politikerin und britische Innenministerin Jacqui Smith, mußte wegen einer Pornofilm-Rechnung für umgerechnet elf Euro zurücktreten. Doch der britische Premier Gordon Brown, ebenfalls Labour, zieht für sich selbst keine Konsequenzen aus dem Spensenskandal im Westminster und die miserablen Umfragewerte seiner Partei:

„Ich mache weiter. Ich bin die beste Person, um das politische System zu säubern.“

Wie's wirklich läuft

Er wird, wie wir wissen, manierlich vom einfachen Volke bestellt, man nennt ihn jedoch respektvoll den mächtigsten Mann dieser Welt!

Der Neue begann seine Tage von Stolz und von Hoffnung geschwellt, wiewgleich in der heutigen Lage sich Bange zur Freude gesellt.

Er wollte nicht Bilder vertuschen von Opfern, in Schmerzen entstellt - jetzt muß zum Vertuschen er kuscheln, der mächtigste Mann dieser Welt.

Auch wollt' er Guantánamo schließen - so sprach er von Einsicht erhalt - nur gib's für ihn nichts zu begießen, weil andern die Absicht mißfällt.

Erst recht Militär-Tribunale - sie bleiben, und damit zerschellt der Vorsitz, der fundamentale, des mächtigsten Mannes der Welt.

Sein Plan für nahöstliche Staaten hat ebenfalls Leute verprellt - nun wird ihm, wie leicht zu erraten, schon wieder die Laune vergällt.

Und wenn auch zu gerne verschwiegen, wird klar, wie sich's wirklich verhält, denn manchem Begehren unterliegen selbst mächtigste Männer der Welt!